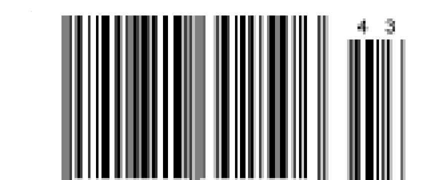
Asylpolitik: Das manipulierte Bild S.3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt
Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro
Nr. 43 – 26. Oktober 2013
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Noch wird heiß über den Inhalt des Koalitionsvertrages diskutiert: SPD-Chef Sigmar Gabriel und CDU-Chefin Angela Merkel Bild: photothek

Das Ende der Wahlfreiheit

Koalitionsverhandlungen: Schon jetzt gleichen sich SPD und CDU frappierend

Mit einer Großen Koalition nimmt die Gefahr zu, dass die Interessen bürgerlicher Wähler noch weniger eine Rolle spielen als bisher.

Das Resümee fällt bitter aus: Der deutsche Maschinenbau, Kernstück der weltweit bewunderten Industriekultur unseres Landes, sei heute ohne politische Heimat, klagt Thomas Lindner, der nach drei Jahren den Vorsitz des Maschinenbauer-Verbandes VDMA abgibt. Lindner sieht im Bundestag nur noch „drei mehr oder weniger sozialdemokratische Fraktionen und eine sozialistische“.

Die Verhandlungen über eine Große Koalition gehen recht konfliktfrei über die Bühne. Das hat seinen Grund vor allem in dem Wandel, den die Union in den vergangenen zehn Jahren absolviert hat. Wie Lindner kritisiert, sind CDU und CSU zu einer sozialdemokratischen Alternative zur SPD mutiert. Mitglieder und Anhänger der Union täuschen sich mit einer eigentümlich enthusiastischen Fixierung auf CDU-Chefin Merkel darüber hinweg, was sie alle Enttäuschungen und Verwirrungen der vergangenen Dekade verdrängen lässt.

Wie gleich sich die Sozialdemokraten der Union, der SPD und der Grünen geworden sind, belegt schon ein kurzer Blick auf die Energiepolitik. Wissend, dass eine verlässliche Energieversorgung die unerlässliche Basis für unsere erfolgreiche Industrie ist, hatte die Union einst aufgebrachten Atomkraftgegnern, die zu Hunderttausenden durch die Republik marschierten und sich dramatische Schlachten mit der Polizei lieferten, widerstanden. Merkel reichte ein Unfall am anderen Ende der Welt, in Japan, um das gesamte Gerüst der deutschen Energieversorgung zur Disposition zu stellen. Die Sache war ihr augenscheinlich egal. Es ging, und zwar ausschließlich, um Umfragewerte.

> SPD droht ihr rotes Profil an Merkels Union zu verlieren

In diesem Stil geht es in allen Fragen weiter, Grundsätze existieren nur noch für Reden: „Keine Steuererhöhungen“ versprach die Union vor der Wahl. Warum auch? Nunmehr ließ Finanzminister Wolfgang Schäuble durchblicken, dass man sich mit dem Abbau der „kalten Progression“ wohl etwas mehr Zeit lassen wolle als versprochen. Damit kämen also die Steuererhöhungen ganz von selbst durch die Hintertür. Den Rest kann man über höhere Sozialabgaben hereinholen, die über den Kanal der „versicherungsfremden Leistungen“ ohnehin fest mit dem Steuertopf verbunden sind. Linke Sozialdemokraten hätten sich das nicht besser ausdenken können.

Die Ironie liegt darin, dass die Große Koalition ausgerechnet an eben jener Gleichheit der beiden Parteien scheitern könnte. Die SPD-Basis darf am Ende abstimmen (die Unionsbasis fragt niemand, was die Mitglieder von CDU und CSU verblüffenderweise nicht im Geringsten zu stören scheint). Viele Sozialdemokraten fürchten, dass ihre Partei im Bündnis mit der sozialdemokratisierten Union vollends ihr Profil verliert. Diese Furcht könnte viele Genossen am Ende dazu bewegen, mit Nein zu stimmen. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Wundersam

Bei der Eröffnung der konstituierenden Sitzung des Deutschen Bundestages durch den 1935 geborenen Heinz Riesenhuber (CDU) wurden die Abgeordneten wenigstens noch gefragt – wenn auch nur, ob einer von ihnen älter sei. Als es um die Anzahl der Bundestagsvizepräsidenten ging, wurde niemand mehr gefragt. Stattdessen spielten Union und SPD schon einmal Große Koalition und setzten mit ihrer satten Mehrheit sechs statt bisher fünf Vizepräsidenten durch. Für jeden ein zusätzlicher lukrativer Posten. Traditionsgemäß stellt jede Fraktion nur einen Vizepräsidenten. Die kuriose Begründung für den wundersamen Aufwuchs des Präsidiums: Ein Präsident mit nur fünf Stellvertretern sei über Gebühr beansprucht. Hat der bei einem Parlament, dass statt aus fünf nur noch aus vier Fraktionen besteht, etwa mehr zu tun?

Auch wenn die Kosten, die der zusätzliche Stellvertreter mit sich bringt, für die Steuerzahler nicht sonderlich ins Gewicht fallen werden, wirft die Sache ein Schlaglicht auf die Ämtergier der Parteien. In den Koalitionsverhandlungen zieren sich Union und SPD wie die Jungfrauen, schließlich gehe es ihnen um politische Inhalte und nicht etwa um Macht und Posten. Das könnte man ihnen fast glauben, wenn sie das Naheliegende getan und dafür gesorgt hätten, dass der bisher von der FDP besetzte Präsidiumssitz ersatzlos gestrichen wird statt noch einen zusätzlichen zu schaffen.

Es bleibt abzuwarten, wie die Koalitionsverhandlungen ausgehen, ob es eine Große Koalition geben wird. Über eine wundersame Arbeitsplatzvermehrung im Kabinett sollten wir uns dann jedenfalls nicht wundern. Dieser Anfang lässt Ungutes erwarten.

EU nimmt sich EEG vor

Härtefallregelung für Unternehmen droht das Aus

Im Sommer noch hat er sich zurückgehalten, um den Bundestagswahlkampf nicht zu stören, doch bei den nun anschließenden Koalitionsverhandlungen zeigt EU-Wettbewerbskommissar Joaquin Almunia weniger Demut. So soll er in Brüssel bereits inoffiziell verkündet haben, dass er plane, zeitnah gegen die Härtefall-Ausnahmen im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) vorzugehen. Dies tue er sogar angeblich im Interesse Deutschlands, damit die zukünftige Regierung des Landes wisse, was sie in ihren Koalitionsvertrag hineinschreiben soll.

Die deutsche Wirtschaft, jedenfalls jene rund 2000 Unternehmen, die im Rahmen der Härtefallregelung von der Ökostrom-Umlage ausgenommen sind, freut diese Ankündigung jedoch keineswegs. Sie betonen stets, dass, würden sie die Ökostrom-Abgabe auch zahlen müssen, die Strompreise für sie derart in die Höhe schnellen würden, so dass sich die Produktion für sie in Deutschland nicht mehr lohnen würde. Einige energieintensive Betriebe belegen ihre Behauptung mit überzeugendem Zahlenmaterial. Doch da die Niederlande und die Tschechische Republik bei der EU-Kommission Klage gegen die deutsche Härtefallregelung eingereicht haben, liegt diese nun bei Almunia auf dem Tisch.

> Produktionsstandort Deutschland bedroht?

Dieser will, dass das EEG grundsätzlich weniger planwirtschaftlich geregelt wird. Ihm schwebt ein europaweites Modell vor, das marktwirtschaftlicher ausgerichtet ist. Doch ob dem deutschen EEG wirklich von Seiten des Spaniers Gefahr droht, ist ungewiss. Denn auch wenn Almunia grimmig grollt, so liegen EU-Klimaschutzkommissarin Connie Hedegaard und EU-Umweltschutzkommissar Janez Potocnik eher auf deutscher Linie, allerdings vermutlich ohne Härtefallregelung. *Bel*

Viren statt Bomben

Nato rüstet sich zur Verteidigung gegen digitale Angriffe

Kriege werden schon lange nicht mehr nur mit klassischen militärischen Mitteln auf einem Gefechtsfeld, sondern verstärkt auch mit Computern im virtuellen Raum ausgetragen. Die Nato hat darauf reagiert und im estnischen Reval ein „Cyber-Abwehrzentrum“ eingerichtet, in dem eine Cyber-Doktrin für die Militärallianz erarbeitet wird. Als erstes Ergebnis hat das Zentrum ein Handbuch, das „Tallinn Manual“, mit 95 Regeln vorgelegt, in dem den Mitgliedsstaaten des Bündnisses der Weg zur militärischen Selbstverteidigung gegen digitale Attacken gewiesen wird. Dabei handelt es sich noch nicht um ein offizielles, wohl aber um ein Schlüsseldokument, da es die Grundlage für die zukünftige Cyber-Doktrin bildet.

Laut Handbuch können beispielsweise Personen, die Online-Attacken während eines konventionellen Krieges durchführen, „legitime Ziele“ sein, auch wenn sie Zivilisten sind. Auch das Recht auf vorbeugende Selbstverteidigung wird großzügig definiert. Sobald ein Land mit „Cyber-Feindseligkeiten“ beginne, könne bereits von einem Krieg gesprochen werden. Erfolge beispielsweise ein digitaler Großangriff auf die Kommunikationsnetze oder die Börse eines anderen Landes, würde dies somit einen militärischen Gegenschlag rechtfertigen.

> Völkerrecht hinkt der Realität hinterher

Eine ökonomische Schädigung als bewaffneten Angriff zu werten und darauf mit militärischen Mitteln zu reagieren, ist unter Juristen nicht unumstritten. Gemäß dem geltenden Völkerrecht darf nur dann Selbstverteidigung geübt werden, wenn ein bewaffneter Angriff mit physischen Schäden, Toten oder Verletzten im Gange ist oder ein solcher unmittelbar bevorsteht. Die Befürworter einer Nato-Cyber-Doktrin bemängeln daher, dass das Völkerrecht der Realität hinterherhinke, weil es den Selbstverteidigungsbegriff zu eng fasse. *J.H.*

MELDUNGEN

Doch kein Volksverhetzer

Danzig – Das von der Polizei bereits wenige Stunden nach unerlaubter Aufstellung entfernte Denkmal „Komm, Frau!“ des 26-jährigen Kunststudenten Jerzi Bohdan Szymzuk in Danzig hat in Polen für Diskussionen gesorgt. Vor allem der russische Botschafter in Polen entrüstete sich über das Mahnmal, das einen Sowjetsoldaten zeigt, der brutal eine schwangere Frau vergewaltigt. Diese Skulptur würde russische Bürger kränken, so Alexander Alexsejew. Zudem würde es die 600000 sowjetischen Soldaten beleidigen, die für die Freiheit und Unabhängigkeit Polens gekämpft hätten. Hierfür erntete der Botschafter Widerspruch von einem Mitglied der polnischen Regierungspartei PO. „Ich bin nicht ganz damit einverstanden, dass die Rote Armee die Freiheit für Polen brachte“, wird Andrzej Halicki vom „Deutschlandradio“ zitiert. Und da gleich mehrere polnische Historiker den Wahrheitsgehalt der Darstellung des Mahnmals bestätigten, zog die Danziger Staatsanwalt die Klage wegen Volksverhetzung gegen den Künstler zurück. Gegen ihn wird wegen der illegalen Aufstellung nur noch wegen einer Ordnungswidrigkeit ermittelt. *Bel*

EU: Kritik an Türkei-Plänen

Brüssel – Während die Grünen im EU-Parlament den Plan von EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei fortzusetzen, begrüßten, gab es von deutschen CDU/CSU-Abgeordneten massiven Protest. „Eine Regierung, die vor einigen Wochen noch mit massiver Gewalt gegen ihr eigenes Volk vorgegangen ist, ist kein demokratischer Verhandlungspartner, mit dem man ehrlich über Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte verhandeln kann“, kritisierte Markus Ferber (CSU). Und auch die Türkei-Expertin Renate Sommer (CDU) denkt ähnlich: „Die erschreckenden Bilder türkischer Polizisten, die mit Schlagstöcken und Tränengas auf friedliche, wehrlose Demonstranten losgingen, sind uns noch allen vor Augen ... Die EU hätte konsequenterweise mit der offiziellen Aussetzung der Verhandlungen ein deutliches Zeichen setzen müssen.“ *Bel*

Die Schulden-Uhr:

Und es reicht noch nicht

Trotz Steuereinahmen in Höhe von 416 Milliarden Euro in den ersten neun Monaten dieses Jahres träumt die SPD davon, in einer Großen Koalition noch mehr Geld vom Bürger abzukassieren, um mit dem Geld die Gesellschaft in ihrem Sinne umzubauen. Aber auch Finanzminister Wolfgang Schäuble hat so seine Pläne. Aber vor allem die Länder brauchen noch mehr Geld, um die Schuldenbremse befolgen zu können und Altschulden zu bedienen. *Bel*

2.063.371.071.485 €

Vorwoche: 2.062.683.172.477 €
Verschuldung pro Kopf: 25.632 €
Vorwoche: 25.623 €

(Dienstag, 22. Oktober 2013, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Pleitewelle voraus?

Nicht nur Staaten, auch immer mehr Unternehmen geraten wegen Überschuldung in Probleme

Zumindest bisher erschien Deutschland in der krisengeschüttelten Euro-Zone wie ein Fels in der Brandung. Tatsächlich drohen im Jahr 2014 gleich mehrere spektakuläre Unternehmenspleiten, so dass auch in Deutschland schnell wieder eine Krisenstimmung aufkommen könnte.

Was sich derzeit um die Firma A.T.U, Deutschlands größter Autowerkstattkette, abspielt, kann gut als nochmalige Bestätigung von Franz Münteferings (SPD) „Heuschrecken“-Vergleich gelten. Mit Blick auf Hedgefonds und Beteiligungsgesellschaften hatte der damalige SPD-Vorsitzende im Jahr 2005 ein vernichtendes Urteil gefällt: „Sie bleiben anonym, haben kein Gesicht, fallen wie Heuschreckenschwärme über Unternehmen her, grasen sie ab und ziehen weiter.“ Im Fall der Werkstattkette A.T.U ist es mit der Anonymität der „Heuschrecke“ zwar nicht weit her, ansonsten hält der damalige Vergleich durchaus stand. Es ist der New Yorker Finanzinvestor KKR (Kohlberg Kravis Roberts & Co.), der sich nun dem Vorwurf ausgesetzt sieht, A.T.U heruntergewirtschaftet und regelrecht ausgesaugt zu haben. Das einst erfolgreiche Unternehmen mit mehr als 600 Filialen und über 12000 Mitarbeitern kämpft gegen die drohende Pleite.

A.T.U und Air Berlin sind prominente Beispiele

Der US-Eigentümer KKR hat A.T.U nicht nur hohe Schulden aufgehalst, sondern zusätzlich auch noch gefährliche Fehlkalkulationen zu verantworten. Wie für die sogenannte Privat-Equity-Branche üblich, hat KKR den größten Teil des Kaufpreises für A.T.U nicht selbst aufgebracht, sondern den Großteil der 1,45 Milliarden Euro mit Bankkrediten finanziert, die A.T.U selbst bedienen muss. Die Folge: Seit KKR bei A.T.U das Sagen hat, stieg die Schuldenquote des Unternehmens auf mehr als 78 Prozent der Bilanzsumme. Zu den hohen Schulden kamen Fehler bei der Unternehmensführung. Komplett verschlafen wurde etwa der Trend des boomenden Internet-Handels mit Autoteilen. Erst jetzt will A.T.U. auch auf diesem lukrativen Gebiet stärker mitmischen. Auch die im Jahr 2009 gezahlte Abwrackprämie für Altautos hat im Fall von A.T.U eine erstaunliche Folgewirkung gezeigt. Weil die mit der Prämie gekauften Neuwagen seltener zur Reparatur mussten, verlor die Werkstattkette massiv an Kunden.

Inzwischen laufen Bemühungen, die bei A.T.U angehäuften Schulden neu zu verhandeln. Im Gespräch ist die Umwandlung von Schulden in Firmenanteile. Diese Lösung wäre aber für KKR nachteilig, da der Finanzinvestor dann nicht mehr das alleinige Sagen hätte.

Angehäufte Unternehmensschulden könnten aber auch für eine andere Firma bald zum Problem werden. Bei der angeschlagenen Fluggesellschaft Air Berlin ist die Zahl der Passagiere im September erneut um 6,4 Prozent auf 3,3 Millionen gesunken. Da Deutschlands zweitgrößte Fluggesellschaft auch am Beginn des Sommergeschäfts kein Geld verdient hat, klafft in der Bilanz nun erneut ein tiefes Loch. Obsolet ist damit das Ziel, noch in diesem Jahr aus eigener Kraft in die schwarzen Zahlen zu kommen. Sollte die erhoffte Trendwende bei Air Berlin weiterhin ausbleiben, könnte die Lage für das Unternehmen noch im Laufe des Jahres 2014 kritisch werden. Mit dem in einer tiefen Krise steckenden Stahlunternehmen ThyssenKrupp oder dem Kaufhauskonzern Karstadt unter seinem Neueigentümer Nickolas Berggruen gibt es gleich noch weitere Kandidaten, die das Potenzial haben, im Jahr 2014 für Negativ-Schlagzeilen zu sorgen. Nachdem die Finanzkrise der Jahre 2007 und 2008 im Bewusstsein vieler bereits schon wieder verdrängt schien, wäre mit spektakulären Massenentlassungen oder Unternehmenspleiten auch in der deutschen Bevölkerung schlagartig das Gefühl zurück, wie das übrige

Management hat Zeichen der Zeit nicht erkannt

Europa in einer Krise zu stecken. Der Ruf nach Steuergeldern zur Rettung angeschlagener Unternehmen dürfte dann nicht lange auf sich warten lassen und bei einer Großen Koalition von Unionsparteien und SPD wohl auch auf fruchtbaren Boden fallen.

Dass der Zug im übrigen Europa ohnehin in Richtung staatlicher Eingriffe und Subventionswirtschaft geht, macht ein Blick nach Frankreich deutlich. Nachdem der Autobauer Peugeot bereits sieben Milliarden Euro vom französischen Steuerzahler erhalten hat, ist nun sogar ein direkter Einstieg des Staates im Gespräch. Eine französische Staatsbeteiligung – gekoppelt mit dem Einstieg des chinesischen Staatskonzerns Dongfeng – könnte dem angeschlagenen Autobauer insgesamt noch einmal drei Milliarden Euro an frischem Steuerzahlergeld in die Kasse spülen. *Norman Hanert*



A.T.U-Werkstatt: 12000 Arbeitsplätze sind wegen Fehlmanagements in Gefahr Bild: A.T.U

Wenn Isolationshaft Folter wird

Neuer Anlauf zu einer besseren gesetzlichen Regelung

In der juristischen Fachpublikation „Legal Tribune“ setzt sich derzeit Christine Graebsch, Hochschullehrerin an der FH Dortmund und Leiterin des dortigen Strafvollzugsarchivs, für eine Abschaffung der sogenannten Isolationshaft ein. Die noch heute in manchen Vollzugsanstalten geübte Praxis langjähriger Einzelhaft sei als inhuman zu bezeichnen. Weitere namhafte Kritiker definieren diese Haftform sogar als Folter und fordern eine Überarbeitung der gesetzlichen Regeln. Bis zu 20 Jahre Isolationshaft seien in jedem Fall als inhuman zu bezeichnen. Bislang hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte nur die Nacktunterbringung in einer Sicherheitszelle als gegen die Menschenwürde verstoßend gerügt.

Im Gesetz gibt es den Begriff Isolationshaft erst gar nicht, es heißt schwammig Einzelhaft oder wie beim Justizministerium Niedersachsen „die unausgesetzte Absonderung eines Gefangenen“ und regelt keinesfalls die jeweils damit verbundenen Konditionen wie etwa die Betreuung während dieser Prozedur.

Erforderlich sind nach Meinung kritischer Juristen Kontrollgremien zur Folterprävention, die ihrer Aufgabe entsprechend ausgestattet sind und das zivilgesellschaftliche Engagement haben, einen Missbrauchsverdacht publik zu machen und so dem "Verschwinden“ von Gefangenen unter Isolationsbedingungen entgegenzuwirken.

Im Fall des in der Justizvollzugsanstalt Celle nach einem Ausbruch untergebrachten ehemaligen Autodieb Günther Finneisen sprechen Fachleute heute bereits offen von angewendeter Folter. Finneisen musste 16 Jahre unter Isolationsbedingungen hinter Panzerglas leben. In anderen Fällen betrug die Zeitdauer sogar 20 Jahre. Der sogenannte Polizistenmörder von Augsburg war bereits nach 15 Monaten strikt angewandter Isolierung soweit, dass er – psychisch zerbrochen – nicht mehr verhandlungsfähig war. Da es aber auch Bundesländer gibt, die ganz ohne Isolationshaft auszukommen scheinen, obwohl es sicherlich auch dort zum Teil problematische Gefangene gibt, wäre nach Ansicht der Kritiker der Versuch naheliegend, die Isolationshaft abzuschaffen.

Nach maximal vier Wochen kommt es zu psychischen Schäden

Der Psychiater Sjef Teuns schreibt zu den Folgen der Isolation: "Die Herstellung und Aufrechterhaltung einer künstlichen Umgebung, die sich einerseits durch ihre Konstanz und Unveränderlichkeit und andererseits durch willkürlich dosierte Reize – auch im Schlaf – auszeichnet, legt im Laufe der Zeit die Sinnesorgane lahm und führt zu einer Desintegration und extremen Desorientierung des so isolierten Individuums, so wie etwa lang andauernde, erzwungene Bewegungslosigkeit zu einer Erschlaffung der Muskulatur, zu Gelenkversteifungen und Knochenverformungen führen kann.“ Die Kriminologin Sharon Shalev fordert, dass solche Haftbedingungen, die oft zur Erzwingung von Geständnissen angewendet werden, nur vier Wochen dauern dürften.

Bei der Wiesbadener Kriminologischen Zentralstelle, der „Bundesstelle zur Verhütung von Folter“, überwachen nur vier Mitarbeiter die Einrichtungen in den Bereichen Justizvollzug, Polizei und Psychiatrie. Allein im Straf- und Maßregelvollzug sind sie für 84000 Menschen zuständig. *J.F.*

Zornpegel steigt

Russland: Attentate bedrohen den Alltag

Sie hatten einen „Tag des Zorns“ angekündigt, der zeigen sollte, dass Russen sich auch andernorts mit den Bewohnern des Moskauer Stadtteils Birjulewo in dem es Mitte Oktober zu Ausschreitungen gegen Immigranten gekommen war, solidarisieren. Gekommen waren am vergangenen Wochenende in Tscheljabinsk im Ural aber lediglich 50 Demonstranten. Schweigend standen sie mit ihren Transparenten eine Stunde lang im Stadtzentrum, um schließlich mit dem Ruf „Ruhm von Russland“ auseinanderzugehen.

Nur einen Tag später verübte eine „schwarze Witwe“ bei Wolgograd einen Terroranschlag auf einen überwiegend mit Studenten besetzten Linienbus, dem außer ihr sechs Menschen zum Opfer fielen. Dutzende wurden zum Teil schwer verletzt. Da die Ermittler sehr schnell die Identität der 30-jährigen Attentäterin Naida Asijalowa, einer Muslimin aus Dagestan, herausfanden, vermuten russische Journalisten, dass den Spezialkräften der Polizei die islamische Bande, der sie angehörte, bekannt war. Ihr zum Wahhabismus konvertierter russischer Ehemann Dmitrij Sokolow aus der Nähe von Moskau wird mit früheren Terroranschlägen in Verbindung gebracht. Der sich Abdul Dschabbar nennende 22-Jährige gilt als Bombenbauer einer radikalislamischen Gruppe.

Politiker uneinig über Maßnahmen

Auf das Bus-Attentat folgte noch in der Nacht des Verbrechens ein Molotow-Anschlag auf einen moslemischen Geistlichen in Wolgograd. In den Gebetssaal seines als Vereinstreffpunkt genutzten Privathauses wurde eine Brandflasche geworfen, die explodierte und ein Feuer auslöste. Der gebürtige Usbeke konnte die Flammen selbst löschen, niemand kam zu Schaden.

Vorfälle wie diese rütteln indessen russische Politiker auf. Sie müssen erkennen, dass sie dem Problem der Zuwanderung zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt haben. Zurzeit streiten Liberaldemokraten, Kommunisten und Vertreter der Regierungspartei „Einiges Russland“ heftig darüber, wie man das Problem in den Griff bekommen kann. *MRK*

Rechtsstaatsdrama

Von Vera Lengsfeld

Das illegale Protestcamp, das Flüchtlinge aus Afrika am Brandenburger Tor errichtet hatten, wird abgebaut. Die Männer hätten ihren Hungerstreik bis zum Januar ausgesetzt, um der neuen Bundesregierung „Zeit zu geben“, eine „offenere Flüchtlingspolitik“ in Kraft zu setzen. Bis dahin begeben sich die Aktivisten in eine Unterkunft, die von der evangelischen Kirche bereitgestellt wird.

Die Berliner Medien feiern das als „Verhandlungserfolg“ der Integrationssenatorin Dilek Kollat und des SPD-Bundestagsabgeordneten Rüdiger Veit, die versprochen hätten, die politischen Forderungen der Flüchtlinge zu unterstützen.

Angeblich sollen die Flüchtlinge seit fünf Tagen auch nichts mehr getrunken haben. Das wird unkritisch verbreitet, obwohl ein Blick in ein medizinisches Fachbuch genügt um zu erfahren, dass ein Mensch normalerweise nach drei, vier Tagen ohne Flüssigkeit tot ist. Zumindest hat er schwere Sprach-, und Orientierungsstörungen und ist kaum in der Lage, Verhandlungen zu führen.

Nur auf diese Tatsache hinzuweisen, ist schon hochgradig politisch inkorrekt. Noch weniger wird thematisiert, dass diese Männer, die Anfang Oktober nach Berlin gekommen sein sollen, weil ihre Anträge in Bayern nicht schnell genug positiv beschieden wurden, offen ihre Residenzpflicht verletzt haben. Sie demonstrieren damit, dass sie die Gesetze des Landes, das sie aufnehmen soll, nicht achten.

Auch sonst stellten sie Forderungen, die zumindest fragen lassen, warum sie unbedingt nach Deutschland wollen, obwohl sie sich nicht mal von deutschen Ärzten oder Sanitätern behandeln lassen wollen. Mitten in der guten Stube der Hauptstadt wird Deutschland als angeblich kalt und herzlos vorgeführt, obwohl den Protestierenden Wärmestuben, Duschen, Toiletten, Polizeischutz und jede Menge Gutmenschen zur Verfügung gestellt wurden, um ihren Protest so angenehm wie möglich zu gestalten. Das Ganze ein absurdes Theater zu nennen, wäre „rechts“. Wer „rechts“ ist, hat keinen Platz mehr in der Gemeinschaft der hypermoralischen Gutmenschen mit dem einzig richtigen Gerechtigkeitsempfinden.

Besonders pikant wird es, wenn jene lautstark die unbegrenzte Aufnahme eritreischer Flüchtlinge fordern, weil in Eritrea eine der „schlimmsten Diktaturen“ herrsche, die vorher eben jene marxistische „Volksfront für Demokratie und Gerechtigkeit“ jahrelang unterstützt haben.

Ebenso pikant ist, dass die deutschen Linksradikalen auf dem Feuer des Flüchtlingsprotestes ihr eigenes politisches Süppchen kochen.

„Deutschland soll sterben.“ Nur: Von wem kommt dann die Staatsknete, von der sie leben?

Das manipulierte Bild

Medien: Wie der Unmut von Bürgern über die Asylpolitik diffamiert und unterdrückt wird



Nach Deutschland gekommen, um sich über hiesiges Recht hinwegzusetzen: Wirtschaftsimmigranten vor dem Brandenburger Tor

Bild: action press

Mit großem Aufwand versuchen Medien den Eindruck zu erwecken, die Masse der Deutschen würde eine freigiebigere Politik gegenüber Asylbewerbern und „Wirtschaftsflüchtlingen“ unterstützen. Ein Blick hinter die Kulissen zeigt, wie ein solcher Eindruck erzeugt wird.

Glaubt man Veröffentlichungen in den meisten Medien, genießen „Flüchtlinge“ derzeit große Sympathie in der deutschen Öffentlichkeit. Sind Unmutsbekundungen nicht mehr zu verheimlichen, dann werden sie als „hässliche Szenen à la Berlin-Hellersdorf“ beschrieben. Umgekehrt nehmen Berichte über Protestaktionen gegen eine angeblich restriktive Asylpolitik breiten Raum ein. Auch Solidaritätsbekundungen oder Menschenketten zugunsten der „Flüchtlinge“ können mit wohlwollender Erwähnung rechnen.

Dieses Bild zeigt kaum die ganze Wahrheit. Jüngstes Beispiel waren Aktionen gegen die deutsche Asylpolitik am Brandenburger Tor. 28 Asylbewerber lagerten dort statt wie bisher am Kreuzberger Oranienplatz. Unterstützt werden sie von linken Aktivisten. Für Touristen und die meisten Berliner sind sie ein Ärgernis. Von Solidarität keine Spur. Besucher fragen, warum die abgelehnten Asylanten nicht längst abgeschoben sind und vermuten dahinter einen grünen Innensenator. Dabei heißt der Verantwortliche Frank Henkel, der der CDU angehört. Henkel ließ erklären, eine Räumung der „Mahnwache“ sei „nicht geplant“.

Ähnlich die Szenerie in Berlin-Hellersdorf: Die „Unterstützerszene“ im Bezirk organisierte zu Beginn des Monats eine „Menschenkette“, um ein „Zeichen gegen rechte Hetzer“ zu setzen, wie man in der „Bild“-Zeitung lesen konnte. Obwohl die Aktion mit großem Aufwand vorbereitet wurde, kamen nach Angaben der Veranstalter nur 250 Menschen, woraus eine große Zeitung „Hunderte“ machte. Anwohner berichten hingegen lediglich von gut einhundert angereisten Personen, unter die sich nur eine Handvoll Anwohner gemischt hätte.

Linke Aktivisten schüchtern offen Anwohner ein

Neben Desinformation sehen sich unzufriedene Anwohner inzwischen auch organisierten Einschüchterungsaktionen ausgesetzt. Bekannt geworden sind Drohbriefe in Berlin-Charlottenburg und anderswo gegen protestierende Bürger oder die Beschädigung von Autos türkischer Geschäftsleute in der Umgebung des Oranienplatzes. Die Geschäftsleute hatten sich kritisch über das Gebaren von Asylbewerbern und deren „Unterstützern“ geäußert. Sie wurden daraufhin in der linken Propaganda als „Bürgermob“ geächtet. Anders als die autochtone deutsche Bevölkerung beschweren sich Deutschtürken auch öffentlich darüber, dass ihre Frauen und Kinder von den „Flüchtlingen belästigt“ würden.

Eine „Informationsveranstaltung“ in Potsdam-West gab unlängst einen Eindruck davon, wie Einschüchterung und Manipulation funktionieren. In dem Stadtteil sollen 70 „Flüchtlinge“ untergebracht werden. Die Anwohner wurden in die Mensa der Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportschule geladen, um ihre Sorgen zu äußern. Etwa 100 Bürger erschienen. Die Sozialbeigeordnete der Stadt, Elona Müller-Preinsberger, kündigte an, dass es sich um Familien aus Tschetschenien, Serbien, Somalia oder dem Tschad handeln würde.

Neben den Bürgern aber hat auch ein rundes Dutzend linker Aktivisten Stellung bezogen, die der örtlichen Hausbesetzerszene zugeordnet werden. Rentner und Mütter mit kleinen Kindern machen angesichts des martialischen Trupps ängstliche Gesichter. Als sich drei von ihnen trotzdem etwas zu sagen trauen, nehmen die Aktivisten eine bedrohliche Haltung ein. Eine Frau beschwert sich, dass sie seit 40 Jahren hier wohne und nun in einem Asylantenheim „angekommen“ sei. Eine andere Frau fühlte sich „unwohl“ unter den „vielen fremden Männern“. Ein Rentner sorgte sich um die Sicherheit in seinem Kiez.

Zwischendurch ergreifen immer wieder die Hausbesetzer das Wort und versuchen, die Debatte an sich zu reißen. Frustriert ziehen die ersten Anwohner nach einer Stunde von dannen. Einige schimpfen und fühlen sich missverstanden. In Berlin-Hellersdorf waren Anwohner nach einer ähnlichen Veranstaltung von Linken auf dem Nachhauseweg zusammengeschlagen worden, weil sie sich auf der Versammlung kritisch geäußert hatten.

Die Potsdamer Lokalpresse stellte die Veranstaltung später als beeindruckendes Bekenntnis zur „Toleranz und Mitmenschlichkeit“ der Potsdamer Bürger dar. Das Anzeigenblättchen „Blickpunkt“ schreibt von „friedlicher Stimmung“, denn „keiner lehnte die Unterbringung der Flüchtlinge rundweg ab“. Mit Blick auf Andersdenkende schimpft das Blatt: „Aber es soll ja Menschen geben, die gerne Stimmung gegen alles, was aus dem Ausland kommt, machen. Seehofer und Ramsauer sind da nur zwei vergleichsweise harmlose Politpopulisten einer bajuwarischen Splitterpartei.“

In Potsdam-West leben viele Geringverdiener und Hartz-IV-Bezieher. Zu DDR-Zeiten hingegen war das Neubauviertel eher ein bevorzugtes Wohnquartier. Diejenigen, die später ihre Wohnungen preiswert als Eigentum erworben haben, ärgern sich nun, weil sie mit dem vermuteten Anstieg von Kriminalität und Verwahrlosung einen Wertverlust ihrer Immobilie befürchten. Andere, die nur zur Miete wohnen, packen einfach ihre Sachen und wollen weg. Diese Interessenlage wird von der Wohnungswirtschaft nur teilweise geteilt. Dort ist man gelegentlich froh darüber, wenn Wirtschaftsmigranten in schwer vermietbare Wohnungen einziehen und „das Amt“ als solventer Mietzahler auftritt.

Theo Maass

Linke gegen freies Mandat

Brandenburg: SED-Erben wollen Abgeordnete an die Leine nehmen

Einen Konflikt mit dem Verfassungsrecht beschwört ein bekannt gewordenes Vorhaben von Brandenburgs Linkspartei herauf. Mit Blick auf die Landtagswahlen im Herbst 2014 sollen die Kandidaten der Partei eine Selbstverpflichtung zum Umgang mit dem Parlamentsmandat unterschreiben. Noch vor der Aufstellung der Landesliste und der Nominierung in den Wahlkreisen sind die potenziellen Landtagskandidaten aufgefordert zu erklären, dass sie „im Falle der Ernennung als Ministerin oder Minister auf ein Abgeordnetenmandat (...) verzichten“.

Kritiker werten diese Verpflichtung der Parteispitze als Angriff auf das verfassungsrechtlich verbriefte freie Abgeordnetenmandat. In Artikel 56 der Landesverfassung Brandenburgs heißt es nämlich unmissverständlich: „Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.“

Die Forderung, auf errungenen Mandate zu verzichten, geht vor allem in Richtung auf Gesundheitsministerin Anita Tack und Wirtschaftsminister Ralf Christoffers. Schon nach der Landtagswahl 2009 übten Parteiführung und Teile der Basis starken Druck auf beide aus, ihre Mandate niederzulegen. Christoffers führte dagegen an, dass er ein Direktmandat errungen habe und er seine Wähler nicht täuschen wolle.

Gewählte sollen auf ihren Landtagssitz verzichten müssen

Dass ausgerechnet gegen die beiden bekanntesten Linke-Politiker in Brandenburg nun neuerlich ein derartiger Druck aufgebaut wird, hat mehrere Gründe: Zum einen haben beide Minister starke Widersacher im Landesverband. Regelmäßig scharfe Kritik muss Wirtschaftsminister Christoffers etwa wegen seiner Energiepolitik pro Kohleverstromung einstecken. Ein Mandatsverzicht im Potsdamer Wahlkreis von Gesundheitsministerin Tack würde wiederum den Weg für Linken-Kreischef Sascha Krämer freimachen.

Neben der Forderung nach Mandatsverzicht droht künftigen Landtagskandidaten der Linken noch ein ganzer Katalog von Verpflichtungen: Unter anderem sollen sich die Kandidaten dazu bereit erklären, auf Weisung der Partei Wahlkreisbüros außerhalb des eigenen Wahlkreises zu unterhalten, um eine flächendeckende Parteipräsenz zu gewährleisten. Die designierten Abgeordneten sollen zudem ihre Bereitschaft bekunden, einen Teil der Abgeordneten-Diät als Mandatsträgerbeitrag an die Partei abzuführen, was einer zweckentfremdenden Parteifinanzierung durch den Steuerzahler gleichkäme.

N.H.

Der Fluch der LBB

Sparkassen müssen für Kauf teuer büßen

Der 2007 gestartete Rettungsversuch für die Landesbank Berlin (LBB) droht sich für die deutschen Sparkassen endgültig zu einem finanziellen Desaster zu entwickeln. Die durch die Folgen des Berliner Bankenskandals ins Straucheln geratene LBB war von gut 400 deutschen Sparkassen vom Land Berlin für 5,5 Milliarden Euro gekauft worden.

Berlin kassierte 5,5 Milliarden Euro

Während sich das Eingreifen der Sparkassen bei der maroden LBB für den damaligen rot-roten Senat als regelrechter Glücksfall entpuppt hat, sieht die Bilanz für die Retter deutlich negativer aus. Zwar wurde mit dem Kauf erreicht, dass die Marke „Sparkasse Berlin“ nicht an die private Konkurrenz fällt, der Erfolg ist allerdings teuer erkauft worden.

Der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DGSV), Georg Fahrenschon, soll Medienberichten zufolge in einem Brief an die Vorstandschefs der an der LBB beteiligten Sparkassen dafür geworben haben, „reinen Tisch zu machen“. Klartext: Ein Großteil der Investition muss wahrscheinlich bald als fast vollständiger Verlust verbucht werden. Laut „Handelsblatt“ wollen einige Sparkassen in diesem Jahr sogar 95 Prozent ihrer Berliner Beteiligungen abschreiben.

Hoffnung auf eine Besserung ist vorerst nicht in Sicht. Von der LBB haben die Sparkassen auf absehbare Zeit keine Gewinne zu erwarten: Bereits seit dem Eigentümerwechsel vor sechs Jahren steckt die LBB in einem Umbau von einer aufgeblähten Landesbank hin zu einer schlanken Hauptstadt-Sparkasse. Als Folge wird jeder sechste der 5700 Arbeitsplätze in den kommenden vier Jahren wegfallen.

N.H.

Kein Grab für Priebke

Die brandenburgische Stadt Hennigsdorf bei Berlin sieht keine Grundlage für die Bestattung des in Italien wegen Kriegsverbrechen verurteilten und dort verstorbenen Erich Priebke. „Wir wollen nicht und wir müssen nicht“, teilte eine Stadtsprecherin unter Hinweis auf die kommunale Friedhofssatzung mit. Dort heißt es, dass in Hennigsdorf nur Menschen begraben werden dürften, die bei ihrem Tod hier gelebt hätten, hier mit unbekanntem Wohnsitz verstorben seien, zu Lebzeiten ein Grab gekauft hätten oder wenn ein Familiengrab existiere. Keiner dieser Fälle liege hier vor, so die Stadtsprecherin. Auch hätten Priebkes Angehörige nicht den Wunsch geäußert, ihn in seiner Geburtsstadt zu beerdigen. Nach Aussage von Priebkes italienischem Anwalt Paolo Giachini, der seine Nachlassangelegenheiten regelt, ist noch gar nicht entschieden, ob er in Italien, in Argentinien an der Seite seiner Frau oder in Deutschland seine letzte Ruhe finden soll.

J.H.

Zeitzeugen

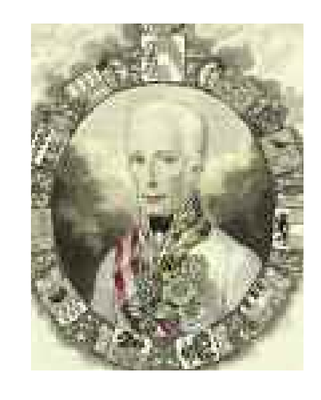


Franz-Peter Tebartz-van Elst – Bei Redaktionsschluss der *PAZ* war noch nicht bekannt, ob der Papstbesuch des Limburger Bischofs für ihn Konsequenzen hatte. Sein Handeln jedenfalls ist völlig unabhängig von dem jetzigen, immer teurer werdenden Bauprojekt schon länger in der Kritik. Eigentlich wollte der 54-Jährige bei Amtsantritt als Bischof 2008 missionarisch für den Glauben wirken, doch bisher hat er nur eine neue Austrittswelle aus der Katholischen Kirche bewirkt. Bereits vor vier Jahren berichtete der „Spiegel" über die Protzsucht des Kirchenmanns. Doch offenbar hat die Katholische Kirche die Berichte als typische anti-kirchliche Reaktionen des Magazins abgetan. Merkwürdig an der Affäre ist, dass das direkte Umfeld des nach außen wenig charismatisch wirkenden Bischofs ihn offenbar geschützt hat.



Robert Zollitsch – Der Erzbischof von Freiburg ist seit 2008 auch Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz. In der Angelegenheit Tebartz-van Elst steht auch der 75-Jährige als deutscher Chef des Limburger Bischofs in der Kritik und musste vorvergangene Woche beim Papst erklären, wie das Limburger Bistum so in die Schlagzeilen geraten konnte. Der Donauschwabe Zollitsch genießt zwar hohe Sympathiewerte, sein Krisenmanagement lässt aber zu wünschen übrig, wie bei den Missbrauchsfällen durch katholische Kirchenangehörige zu sehen war.

Joachim Meisner – Auch der Kölner Erzbischof hat offiziell eine Aufsichts- und Kontrollfunktion gegenüber dem Bistum Limburg wahrzunehmen. Doch der 1933 in Breslau geborene einstige Bischof von Berlin gibt an, erst vor Kurzem von den Problemen in Limburg erfahren zu haben.



Franz II. – Als Kaiser ratifizierte Franz II. im April 1803 den „Reichsdeputationshauptschluss", der bis heute Grundlage für die Pflichten des Staates gegenüber der Kirche ist (siehe Kasten rechts). Drei Jahre später legte Franz die römische Kaiserkrone sowie den Titel des „Königs in Germanien" nieder und beendete damit faktisch jenes Reich, das bis auf Karl den Großen und Heinrich I. zurückgeht. Der Schritt erfolgte auf den massiven Druck Frankreichs.

Göttliches Vermögen

Die katholische Kirche schwimmt im Geld – trotzdem predigen die Bischöfe Wasser

Von wegen „arme" Kirche! Die Debatte um den Limburger Prunkbau des Bischofs Franz-Peter Tebartz-van Elst hat es an den Tag gebracht: Die katholische Kirche besitzt ein göttliches Vermögen.

Nach außen gibt sich die Kirche gern bescheiden. Doch tatsächlich predigen die Kirchenbosse Wasser und trinken Wein. So schätzt der Politologe Carsten Frerk das Gesamtvermögen der katholischen Kirche in Deutschland auf 270 Milliarden Euro. Es setzt sich zusammen aus Barvermögen, Grundbesitz, Immobilien sowie Beteiligungen an Wirtschaftsunternehmen. Noch gar nicht mit einberechnet sind die immateriellen Werte von vielen, teilweise noch aus dem Mittelalter stammenden Kirchenschätzen, die im Prinzip unverkäuflich sind.

Trotz ihres Reichtums wird die katholische Kirche vom Staat noch unterstützt. So nahm man im letzten Jahr 5,2 Milliarden Euro Kirchensteuer ein. Gegenüber von vor zehn Jahren heißt das einen Anstieg von zehn Prozent, obwohl es seitdem massenweise Kirchenaustritte gegeben hat.

Mit Ausnahme von Hamburg und Bremen werden von den Bundesländern auch noch die Bischöfe entlohnt. Fast 485 Millionen Euro flossen auf diesem Wege an die evangelische und katholische Kirche. Letztere ist in Deutschland mit 27 Diözesen beziehungsweise Bistümern vertreten. Doch neben dem jeweiligen Bischof oder Erzbischof (Würdenträger mit besonderer Funktion), deren Monatssalär zwischen 8000 und 12 000 Euro liegt, und den pro Bistum bis zu fünf stellvertretenden Weihbischöfen werden auch Dignitare, Kanoniker, Domkapitulare, Oberkirchenräte oder Dom-Mesner vom Staat bezahlt. Einzig Priester erhalten ihren Lohn direkt von der Kirche.

Die 68 deutschen Bischöfe werden vom Staat bezahlt

Zusätzlich gibt es vom Staat jährlich etwa 200 Millionen Euro als Entschädigung für staatliche Enteignungen von vor 200 Jahren (siehe Beitrag rechts). Grundsätzlich müssen die Bistümer über die staatlichen Einnahmen und Spenden öffentlich Rechenschaft ablegen. Aber über das weitaus größere Privatvermögen des sogenannten Bischöflichen Stuhls hat die Kirche bislang weitgehend geschwiegen.

Um verlorenes Vertrauen der 25 Millionen deutschen Katholiken zurückzugewinnen, die wegen des Limburg-Falls so langsam vom Glauben abfallen, haben einige Bistümer ihre Bilanzen offengelegt – jedenfalls teilweise. So hat nach Angaben des „Spiegel" das Erzbistum Hamburg sein Gesamtvermögen mit 35 Millionen Euro beziffert. Da in der „Transparenzoffensive" auch ein Zinskapital von 5,4 Millionen Euro ausgewiesen ist, müsste der Kapitalstock jedoch weit höher sein. Die Kirche räumte auf Nachfrage dann auch ein, Rücklagen von rund 156 Millionen Euro zu besitzen.

In den Bistümern müssen die Geistlichen gute Finanzmanager sein, um den Überblick über das Vermögen nicht zu verlieren. Oft gelingt das nicht. „Ich kann keine Zahl über das Vermögen nennen, da ich selber nicht weiß, wie hoch es liegt, Schätzungen wären aberwitzig", gab etwa der Kölner Dompropst Norbert Feldhoff zu.

Klar ist: Die Kirche ist auch ein mächtiger Wirtschaftskonzern mit einem jährlichen Milliardenumsatz (siehe Beitrag unten). Mit geschätzten 8000 Quadratkilometern, was der Hälfte des Landes Schleswig-Holstein entspricht, sind die Kirchen die größten privaten Grundbesitzer. Dass dieser Wert nicht ausgewiesen ist, liegt auch daran, dass es nach mittelalterlichem Kirchenrecht verboten war, Vermögenserwerb zu veräußern. Bis heute hortet vor allem die katholische Kirche totes Kapital, ohne es in den Wirtschaftskreislauf zurückzubringen. Dass es dem Konzern Kirche trotzdem nicht schlecht geht, zeigt das Beispiel Limburg, da es sich einen derartigen Prestigebau leistet. *Harald Tews*



Aufmarsch der katholischen Würdenträger: Eröffnungsgottesdienst der Deutschen Bischofskonferenz Bild: pa

Der »Reichsdeputationshauptschluss«

Vielen Deutschen ist erst in der Debatte um die neue Bischofsresidenz von Limburg bekannt geworden, dass Bischöfe auch mittels Staatszuwendungen aus allgemeinen Steuereinnahmen bezahlt werden – also auch von Nichtmitgliedern der Kirche. Warum eigentlich?

Das hat historische Gründe: Immer wieder kam es zu Enteignungen der Kirche durch weltliche, staatliche Instanzen. Die größte dieser Enteignungen basiert auf dem „Reichsdeputationshauptschluss", der auf einem Reichstagsbeschluss vom Frühjahr 1803 fußt.

Die Ausgangslage: Das Römisch-Deutsche Reich war in Hunderte Kleinstaaten zergliedert. Diese waren zum Teil von weltlichen, andere aber auch von geistlichen Landesherrn geführt. Frankreich hatte alle deutschen Gebiete westlich des Rheins annektiert. Um ihre Verluste dort auszugleichen, beschlossen die weltlichen Fürsten unter anderem, den geistlichen Besitz östlich des Rheins in Besitz zu nehmen, was mit dem „Reichsdeputationshauptschluss" rechtskräftig wurde.

Ausgleich für Enteignungen

Dabei brachten sie nicht nur das Staatsgebiet der vormaligen kirchlichen deutschen Staaten unter ihre politische Kontrolle, es gelangte auch jede Menge privatrechtliches Eigentum der Kirche in ihre Hand. Von den Erträgen dieser Ländereien aber wurde zuvor das kirchliche Personal bezahlt, oft war die Bezahlung eines Postens fest an die Erträge eines bestimmten Stückes Nutzland gebunden.

Zum Ausgleich übernahmen die weltlichen Staaten nun diese Zahlungen, und müssen seitdem Unterhalt für kirchliche Amtsträger zahlen. Diese Regelung aus dem Jahre 1803 wurde vom deutschen Staat bis heute beibehalten. *Hans Heckel*

Als Arbeitgeber wichtig

Ökonomischer Sachverstand ist auch bei Bistümern unerlässlich

Wie Hyänen haben sich die Medien über den angeschlagenen Limburger Bischof Franz-Peter Tebartz-van Elst geschmissen und trotz aller berechtigten Kritik dafür gesorgt, dass kaum ein Bürger dem Thema aus dem Weg gehen konnte. Und auch die anderen Bistümer in Deutschland mussten plötzlich erklären, über wie viel Vermögen sie verfügen.

„Unser Vermögen im Bischöflichen Stuhl beträgt rund zwei Millionen Euro. Davon sind 90 Prozent zweckgebundenes Sondervermögen aus Erbschaften, die in die Priesterausbildung fließen müssen", hieß es daraufhin aus dem Bistum Essen. Und die Erzdiözese Köln verwies darauf, ein Vermögen von 166,2 Millionen Euro zu besitzen. Stück für Stück geriet so ins Licht der Öffentlichkeit, wie „reich" die deutschen Bistümer sind. Doch während sich die meisten nur für die Kontostände und Besitztümer interessierten, geriet aus dem Blick, was die katholische Kirche nämlich noch ist: einer der wichtigsten Arbeitgeber in Deutschland.

Etwa 1,3 Millionen Deutsche sollen für die katholische und evangelische Kirche zusammen in Deutschland arbeiten. Allein der katholische Wohlfahrtsverband Caritas beschäftigt rund 500 000 Personen. Die Caritas ist Träger von Altenheimen, Krankenhäusern, Kindergärten, Behindertenwerkstätten, Hospizen, Suchtberatungs-, Sozialberatungs- und Schuldnerberatungsstellen. Auch Kleiderkammern werden von der Caritas betrieben. Wobei man hierbei wissen muss, dass sich die Caritas aus rund 900 lokalen Einzelorganisationen zusammensetzt. Hinter diesen wiederum stehen die Bistümer beziehungsweise die Deutsche Bischofskonferenz, die wiederum als Dachverband der 27 Bistümer zu bezeichnen ist. Ihr unterstellt ist der Verband der Diözesen Deutschland (VDD), dessen Aufgabe es ist, die gemeinsamen Beteiligungen der Bistümer zu verwalten. Bittet man jedoch die Deutsche Bischofskonferenz um eine Auflistung aller vom VDD verwalteten Beteiligungen, dann erfährt man, dass es so etwas für die Öffentlichkeit nicht gibt. Auch gibt es keine offiziellen Zahlen darüber, wie viel Quadratmeter Wald, Agrarfläche und Bauland insgesamt in der Hand aller deutschen Bistümer sind.

Zahl der katholischen Wirtschaftsbetriebe ist unüberschaubar groß

In letzter Zeit gelangte der VDD jedoch in den Medien, da er die angeschlagene Weltbild-Verlagsgruppe verwaltet. Doch Weltbild ist keineswegs der einzige Verlag im Besitz katholischer Bistümer. Neben dem Sankt Ulrich Verlag, der neben Büchern auch die „Katholische Sonntagszeitung" herausbringt, gibt es noch unzählige kleinere.

Die Zahl der Wirtschaftsbetriebe, für die die katholischen Bistümer direkt oder indirekt verantwortlich zeichnen, ist schwer zu ermitteln, zumal Transparenz nicht gewünscht ist. Neben Buchhandlungen und Brauereien betreiben katholische Bistümer sogar Banken. Zudem verpachten sie Land und vermieten Immobilien. Für alles ist ökonomischer Sachverstand vonnöten und dieser war fatalerweise nicht nur Tebartz-van Elst, sondern auch bei seinem Umfeld nicht erkennbar. *Rebecca Bellano*



Preußische Allgemeine Zeitung
WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	(040) 4140 08-0
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de
E-Mail:
redaktion@ preussische-allgemeine.de
anzeigen@ preussische-allgemeine.de
vertrieb@ preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **8551**

Eine Geschichte, bald zwei Stimmen

Nachdem mehrere Burschenschaften den Dachverband verlassen haben, suchen beide Seiten nun einen Neuanfang

Es rumort in der burschenschaftlichen Szene. Denn die Deutsche Burschenschaft (DB), der größte und traditionsreichste burschenschaftliche Dachverband, steht seit letztem Jahr an einem entscheidenden Scheideweg.

Rund 35 Bünde haben seit dem richtungsweisenden außerordentlichen Burschentag im November letzten Jahres den Dachverband verlassen. Darunter viele Burschenschaften, die gemeinhin als besonders liberal gelten. Einige dieser Bünde versuchen nun, einen neuen Dachverband auf die Beine zu stellen. Er soll ein liberales und „modernes“ Gegenstück zur DB werden. „Spiegel Online“ titelte nach der letzten großen Austrittswelle aus der DB provokant: „Rechte Ideologen haben den Bruderkampf in der Deutschen Burschenschaft gewonnen.“ Von einem „Putsch der völkischen Burschenschafter“ war dort die Rede.

Dieser Tage, rund ein Jahr nach dem entscheidenden Burschentag in Stuttgart, verkündete die DB in einer Pressemeldung stolz den Gewinn der Franz-Dinghofer-Medaille, die der aktuellen DB-Vorsitzenden, der Wiener akademischen Burschenschaft Teutonia, im österreichischen Parlament stellvertretend überreicht wurde. „In der Begründung wurden die Verdienste der Deutschen Burschenschaft um die Demokratie hervorgehoben“, heißt es in der Pressemeldung der DB. Doch wie passen eine solche Ehrung durch den österreichischen Staat, Verdienste um die Demokratie und ein sogenannter „Putsch der völkischen Burschenschafter“ zusammen?

In den vergangenen Jahren waren es vor allem die negative Öffentlichkeitsarbeit und der mediale Druck, die dazu führten, das viele Burschenschaften harsche Kritik an ihrem eigenen Dachverband übten und einen klaren Richtungswechsel sowie weitgreifende Reformen forderten. Die großen Änderungen blieben jedoch aus. Für viele Bünde wurde die Dachverbandsfrage zur inneren Zerreißprobe. Zuletzt hieß es dabei oft Aktivitates gegen Altherrenschaft, jugendliche Befürworter gegen gesetzte Kritiker. Innerhalb der DB kam es besonders in den letzten Jahren immer mehr zu einer Lagerbildung, die konstruktive und zielgerichtete politische Arbeit praktisch unmöglich machte. Der sogenannte rechte Flügel, oft gleichgesetzt mit der Interessengemeinschaft „Burschenschaftliche Gemeinschaft“ (BG), sah sich dabei den vermeintlich Liberalen, der „Initiative Burschenschaftliche Zukunft“ (IBZ), gegenüber. Gegenseitige Schuldzuweisungen wurden getätigt, persönliche Streitigkeiten auf dem Rücken des Dachverbands ausgetragen und aufkochende Emotionen beidseitig für Stellvertreterkriege instrumentalisiert.

> Medien stürzten sich dankbar auf interne Streitigkeiten

Spätestens seit dem Burschentag 2012 in Eisenach war klar, dass ein gemeinsamer Konsens in den entscheidenden burschenschaftlichen Fragen nicht zu erreichen ist. Zu unterschiedlich sind die grundsätzlichen Meinungen, zu kontrovers das Verhältnis zu Themen wie Abstammung, Vaterland, Extremismus und Meinungsfreiheit. Entzündet hatte sich die Debatte einst am asiatischen Burschenschafter Kai Ming Au, der durch seinen Bund Hansea Mannheim trotz seiner eindeutig außereuropäischen Abstammung Mitglied des Dachverbands wurde. Die Abstammungsdebatte, rund um den volkstumsbezogenen Vaterlandsbegriff, kam wieder ins Rollen. Viele weitere empfindliche Diskussionen wurden in der Folgezeit in die Öffentlichkeit getragen und von den großen Leitmedien gnadenlos ausgeschlachtet. Der jüngste Skandal war dabei die Debatte um den Schriftleiter der „Burschenschaftlichen Blätter“, Norbert Weidner, der in einer internen Bundeszeitung seiner Burschenschaft die Verurteilung von Dietrich Bonhoeffer „rein juristisch“ als gerechtfertigt bezeichnete. Eine Meinung, die man als Burschenschafter durchaus kontrovers vertreten kann, die in der Öffentlichkeit jedoch nichts zu suchen hat. Der Skandal um Weidner brachte das Fass schlussendlich zum Überlaufen, auch wenn es sich bei der verbandsinternen Debatte zu einem Großteil um einen klaren Stellvertreterkrieg handelte.

Ob Norbert Weidner und Dietrich Bonhoeffer oder eben Kai Ming Au, die ewige Debatte um Meinungsfreiheit und Abstammung, sie alle gehören innerhalb der DB der Vergangenheit an. Denn die Deutsche Burschenschaft ist geschrumpft. Gesundgeschrumpft? Oder schlichtweg bedeutungslos geworden? Der vergangene Burschentag 2013 machte jedenfalls Hoffnung. Es geht vorwärts im Dachverband. Wenn auch auf Kosten vieler schmerzlicher Austritte und einer bleibenden finanziellen Unsicherheit für die Zukunft. Kontroverse Diskussionen werden auch zukünftig die Burschentage in Eisenach prägen, doch diese werden in den kommenden Jahren auf einem grundsätzlichen Konsens gemeinsamer Werte ausgetragen, die eine konstruktive politische Arbeit ermöglichen. Doch auch außerhalb der DB passiert etwas. Anfang Oktober trafen sich Vertreter der IBZ und einiger dachverbandsfreier Burschenschaften in Jena, um bei den „Jenaer Deutschland-Gesprächen“ die Möglichkeiten und Rahmenbedingungen für einen möglichen neuen Dachverband zu sondieren. Ob aus diesen Arbeitsgruppen und Gesprächsrunden tatsächlich ein neuer, dazu schlagfertiger Dachverband hervorgeht, ist bisher nicht sicher. Taugen könnte er vor allem dazu, den vielen Burschenschaften eine Heimat zu bieten, die sich aktuell nirgends wirklich Zuhause fühlen, jedoch die Arbeit in einem Dachverband nicht missen wollen. *Philip Stein*



Burschenschafter: Beim Deutschen Burschentag im Mai kehrte langsam Ruhe ein — Bild: pa

MELDUNGEN

Tabu-Zonen in Bonn

Bonn – Das Sprachinstitut Steinke hat seine ausländischen Sprachschüler vor gefährlichen Gegenden in Bonn gewarnt. Auf ihrer Internetseite hat die Sprachschule eine „No-Go-Karte“ veröffentlicht, auf der Gebiete markiert sind, die ihre Schüler aus Sicherheitsgründen meiden sollten. Dies stieß bei Vertretern der Stadt auf Kritik. Die Sprachschule verwies jedoch darauf, dass ihre Karte durch Berichte von mindestens 250 ausländischen Sprachschülern zustande kam. Es gehe um Belästigungen von Frauen, Raub („Abziehen“), Diebstahl, Einbrüche und Beleidigungen. Vor allem ostasiatische und osteuropäische Sprachschüler hätten einschlägige Erfahrungen mit Jugendlichen gemacht, die fast ausnahmslos selbst Migrationshintergrund zu haben schienen. *M.L.*

Neue Heizungen braucht das Land

Berlin – Bei Umwelt- und Klimaschutz setzte die scheidende schwarz-gelbe Bundesregierung dieser Tage noch ein Zeichen: Bis 2015 sollen fast alle Gas- und Ölheizungen ausgetauscht werden, die vor 1985 eingebaut wurden. „Für das Heizen, Kühlen und die Warmwasseraufbereitung in Gebäuden verbrauchen wir in Deutschland noch immer rund 35 Prozent der Endenergie“, begründete Peter Ramsauer (CSU) in seiner Funktion als Bauminister die Entscheidung. Doch die Bundesregierung sorgt sich nicht so sehr darum, dass die Bürger des Landes zu viel von ihrem Einkommen für das Heizen ausgeben. Sie wird vielmehr davon angetrieben, von der EU beschlossene Bestimmungen umzusetzen, deren Ziel es ist, den CO_2-Ausstoß zu verringern. Ein weiterer Weg zur Erreichung dieses Ziels ist der Ausbau der Gebäudedämmung, deren Sinn jedoch umstritten ist. *Bel*

Linksruck aufhalten

CDU-Mittelstandsvereinigung wählt »Rebellen«

Die Mittelstandsvereinigung von CDU und CSU (MIT) hat mit der Wahl ihrer neuen Führung ein klares Signal gegen den Linksruck der Union gesetzt. Der Wirtschaftsflügel der Union wird künftig vom CDU-Bundestagsabgeordnete Carsten Linnemann geführt. Der 36-Jährige will für mehr marktwirtschaftliche Reformen kämpfen und den in den letzten Jahren geschwundenen Einfluss der CDU-Mittelstandsvereinigung zurückgewinnen.

Doch das Vorhaben dürfte nicht ganz einfach werden, denn der sogenannte „Sozialflügel“ der Union mit Gallionsfigur Ursula von der Leyen hat mittlerweile erheblich an Einfluss gewonnen, während die CDU-Mittelstandsvereinigung unter ihrem bisherigen Vorsitzenden Josef Schlarmann immer mehr marginalisiert wurde. Umso größer sind die Erwartungen, die nun an den Führungswechsel geknüpft sind.

Zumindest der Start ist Linneman gelungen. Bei der Abstimmung hat sich der Familienunternehmer mit 71 Prozent klar gegen Oswald Metzger durchgesetzt, der erst im Jahr 2008 von den Grünen zur CDU gewechselt war. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass der CDU-Spitze ein Sieg des Ex-Grünen Metzgers lieber gewesen wäre, als der Erfolg Linnemanns, denn der neue Vorsitzende der Unions-Mittelstandsvereinigung ist bekennender Euro-Skeptiker. Im Jahr 2011 hatte Linnemann gegen die Euro-Rettungsfonds EFSF und ESM ebenso gestimmt wie gegen die Milliarden-Pakete für Spanien und Griechenland. Auch sonst liegt der 36-Jährige nicht unbedingt auf einer Linie mit der CDU-Führung. Offen kritisiert er, dass die Union zu lange die Taktik verfolgt habe, Kernthemen anderer Parteien aufzugreifen. „Das kann auf Dauer nicht gutgehen. Wir müssen uns jetzt endlich wieder auf die eigenen Schwerpunkte konzentrieren.“

> Euro-Skeptiker an die Spitze gesetzt

Aber auch die Abschiedsrede von Schlarmann geriet zu einer Generalabrechnung mit der Politik der CDU unter Angela Merkel. Mit ihrem Amtsantritt als Bundeskanzlerin der Großen Koalition 2005 sei „die Phase der reformpolitischen Diskussion in der Union“ beendet worden. Reformchancen seien verpasst, Versprechen nicht gehalten worden, so Schlarmann. *N.H.*

Schrille Tante in hohem Amt

Als Bundestagsvizepräsidentin repräsentiert Claudia Roth, was sie eigentlich hasst



Demonstration der Grünen 1990: Claudia Roth (4.v.r.) eingerahmt von Jutta Ditfurth und Angelika Beer

Um diesen attraktiven Versorgungsposten dürften viele Politiker Claudia Roth beneiden. Als Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages bekommt sie knapp 12 500 Euro im Monat. Das ist kein schlechtes Einkommen für jemanden, der weder eine abgeschlossene Ausbildung noch eine ernstzunehmende Berufserfahrung vorweisen kann. Laut Lebenslauf auf der Internetseite des Bundestages ist die Abgeordnete Roth von Beruf Dramaturgin und hat als solche an den Städtischen Bühnen Dortmund und bei „Hoffmans Comic Theater“ gearbeitet, bevor sie Managerin der Rock-Band „Ton Steine Scherben“ wurde. Ihrer persönlichen Internetseite kann man zudem entnehmen, dass sie ein Studium der Theaterwissenschaften begonnen, ein Freies Theater gegründet hat und 1985 Pressesprecherin der Bundestagsfraktion der Grünen wurde. Ihr weiterer politischer Lebensweg ist bekannt.

Diese Angaben bleiben auffällig vage. Beispielsweise ist nirgends angegeben, in welche Zeiträume die einzelnen Berufsstationen fielen. Auch erfährt man nicht, was aus dem von Roth gegründeten Theater geworden ist. Die Tatsache, dass sich die Kultband der links-alternativen Szene unter ihrem „Management“ wegen Überschuldung auflösen musste, bleibt ebenfalls unerwähnt. Und die Frage, was eine Abiturientin mit einem nach wenigen Semestern abgebrochenen Studium qualifiziert, als Dramaturgin, Managerin oder Pressesprecherin zu arbeiten, wird nicht beantwortet. Es ist offensichtlich, dass durch bewusst vage Angaben im Lebenslauf verschleiert werden soll, dass es sich bei der Bundestagsvizepräsidentin Roth um das handelt, was der Volksmund gemeinhin als „gescheiterte Existenz“ bezeichnet.

Der Bundestagspräsident und somit auch seine Stellvertreter haben das höchste Staatsamt nach dem Bundespräsidenten inne. Mit Claudia Roth hat der Staat nun eine Spitzenrepräsentantin, die ihn zutiefst ablehnt. „Nie wieder Deutschland“, forderte sie 1990. Und ihre Vision für den 3. Oktober beschrieb sie 2005 wie folgt: „Am Nationalfeiertag der Deutschen ertrinken die Straßen in einem Meer aus roten Türkenflaggen und ein paar schwarzrotgoldenen Fahnen.“ Die Türkei ist ihr ohnehin „zweite Heimat“ und Deutsche hält sie für „Nichtmigranten, mehr nicht“. *J.H.*

MELDUNGEN

Herzog entscheidet

Luxemburg – Luxemburgs Premierminister Jean-Claude Juncker gefiel es wenig, dass er nach der Wahl darauf angewiesen war, sein Schicksal in die Hände von Großherzog Henri geben zu müssen. Doch da der seit 19 Jahren amtierende christsoziale Juncker mit seiner Partei CSV aufgrund von Stimmverlusten nur 23 der 60 Parlamentssitze erobern konnte, blieb die CSV zwar stärkste Kraft, benötigt aber einen Koalitionspartner. Junckers bisheriger Koalitionspartner, die sozialdemokratische LSAP, plant mit Grünen und Liberalen zusammen eine Regierung zu bilden. Nun muss Großherzog Henri entscheiden, wem er den Auftrag zur Regierungsbildung erteilt. *Bel*

Türkei hilft Kriegsverbrechern

Ankara – Schwere Vorwürfe gegen die türkische Regierung hat die Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch" erhoben. Die Türkei helfe den Rebellen im Kampf gegen Syriens Präsidenten Baschar al-Assad und unterstütze damit Kriegsverbrecher, so die US-Organisation in einem 89 Seiten starken Bericht. Unter Berufung auf Sicherheitskräfte, westliche Diplomaten und Entwicklungshelfer wird konkret aufgeführt, dass die meisten ausländischen Kämpfer, die im nördlichen Syrien operieren, ihre Einreise über die Türkei organisieren. Den gleichen Weg in den Konfliktherd Syrien nehmen dem Bericht zufolge Waffen, Geld und sonstiger Nachschub. Untermauert wurden die Vorwürfe mit Details zu einem Massaker, das sich bereits im August ereignet hat. Mutmaßlich von Dschihadisten sind in der syrischen Provinz Latakia bei einem Blutbad mindestens 190 Zivilisten der alawitischen Minderheit niedergemetzelt worden. *N.H.*

»Neuer Saddam« von US-Gnaden

Irakischer Premier reißt die Macht immer mehr an sich – Zahlreiche Fehleinschätzungen durch Washington

Bereits am 1. Mai 2003, nach nur sechs Wochen Krieg, verkündete der damalige US-Präsident George W. Bush, dass die Kampfhandlungen im Irak beendet seien. Tatsächlich ist der Irak aber auf dem besten Wege, ein sogenannter „failed state", ein gescheiterter Staat zu werden.

Zehn Jahre nach Einmarsch der US-Truppen in den Irak bejubelte der ehemalige US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld im März dieses Jahres die Invasion als Befreiung von 25 Millionen Irakern. Die Realität der „Befreiung" sieht für viele Iraker indes anders aus. Zum einen hat das Land einen extrem hohen Blutzoll als Folge der US-Invasion entrichtet. Eine Studie, die nun vorgelegt wurde, kommt für den Zeitraum von 2003 bis 2011 zu dem Schluss, dass der Krieg etwa eine halbe Million Iraker das Leben gekostet hat. Zweidrittel der Opfer können demnach auf direkte Gewalteinwirkung wie Schüsse und Bombenangriffe zurückgeführt werden. Etwa ein Drittel der Opfer ist dagegen an indirekten Folgen gestorben, etwa bedingt durch den Zusammenbruch des Gesundheitswesens oder mangelnde Ernährung.

Tatsächlich ist zu befürchten, dass die Zahl der indirekten Opfer des Krieges sogar noch weiter steigen wird. Von der „Koalition der Willigen" sind in den wenigen Wochen des eigentlichen Irakkrieges mehrere hundert Tonnen uranhaltiger Munition verschossen worden. Inzwischen werden die Langzeitwirkungen der panzerbrechenden Geschosse aus angereichertem Uran immer mehr sichtbar. So hat im Irak die Zahl der Missbildungen bei Neugeborenen stark zugenommen, ebenso die Zahlen von Blut- und Knochenkrebs und Gehirntumoren. US-Amerikaner und Briten, die damals Munition aus „depleted uranium" eingesetzt haben, leugnen zwar jeden Zusammenhang zwischen erhöhter Strahlung und der Zunahme von Krebs, doch das drastisch gehäufte Auftreten entsprechender Krankheitsfälle spricht für sich.



Sieht so Frieden aus? Autobomben und deren Folgen prägen immer mehr das Stadtbild Bagdads Bild: pa

Aber nicht nur unter humanitären Gesichtspunkten kann der zweite Irakkrieg als kompletter Fehlschlag gelten. Drei Jahre nachdem im Dezember 2011 offiziell die letzten US-Kampftruppen abgezogen sind, steht das Land die Region des Bürgerkrieges. Politisch und religiös motivierte Anschläge haben seit Jahresbeginn im Irak mehr als 5600 zivile Tote gefordert – so viele wie seit 2007 nicht mehr. Nicht einmal ausgeschlossen werden kann inzwischen ein Zerfall des Landes in mehrere Teile. Faktisch ist das Land schon jetzt dreigeteilt und zwar in die halbautonome Kurdenregion im Norden, die Schiitenprovinzen im Südosten, dazwischen die Bevölkerungsminderheit der Sunniten.

Sollte jemals ernsthaft die Absicht bestanden haben, im Irak ein demokratisches System einzuführen, so kann dies als gescheitert gelten. Zehn Jahre nach dem Sturz des Diktators Saddam Hussein entwickelt Iraks amtierender Ministerpräsident Nuri al-Maliki immer mehr Züge eines Autokraten. Dass der Schiit Maliki inzwischen sogar schon als neuer „Saddam" bezeichnet wird, hat gute Gründe. Iraks Sunniten sehen sich durch die Bevölkerungsmehrheit der Schiiten immer mehr unterdrückt und als Bürger zweiter Klasse.

Zahl der Opfer infolge des Irakkrieges steigt täglich

Längst obsolet ist die anfängliche Machtbalance zwischen Kurden, Sunniten und Schiiten. Ministerpräsident Maliki und seine Gefolgsleute besetzen inzwischen wichtige Ämter und Ministerien. Eine Kontrolle durch den kurdischstämmigen Präsidenten Dschalal Talabani gibt es seit Monaten nicht mehr, da dieser wegen eines Schlaganfalls außer Gefecht gesetzt ist. Am Anfang dieser Entwicklung stand wiederum eine Fehlentscheidung der US-Besatzer. Da die Strategen im Pentagon Sunniten pauschal als Saddam-Anhänger und Sympathisanten Al-Kaidas einstuften, wurden beim Neuaufbau des Sicherheitsapparats auf Schiiten zurückgegriffen. Eine Ausgangslage, die Iraks neuer starker Mann Maliki für seine Zwecke genutzt hat. Es ist vor allem der Aufstieg Malikis zu Iraks neuem „Saddam", der die Irak-Intervention der USA endgültig geopolitische Desaster verwandelt hat. Zumindest, wenn in Wa-shington nicht von vornherein eine Balkanisierung des Nahen Ostens insgeheim das strategische Ziel war. Als Folge des Afghanistankrieges als auch der Irak-Invasion haben die USA ausgerechnet zwei wichtige Gegner des schiitischen Iran beiseite geräumt: das Regime Husseins im Irak und die Taliban in Afghanistan. Der Konflikt um den iranischen Verbündeten Syrien ist aus Sicht der USA auch der Versuch, diesen geopolitischen Fehlschlag wieder auszubügeln.

Welch wichtige Rolle der Irak beim Machtkampf um Syrien spielt, machen Berichte über iranische Waffenlieferungen deutlich. Mit Duldung Bagdads sollen Lieferungen der iranischen Revolutionsgarden über irakisches Gebiet an die syrischen Regierungstruppen gehen, so die Meldung eines westlichen Geheimdienstes. Die Kämpfe in Syrien zeigen allerdings auch immer mehr Rückwirkungen auf die Sunniten im Irak: Die Rebellion in Syrien wird von der dortigen sunnitischen Bevölkerungsmehrheit getragen, als Folge ist auch bei den Sunniten im Irak die Hoffnung geweckt worden, die seit Saddams Sturz erlittene Niederlage gegen die Schiiten wieder revidieren zu können. *Norman Hanert*

Wahlrecht nur Makulatur

Viele Auslandsdeutsche wurden von Bundestagswahl ausgeschlossen

Seit der Änderung des Bundeswahlgesetzes im Frühjahr dürfen sich Deutsche im Ausland umfassend und unabhängig von ihrer Meldeadresse an Bundestagswahlen beteiligen (siehe *PAZ* 35/2013). Allein in Polen betrifft dies rund 150 000 Angehörige der deutschen Volksgruppe, welche die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Zur Teilnahme an der Wahl müssen sie sich in den Konsulaten oder Botschaften der Bundesrepublik in das Wählerverzeichnis eines bundesdeutschen Wahlkreises eintragen lassen, zu dem eine besondere Beziehung glaubhaft gemacht werden muss. Doch die Hoffnung der Deutschen in den Vertreibungsgebieten, zukünftig an der politischen Willensbildung in der Bundesrepublik mitwirken zu können, wurde enttäuscht. Denn die Zulassung als Wähler liegt ganz im Ermessen der deutschen Kreiswahlbehörden. Diese nutzten ihren Ermessensspielraum jedoch überwiegend restriktiv, so dass viele Auslandsdeutsche von der Teilnahme an der Bundestagswahl ausgeschlossen blieben.

Auslandsdeutsche sind wahlberechtigt, wenn sie nach dem vollendeten 14. Lebensjahr mindestens drei Monate ununterbrochen in Deutschland gelebt haben und dieser Aufenthalt nicht länger als 25 Jahre zurückliegt. Das Bundesverfassungsgericht erklärte diese Regel im Juli 2012 jedoch für nichtig, da es in der Tatsache, dass die Wahlberechtigung von Auslandsdeutschen allein von einem früheren dreimonatigen Aufenthalt in der Bundesrepublik abhängig gemacht werde, eine Verletzung des Grundsatzes der Allgemeinheit der Wahl sah. So seien selbst jene wahlberechtigt, die Deutschland bereits im Säuglingsalter verlassen hätten, während andere, die typischerweise mit den politischen Verhältnissen hierzulande vertraut und von ihnen betroffen seien, weil sie beispielsweise als Grenzgänger in Deutschland arbeiteten, nicht wählen dürften. Daraufhin ergänzte der Gesetzgeber das Bundeswahlgesetz um die letzte Formulierung, so dass Auslandsdeutsche nun auch wählen dürfen, „wenn sie aus anderen Gründen persönlich und unmittelbar mit den politischen Verhältnissen in der Bundesrepublik vertraut geworden und von ihnen betroffen sind". Dazu heißt es in den Erläuterungen des Gesetzgebers, die erforderliche Vertrautheit müsse „im Einzelfall persönlich aufgrund eigener Erfahrung und unmittelbar erworben worden sein". Als eine der Personengruppen, bei denen dies angenommen werden kann, werden Auslandsdeutsche genannt, „die durch ihr Engagement in Verbänden, Parteien und sonstigen Organisationen in erheblichem Umfang am gesellschaftlichen Leben hierzulande teilnehmen".

Behörden können willkürlich entscheiden

Wann diese Kriterien erfüllt sind, legen die Wahlbehörden jedoch ausschließlich selbst fest. So wurde beispielsweise in Gelsenkirchen der Antrag eines in Organisationen der deutschen Volksgruppe besonders engagierten Oberschlesiers zurückgewiesen. Auch Bruno Kosak, einer der führenden politischen Vertreter der Deutschen in Oberschlesien, durfte nicht wählen. Die Mitglieder des deutschen Chors im oberschlesischen Kosel, die eine rege Patenschaft mit der Chorgemeinschaft Papenburg pflegen, scheiterten ebenfalls mit ihrem Antrag. Die Verbände der deutschen Minderheit in Polen fordern eine Nachbesserung des Wahlgesetzes, zumindest aber eine Verordnung des Bundesinnenministeriums, in der eindeutig festgelegt ist, welche Voraussetzungen ausreichen, um unmittelbar und persönlich von den politischen Verhältnissen in Deutschland betroffen und damit wahlberechtigt zu sein. *J.H.*

Kommunisten im Aufwind

Prag: Präsident Zeman drängt Sozialdemokraten zum Tabubruch

Erstmals seit der Revolution von 1989 haben die Kommunisten in Tschechien die Chance, zumindest indirekt wieder an der Regierung beteiligt zu werden. Meinungsumfragen sagen den Linksparteien einen Sieg bei den Parlamentswahlen am 25. und 26. Oktober voraus. Noch offen ist, ob die Sozialdemokraten tatsächlich schon zu einem Tabubruch bereit sind, der in Prag mittlerweile als reelle Möglichkeit gehandelt wird: eine sozialdemokratische Minderheitsregierung, die durch die Kommunisten geduldet wird.

Sollte es tatsächlich soweit kommen, wäre dies für die „Kommunistische Partei Böhmens und Mährens" (KSCM) die nachträgliche Bestätigung für einen erstaunlichen Sonderweg. Im Gegensatz zu anderen kommunistischen Parteien des ehemaligen Ostblocks hat die KSCM nicht einmal versucht, sich einen „Wendemantel" umzuhängen. Die Partei hat sich nie als gemäßigte, reformierte Linkskraft präsentiert. Zwar ist das Parteisymbol heute nicht mehr Hammer und Sichel, sondern ein Paar roter Kirschen, sehr viel mehr an politischer Kosmetik hat es allerdings nicht gegeben. Der Versuch, das Wort „kommunistisch" aus dem Parteinamen zu streichen, wurde in einem parteiinternen Referendum abgelehnt. Bis heute ist die Unterstützung der sozialistischen Regime in Nordkorea und Kuba fester Teil des Selbstverständnisses. Demonstrativ geschieht auch die Ablehnung von Politikern, die sich für die Überwindung der kommunistischen Diktatur in Böhmen und Mähren eingesetzt haben.

Wie perfide das konkret aussehen kann, bewies KP-Chef Vojtech Filip anlässlich des Todes von Vaclav Havel. Filip, der als Vertreter des „pragmatischen" Parteiflügels gilt, betrauerte den Tod eines „großen Führers". Gemeint war allerdings nicht der Bürgerrechtler Havel, sondern der zeitgleich verstorbenen nordkoreanische Diktator Kim Jong-il. Ein weiterer fester Bestandteil des Selbstverständnisses der tschechischen Kommunisten ist das Festhalten an den Benesch-Dekreten der Nachkriegszeit und eine strikte Ablehnung jeglicher Eigentumsansprüche der vertriebenen Sudetendeutschen.

KSCM unterstützt Nordkorea und hält an Benesch-Dekreten fest

Diese Mixtur aus linkem Populismus und Chauvinismus kommt erstaunlicherweise bei einem Teil der Tschechen gut an. Bei den letzten Regionalwahlen 2012 wurden die Kommunisten mit über 20 Prozent zur zweitstärksten Kraft des Landes gewählt. Bereits verwarf der im Jahr 1995 gefasste Abgrenzungsbeschluss der Sozialdemokraten immer lascher gesehen. Mit Unterstützung der Sozialdemokraten stellen die Kommunisten bereits seit 2008 in der Region Aussig den Kreishauptmann.

Einen gehörigen Anteil daran, dass die Kommunisten politisch zunehmend als salonfähig gelten, hat Tschechiens Präsident Milos Zeman. Ausgerechnet in einem Interview mit der KP-Parteizeitung bändelte Zeman mit den linken Betonköpfen an und gab die gewünschte Richtung vor. „Ich finde, die Kommunistische Partei sollte eine vierjährige Zwischenphase absolvieren, in der sie eine Minderheitsregierung der Sozialdemokraten toleriert", so Zeman. Dass er sich als Staatspräsident so offen in die Parteipolitik einmischt, hat mit den ureigensten politischen Zielen von Zeman selbst zu tun. Kaum noch zu übersehen ist, dass er die Rolle aller Parteien einschränken will, um das politische System nach eigenem Gusto zu einem Präsidialsystem umzubauen. Durchsetzen lassen sich derartige Pläne für Zeman nur mit einer Linksregierung, bei der die Kommunisten eingebunden sind. *N.H.*

Zur Kasse, bitte!

Rezession erhöht Ausfallquoten südeuropäischer Banken drastisch – IWF plant zehnprozentige Zwangsabgabe

Dieser Tage verkündete die europäische Statistikbehörde Eurostat, dass das Defizit des griechischen Staates 2012 nur bei neun statt bei erwarteten zehn Prozent gelegen habe. Grund für die besseren Zahlen seien die maroden Banken, die doch nicht so marode wie vermutet gewesen seien. Doch diese Momentaufnahme ist schon längst wieder überholt.

Griechenland wird demnächst zwar weitere zehn oder elf Milliarden Euro an Hilfen benötigen, doch ansonsten wird von offizieller Seite so getan, als ob alles gut wird. Doch leider will die griechische Wirtschaft nicht anspringen, die Zahl der Arbeitslosen erhöht sich somit immer weiter und infolgedessen zahlen auch immer weniger Bankkunden ihre Kredite zurück. Dies bringt die bereits mit 50 Milliarden über die Euro-Rettungspakete gestützten griechischen Banken allmählich in Bedrängnis. Nach Angaben der griechischen Zentralbank waren im Juni 29 Prozent der vergebenen Darlehen aller Banken im Land seit mindestens 90 Tagen nicht mehr bedient worden. Bei den Konsumentenkrediten lag die Ausfallquote sogar bei 45 Prozent. Alles in allem ergibt das ein Kreditvolumen von 75,4 Milliarden Euro, was, wie das „Handelsblatt" betonte, 41 Prozent des diesjährigen Bruttoinlandsproduktes entspricht (BIP).



Alles gut? Bei Griechenlands Banken nimmt scheinbar alles wieder seinen geregelten Gang Bild: Getty

Merkwürdigerweise scheint sich aber in der EU niemand über diese bei den Banken lauernde Gefahr aufregen zu wollen. Zwar haben die griechischen Kreditinstitute insgesamt Rückstellungen in Höhe von 35 Milliarden Euro gebildet, macht aber immer noch rund 40 Milliarden Euro, deren Finanzierung nicht gesichert ist. Vielleicht finanzieren sich die griechischen Banken auch deshalb zu einem beachtlichen Anteil über die Europäische Zentralbank (EZB), weil ihnen außer einigen Hedgefonds niemand mehr zu günstigen Konditionen frisches Geld geben mag.

> Kredite in Höhe von 75,4 Milliarden Euro derzeit gefährdet

Allerdings stehen die griechischen Banken auch nicht wesentlich schlechter da als die Banken in Spanien, Portugal oder Italien. Auch hier ist die Ausfallquote von Krediten aufgrund der seit gut fünf Jahren andauernden Rezession deutlich höher als die Rückstellungen, die die Banken hierfür zurückgelegt haben. All dies muss die EZB demnächst bei ihrem Stresstest offenlegen, den sie im Rahmen der auf sie übergehenden Bankenaufsicht durchführen wird. Noch immer wird darum gerungen, wer im Notfall den Banken mit frischem Kapital aushilft, so denn publik wird, dass die Kreditausfälle so groß sind, dass sie von der jeweiligen Bank alleine nicht getragen werden können. Zwar haben sich die Politiker der betroffenen 17 Euro-Länder darauf geeinigt, den Euro-Rettungsfonds ESM nur als letzte Instanz heranzuziehen, doch da die Staaten Südeuropas bereits jetzt finanziell dicht am Abgrund agieren, Bank-Eigentümer und Sparer nur bedingt zur Rettung herangezogen werden sollen, wird der Einigung kein langer Bestand zugeschrieben.

Und während alle Welt bezüglich Krisen-Banken nach Südeuropa blickt, hat die französische Business School IESEG den Blick aufs nahe Umfeld gerichtet. Angenommen, es käme zu einer weiteren schweren Krise im Finanzsystem, dann wären die französischen Banken am stärksten betroffen. Laut IESEG müsste der französische Steuerzahler dann mit rund 240 Milliarden Euro aushelfen, was elf Prozent der jährlichen französischen Wirtschaftsleistung entspräche. Aber auch die Briten müssten ihren Banken 147 Milliarden Euro zuschießen und auch die Deutschen wären mit 121 Milliarden Euro dabei.

> Frankreich geht es auch nicht besser

Nun mag man von derartigen, künstlich am Computermodell erstellten Studien halten, was man will, unbestritten ist, dass Europas Banken – auch über die Euro-Zone hinaus – instabil sind. Auch Deutschland mit seiner Commerzbank und seinen angeschlagenen Landesbanken kann sich nicht entspannt zurücklehnen, zumal es über etliche Euro-Rettungsprogramme mit den anderen Euro-Ländern in einem Boot sitzt. Doch jede weitere größere Bankenrettung gefährdet die Staatshaushalte.

Für diese plant derweil der Internationale Währungsfonds (IWF) ein eigenes Rettungsprogramm. Und zwar empfiehlt er in seinem „Fiscal Monitor" eine einmalige, ohne Vorankündigung eingezogene Zwangsabgabe zugunsten der Staatshaushalte, damit diese auf den Schuldenstand vor der Krise zurückgefahren werden können. Dem IWF schwebt eine Steuer in Höhe von zehn Prozent „für Haushalte mit einem positiven Vermögensstand" vor. Und Deutschland wird empfohlen, sein ganzes Potenzial zu heben, denn angeblich seien hierzulande die Steuern zu niedrig. Weitere 80 Milliarden Euro seien leicht einzuziehen, so der IWF. *Rebecca Bellano*

KURZ NOTIERT

„Made in Germany" in Gefahr? Vertreter aus Wirtschaft und Politik wehren sich gegen die Pläne der EU, Herkunftsangaben wie „Made in Germany" an andere Vorraussetzungen zu knüpfen. Da die Angabe in aller Welt als Qualitätsmerkmal gesehen wird, wollen die Deutschen das Siegel keineswegs seltener verwenden, doch sollte die EU ihre Pläne umsetzen, ist ungewiss, ob „Made in Germany" noch im gleichen Umfang verwendet werden darf. Laut Brüssel soll künftig bei einem Produkt, das in zwei oder mehr Ländern hergestellt wurde, das Zollrecht gelten. Dieses sieht vor, dass das Land als Ursprungsland gilt, in dem die „letzte wesentliche Be- oder Verarbeitung" erfolgt ist. Da deutsche Firmen häufig in Deutschland ihre Produkte entwickeln, die Bearbeitung aber beispielsweise in China erfolgt, könnte die neue Regelung das Siegel „Made in Germany" gefährden. *Bel*

China rechnet sich attraktiv: Laut offiziellen Zahlen ist die chinesische Wirtschaft in diesem Jahr um 7,8 Prozent gewachsen, doch Kritiker sehen hierin mehr Wunsch als Wirklichkeit. Yuan Gangming von der Chinese Academy of Social Sciences (CASS) in Peking widerspricht offen den Daten der Regierung. „Wenn man andere Indikatoren wie Stromverbrauch und Gütertransport zum Vergleich heranzieht, wird schnell klar: Der Wirtschaft geht es schlechter, als das BIP-Wachstum vermuten lässt", so der Ökonom. *Bel*

Wirtschaftsfaktor Hochschule: Während die Bundesländer stets darüber klagen, wie teuer für sie der Unterhalt von Universitäten ist, weist jetzt der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft darauf hin, dass Hochschulen ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor seien. So wurden in einer Studie Gebiete mit und ohne Hochschule verglichen. Ergebnis: Universitäten seien nicht nur Arbeitgeber und ein wichtiger Konsument, sondern schüfen auch Innovationen, die häufig positive Auswirkungen auf das direkte Umfeld hätten, in dem beispielsweise Absolventen sich selbstständig machten und so neue Arbeitsplätze kreiierten. *Bel*

Moderne Leibeigenschaft

Gefährliche Dominanz des US-Agrarkonzerns Monsanto

„Monsanto tötet", schallt es durch den Lautsprecher einer aufgebrachten Demonstrantin. Diese eindeutige und anklagende Botschaft verbreitete sich, angeheizt durch tausende Demonstranten von Wien bis Paris, in ganz Europa. Immer wieder kommt es weltweit zu Massendemonstrationen gegen den US-Agrarriesen Monsanto, der bereits seit Jahrzehnten immer wieder heftig in die Kritik weltweiter Organisationen geraten war.

Monsanto ist weltweiter Marktführer für Biotechnologie und hält rund 90 Prozent aller Patente auf gentechnisch veränderte Organismen. Ob Soja, Raps, Mais oder Baumwolle, das amerikanische Agrarunternehmen kontrolliert über die eigenen Patente einen Großteil der gesamten Nahrungsmittelkette. Im Vergleich zu außereuropäischen Märkten ist der europäische Agrarmarkt dabei bisher nicht im großen Umfang betroffen. Doch auch in Europa wird Glyphosat, ein Unkrautbekämpfungsmittel aus dem Hause Monsanto, im Getreide-, Obst-, und Weinanbau gespritzt. Das Bundesamt für Verbraucherschutz stellte in einer Umfrage aus diesem Jahr fest, dass 60 bis 65 Prozent aller getesteten Urinproben in Deutschland Rückstände von Glyphosat enthalten. Kritiker werfen dem Mittel vor, für Herzfehler, geschädigtes Erbgut und Fehlbildungen verantwortlich zu sein.

Monsanto selbst bestreitet die Folgewirkungen des eigenen Produkts und versucht die andauernde Kritik an Glyphosat in die Ecke der Verschwörungstheorien zu drängen. Bereits im Jahr 1976 überführte die US-Umweltbehörde EPA zwei Labore der bewussten Fälschung von Testergebnissen, die unter anderem von Monsanto mit wichtigen Glyphosatstudien beauftragt waren. Dieser Vorfall sollte nicht der letzte sein, der den Agrarriesen in gefährliche Nähe zum Betrug rückte. Weitere gekaufte Studien wurden in den Folgejahren publik.

> Europa kauft zwar kein Saatgut, ist aber trotzdem betroffen

Doch nicht nur im Bereich der chemischen Mittel ist Monsanto auf dem Weg zu einer gefährlichen Monopolstellung. Besonders der Markt der Gentechnik wird fast ausschließlich von dem US-Konzern kontrolliert. Der Mais-, Soja-, und Baumwollanbau in den Vereinigten Staaten setzt bereits zu unglaublichen 90 Prozent auf genverändertes Saatgut. Doch auch Tomaten, Paprika und viele weitere natürliche Produkte sind mittlerweile genetisch verändert. Viele der amerikanischen Endprodukte, darunter vor allem Tierfutter, gelangen auch zu uns nach Europa.

Monsanto geht jedoch noch weiter. Mit Patenten, die der Konzern auf das genveränderte Saatgut hält, kontrolliert er unterm Strich den kompletten amerikanischen Agrarmarkt. Denn die amerikanischen Farmer sind längst auf die genveränderten Erzeugnisse von Monsanto angewiesen, um die unsäglichen Massen von Mastvieh ernähren zu können. Monsanto hat den US-Markt überschwemmt und die nationalen Farmer in eine Abhängigkeit gebracht, die vielerorts wie eine moderne Version der Leibeigenschaft erscheint. *Philip Stein*

Belächelt statt bewundert

Deutsche Energiewende hat nicht die gewünschte Vorbildfunktion

Vor allem Politiker von SPD und Grünen, aber auch von der Union werden nicht müde, den Deutschen zu erzählen, dass die Energiewende hierzulande Vorbildfunktion für Menschen in aller Welt habe. Das Ausland würde bald das deutsche Modell kopieren und das würde auch Jobs schaffen, so die Hoffnung.

Doch die Realität sieht anders aus. Mitte Oktober trafen sich 6000 Energiemanager und hunderte Politiker, davon über 50 Minister, in Südkorea zur Weltenergiekonferenz, doch die deutsche Energiewende beherrschte dort keineswegs die Debatten. „Die meisten hier verstehen gar nicht richtig, was bei uns vor sich geht", zitiert das „Handelsblatt" den Eon-Vorstand Leonhard Birnbaum. Und wenn man es ihnen erzähle, so das Mitglied des Weltenergierates weiter, dann könnten sie es kaum glauben. „Erzählen Sie einmal einem Afrikaner, mit wie viel Geld wir die erneuerbaren Energien fördern!" Und auch Stephan Kohler, Chef der halbstaatlichen Beratungsagentur dena, hat ähnliche Erfahrungen gemacht. Vor allem die Chinesen würden darüber staunen, wie viel Geld die Deutschen in das Projekt Energiewende investierten, das in seiner Ausgestaltung so gar nicht in ihr Bild von den sparsamen, rationalen Deutschen passe.

Zudem zeigte sich auf der alle drei Jahre stattfindenden Weltklimakonferenz, dass die meisten Länder ganz andere Sorgen haben als den von Deutschland mit Priorität betriebenen Umwelt- und Klimaschutz. „In den Entwicklungsländern geht es darum, dass die Menschen überhaupt Zugang zur Energieversorgung bekommen", so Zola Tsotsi, Chef des südafrikanischen Stromkonzern Eskom, der betont, dass derzeit 1,3 Milliarden Menschen auf der Welt noch ohne Strom auskommen müssen. Weitere Milliarden leben zudem in Ländern, in denen der Strom nicht kontinuierlich fließt, was vor allem der Wirtschaft schadet, aber auch das Leben der Bürger beeinträchtigt. Und so prognostiziert der Weltenergierat, dass durch eine bessere Anbindung der Stromverbrauch weltweit bis 2050 um bis zu 150 Prozent steigen wird. Der Großteil dieses Stroms dürfte aber trotz des Ausbaus von erneuerbaren Energien aus Öl, Gas und Kohle gewonnen werden.



Windräder: Saubere Energie für alle? Bild: action press

Doch Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) ist überzeugt, dass Deutschland Vorreiter in Sachen Energiewende ist, denn schließlich haben im Juni auf seine Initiative hin Vertreter von zehn Ländern den „Club der Energiewende-Staaten" gegründet. Mitglied ist neben Südafrika, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Marokko, Tonga und Indien auch China, das den Stromhunger des Landes vor allem mit dem Bau von Atomkraftwerken zu stillen versucht. *Bel*

Zum Schämen

Von Hans Heckel

Industrie-Kapitäne warnen vor der „Entindustrialisierung“ Europas, die durch mehr „Klimaschutz“ heraufbeschworden werde. Mit geringen Energiepreisen lockten ferne Länder die Fertigung aus Europa und vor allem aus Deutschland weg. Ebenfalls „Klimaschutz“: Die scheidende Bundesregierung legt privaten Hausbauern noch höhere Kosten zur Energie-Einsparung auf.

Immer mehr schält sich heraus, dass unter dem Siegel des „Klimaschutzes“ eine gewaltige Attacke auf den Wohlstand der Deutschen geführt wird. Sehr wenige profitieren, die Masse zahlt und büßt – Stichwort: Abwanderung der Industrie – zudem noch die Basis ihres volkswirtschaftlichen Erfolges ein. Gleichzeitig rauben marode Staaten und Banken die Sparer mittels realer Negativ-Zinsen aus, um sich ihrer Schulden auf Kosten der Bürger zu entledigen.

Manche beklagen angesichts dessen den Aufstieg von „Populisten“ und die „Abkehr von der etablierten Politik“. Unsinn: Wären die Deutschen nicht solche Weltmeister darin, sich treudoof verkaspern zu lassen, müsste in diesem Land eigentlich die Hölle los sein. Stattdessen herrscht eine Stille, derer wir uns später einmal schämen müssen.

Besser schweigen

Von Jan Heitmann

Vorbei sind die Zeiten, in denen ehemalige Regierungschefs und Minister noch wirklich Staatsmännisches zu sagen hatten. Helmut Schmidt inszeniert sich unverdrossen als Weltökonom, obwohl die wirtschaftspolitische Bilanz seiner Regierungszeit wahrlich kein Ruhmesblatt ist. Mit Helmut Kohl spricht zwar der „Kanzler der Einheit“. Und doch ist er der Mann in der Wolljacke geblieben, die er einst für den Mantel der Geschichte hielt, und die ihn davor bewahrt hat, als „Birne“, der größte Tölpel im Kanzleramt, in die Historie einzugehen. Und dann ist da noch Hans-Dietrich Genscher, der zwar nie Kanzler, aber so eine Art heimlicher Nebenkanzler war.

Noch immer tritt „Genschman“ gern bei FDP-Parteitagen auf, wo er das Parteivolk in Sachen Europa und Euro auf Linie bringen will. Kürzlich setzte er noch einen drauf: „Die FDP steht für Europa und für den Euro. Wer das nicht akzeptiert, sollte sich fragen, ob er bei uns noch richtig ist.“ Sind offener politischer Diskurs und Meinungsfreiheit in der FDP also Auslaufmodelle? Statt dessen gibt Genscher den Erlkönig: „Und bist Du nicht willig, so brauch‘ ich Gewalt.“ Glücklicherweise gibt es bei den Liberalen noch kluge und mutige Köpfe wie Frank Schäffler oder Sylvia Canel, die sich von den Alten emanzipiert haben und sich darauf besinnen, wofür gerade ihre Partei eigentlich steht und das auch durchsetzen wollen.

„Die zornigen alten Männer“, so der Titel eines Buches, in dem ehemalige Vertreter der gesellschaftlichen „Elite“ sich 1984 zur Lage der Nation äußerten, sollten sich auf ihren vor langer Zeit erworbenen Lorbeeren ausruhen und besser schweigen. Genscher ist dafür das beste Beispiel.

Ausgerechnet Seehofer

Von Michael Leh

Quizfrage: Was fordern SPD, die hiesige Türkische Gemeinde und der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan gemeinsam? Antwort: Die doppelte Staatsbürgerschaft für Türken in Deutschland. Zweite Quizfrage: Wer signalisierte als Erster nach der Bundestagswahl hierüber Gesprächsbereitschaft, die CDU-Vorsitzende Angela Merkel oder der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer? Antwort: Seehofer. Ja, ausgerechnet Seehofer. Und das bereits während der „Sondierungsgespräche“ mit den Grünen. Wer annahm, die CDU werde als Erste in dieser Frage umfallen und hoffte, die CSU werde sich hier noch richtig quer legen, sieht sich getäuscht.

Wie die „Rheinische Post“ berichtete, hatte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich bei den Sondierungsgesprächen mit den Grünen in Anwesenheit des CSU-Chefs seine Argumente gegen den „Doppelpass“ erläutert. Daraufhin sei Seehofer eingeschritten und habe nach Angaben von Teilnehmern erklärt: „Um Missverständnisse zu vermeiden: Ich habe meine Gesprächsbereitschaft bei der doppelten Staatsbürgerschaft namens der gesamten CSU hier mitgeteilt.“

CSU-Chef beim Doppelpass »gesprächsbereit«

Der CDU-Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet, hatte schon vor der Wahl entsprechende Vorstöße unternommen. Die Spitze der Berliner CDU hatte sich schon längst hinter dem Rücken ihrer eigenen Mitglieder im Koalitionsvertrag mit der SPD verpflichtet, im Bundesrat für die Abschaffung der Optionspflicht bei der Staatsbürgerschaft zu stimmen. Derzeit müssen sich in Deutschland geborene Kinder mit zwei ausländischen Elternteilen spätestens bis zum 23. Lebensjahr entscheiden, ob sie die deutsche oder eine andere Staatsangehörigkeit behalten wollen.

Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann hatte sich stets dezidiert für die Beibehaltung der Optionspflicht ausgesprochen. Eine zusätzliche ausländische Staatsbürgerschaft widerspreche der Integration und begünstige Parallelgesellschaften, so Herrmann. Der CSU-Innenexperte Hans-Peter Uhl erklärte nach dem Vorstoß Seehofers gegenüber dem Berliner „Tagesspiegel“: „Wir lehnen eine gespaltene Loyalität ab. Wer die deutsche Staatsburgerschaft haben will, muss seine fruhere aufgeben. Diesen Grundsatz sollte man nicht schon im Vorgriff auf Koalitionsverhandlungen aufgeben, aber er ist auch kein unumstößliches Dogma.“

Der CDU-Innenpolitiker Wolfgang Bosbach erklärte gegenüber der *PAZ* mit Nachdruck: „Ich kenne keinen wirklich überzeugenden Grund, warum die Union ihre Haltung beim Thema Staatsbürgerschaft aufgeben sollte. Auch haben die Erfahrungen mit dem neuen Optionsrecht gezeigt, dass sich über 90 Prozent der Betroffenen für die deutsche Staatsangehörigkeit entscheiden.“



Horst Seehofer in einer Grundschule in Berlin-Wedding: Obwohl es nur wenige Fotos gibt, die CSU-Chef Horst Seehofer im Gespräch mit Zuwanderern zeigen, glaubt er, sich bei dem Thema auszukennen. Doch während er eigentlich Integration einfordert, opfert er nun offenbar vorschnell der Großen Koalition die Optionspflicht.

Bild: pa

Warnung vor Saudi-Arabien

Moment mal!



Von Klaus Rainer Röhl

Wer wird neuer Außenminister in der Großen Koalition? Vielleicht sogar Sigmar Gabriel? CDU-Chefin Angela Merkel hat ja praktisch keine Wahl mehr außer der Großen Koalition mit der SPD, denn Neuwahlen brächten mit Sicherheit die eurokritische AfD über die Fünf-Prozent-Hürde und damit das Aus für die bisherige Merkel-Mehrheit. Also ist alles noch drin für den Außenministerposten, aber wer immer das sein wird, er – oder sie– wird mit unserem beliebten Handelspartner Saudi-Arabien seine helle Freude haben. Das Land ist bekannt durch seine lukrativen Bestellungen modernster deutscher Rüstungsgüter in Milliardenhöhe. Sehr gefragt und besonders beliebt ist der neue „Leopard 2“, eine moderne Kampfmaschine eher tauglich für einen Feldzug in den Weiten Russlands, aber weniger in den Wüsten der arabischen Halbinsel. Verständlicher ist die Anschaffung des neuen wendigen Boxer-Panzers, eines Kampfwagens ohne Ketten und deshalb für Straßenkämpfe – oder Bekämpfung von Aufständen – besonders geeignet. Dieser gute Kunde Deutschlands, ebenso bekannt für seine grausame Gesetzgebung nach der Scharia (Hand ab für Diebe, Auspeitschung für Schwule) wie für seine strikte Unterstützung der radikalsten, dschihadistischen „Rebellen“ in Syrien, ist gänzlich unerwartet politisch aktiv geworden. Bei der Uno-Vollversammlung präsentierte sich Saudi-Arabien der Weltöffentlichkeit als Rebell gegen die seit Ende des Zweiten Weltkriegs bestehende Verfassung der Uno. Der Sicherheitsrat der Weltversammlung, einst entsprechend den Machtverhältnissen kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs gegründet, bestand aus den Großmächten China, den USA, Russland (früher Sowjetunion) und den kleinen Siegermächten England und Frankreich. Zehn Staaten werden alle zwei Jahre als nichtständige Mitglieder hinzugewählt. Doch was immer er entscheidet, kann durch ein Veto einer der Großmächte aufgehoben werden.

An dieser Schwachstelle setzte die neue Initiative der Saudis an. Der Zeitpunkt war geschickt gewählt: Gerade war neben Chile, Litauen, dem Tschad und Nigeria auch Saudi-Arabien zu neuen nichtständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats benannt worden, da kam aus Riad die überraschende Erklärung, dass sein Land den Sitz im Sicherheitsrat nicht wahrnehme. Solange der Sicherheitsrat daran gehindert werde, „seiner Verantwortung für den Weltfrieden gerecht zu werden!“ Gemeint war, dass die syrische Regierung, deren Sturz Saudi-Arabien mit allen Mitteln betreibt, nicht durch militärisches Eingreifen des Westens bekämpft werde.

Riad verzichtet aus bedenklichen Motiven auf UN-Sitz

War das alles? Im Kontext wurde schnell das wahre Ziel der neuen Initiative sichtbar: Israel. Die Saudis werfen dem Sicherheitsrat vor, seit nunmehr 65 Jahren den Konflikt in Palästina nicht beigelegt zu haben. Da liegt nun tatsächlich der Hase im Pfeffer.

Doch was für ein Land ist das, mit dem Deutschland so betont harmonische Beziehungen unterhält und mit dem auch ein SPD-Wirtschaftsminister oder gar – Außenminister leben muss?

„Mit Ruhm bekleckert“, schreibt die „Frankfurter Allgemeine“ („FAZ“), „hat sich die Außenpolitik Saudi-Arabiens in den vergangenen Jahren nicht. In Ägypten hat es einen Putsch gegen den gewählten Präsidenten Mursi unterstützt, weil die Ideologie von dessen Muslimbrüdern auf ihre eigenen Untertanen auszustrahlen drohte.“

Kein Zweifel: Die größte Angst der zahllosen Söhne des Königs, die das Land regieren, gilt den eigenen Untertanen, die eine perfekte kostenlose Krankenversorgung und zahllose andere soziale Wohltaten genießen, von denen ihre arabischen Brüder überall in der Welt nur träumen können. Wenn diese Untertanen aber einmal rebellisch werden, helfen keine noch so gepanzerten Paläste und auch nicht der „wendige“ deutsche Panzer „Boxer“. Hier hilft, meinen die Scheichs offenbar, nur die äußerste Härte und Grausamkeit des Gesetzes zur Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung – da werden Methoden angewandt, für die der Begriff mittelalterlich eine Beleidigung des frühen deutschen Mittelalters ist – vor der aus Spanien eingeführten Inquisition und der Hexenverfolgung freilich. In Saudi-Arabien herrscht religiös bemäntelter Terror.

So wurde vor einem Monat bereits der durch seine Kritik am Regime sehr beliebte Blogger Raif Badawi zu 600 Peitschenhieben verurteilt. Eine Strafe, die weit grausamer ist als die Todesstrafe, so dass sie nur in Teilen vollstreckt werden kann, weil schon 100 Peitschenhiebe, die oft auch untreue oder „liederliche“ Frauen erhalten, fast tödlich sind.

Dort herrscht die Scharia: 600 Peitschenhiebe für Blogger

Jeder Dostojewski-Leser erinnert sich an die kaum erträgliche Schilderung einer solchen Auspeitschung auf Raten in dem Prosastück von 1860 „Aufzeichnungen aus einem Totenhaus“. Hier schildert der Dichter, der selber jahrzehntelang in ein Straflager in Sibirien verbannt war, nicht nur das Leben der völlig rechtlosen Strafgefangenen, sondern auch eine Verurteilung zu 300 Peitschenhieben, von denen immer nur 100 auf einmal vollstreckt werden können, weil der so Gemarterte danach im Krankenrevier erst wieder gesund gepflegt werden muss, so dass dann die nächste Rate der Folter vollstreckt werden kann, die nicht nur aus den Schmerzen des Gequälten, sondern auch aus den unerträglichen Ängsten vor der Wiederholung besteht. Wie mag es jetzt dem Blogger Badawi ergehen, und wie geht es unseren Regierenden beim Lesen solcher und anderer Nachrichten?

Ende 2007 wurden zwei Männer wegen Homosexualität zu je 700 Peitschenhieben verurteilt. Diebe (während der Pilgerfahrt Hadsch) werden zur Amputation ihrer Hand verurteilt. In Wiederholungsfällen gibt es sogar die Kreuzamputation (eine Hand und ein Bein). Auspeitschen und Amputationen sind an der Tagesordnung, Amnesty International berichtet über zahllose Fälle. Frauen riskieren eine Auspeitschung, wenn sie Auto fahren. Es gibt kein Verbot, Auto zu fahren, aber sie erhalten keinen Führerschein und werden also wegen Fahrens ohne Führerschein bestraft.

Die Scharia, das Gesetz, nach der alle diese Strafen verhängt werden, ist in der saudi-arabischen Verfassung verankert. So streng wird die Scharia sonst nur noch in Mauretanien angewandt und in den islamistisch dominierten Landesteilen Nigerias und dem Sudan.

Ich weiß, ich weiß, es ist alles besonders kompliziert. Es gibt die Wahabiten und die Salafisten, und alle sind verschieden und eine Sekte ist immer schlimmer als die andere. So genau müssen wir das gar nicht wissen. Es genügt zu wissen, dass es überzeugte Anhänger dieser Scharia bei uns um die Ecke gibt, die offen in den Moscheen den Hass auf die Andersgläubigen predigen, und, wenn die Hasspredigten einmal eingeschlagen haben, auch in dunklen Hinterstuben und Kellern die Bomben basteln, die Deutschland für die Übernahme der Scharia vorbereiten sollen. Danke. Da sollen wir ruhig mal ein bisschen misstrauisch sein und höllisch aufpassen, dass nicht zu viele ihrer Anhänger in unser Land einströmen und – Irrsinn ist ansteckend – Anhänger suchen und finden.

Der Panikmacher

Massenhysterie durch ein Hörspiel: Der Regisseur Orson Welles nutzte vor 75 Jahren die manipulative Macht der Medien

Im Jahr 1938 schrieb ein Hörspiel Radiogeschichte. Die Reportage über eine angebliche Landung Außerirdischer löste in den USA eine Massenpanik aus.

Der Abend des 30. Oktober 1938 begann für viele US-Bürger ganz normal. Nach dem Abendessen versammelten sich die Familien vor dem Radio, das damals eine Blütezeit erlebte. Der Sender NBC übertrug eine populäre Show und beim Konkurrenten CBS lief ein Wetterbericht. Doch mitten in die harmlose Vorhersage des Ostküstenwetters mischte sich eine hysterische Stimme:

„Sehr geehrte Damen und Herren, wir unterbrechen unser Programm für eine aktuelle Durchsage vom Mount Jennings Observatorium in Chicago. Professor Ferrel hat dort um 20 Minuten vor acht Uhr abends mehrere Explosionen beobachtet, glühendes Gas, das in regelmäßigen Abständen auf dem Planeten Mars explodiert. Es scheint sich um Wasserstoff zu handeln, der sich mit enormer Geschwindigkeit in Richtung Erde bewegt.“

Mit Musik von Ramón Racchellos Tanzorchester wurde das Programm fortgesetzt, nur um kurze Zeit später wieder unterbrochen zu werden:

„Jetzt eine Nachricht aus der Nähe, aus Clinton, New Jersey. Es wird berichtet, dass um 20 Uhr 50 ein riesiges flammendes Objekt, vermutlich ein Meteorit, auf eine Farm in der Nähe von Grovers Mill, New Jersey, 22 Meilen von Clinton entfernt, abgestürzt ist. Der Blitz am Himmel war in einem Radius von mehreren hundert Meilen sichtbar, der Einschlag war hörbar bis nach Elisabeth im Norden.“

Jetzt wurden die Hörer nervös. man stellte das Radio lauter, wartete gespannt auf weitere Meldungen, rief Freunde und Nachbarn an, unbedingt und ganz schnell CBS einzuschalten. Eine Invasion vom Mars stünde bevor.

In immer kürzeren Abständen trafen neue CBS-Meldungen ein. Reporter wurden zu den Einschlagstellen unter anderem in New Yorks Central Park geschickt und berichteten angeblich „live“ wie sich aus dem vermeintlichen Meteor ein Metallzylinder mit unheimlichen Tentakeln erhebt. Mit überschlagener Stimme schreit der Reporter ins Mikrofon: „Mein Gott, da windet sich irgendetwas wie eine graue Schlange aus dem Schatten.“ Der Außerirdische setzt mit tödlichen Feuerstrahlen alles in Flammen. Die Reportage vor Ort bricht mitten im Satz ab.



Chancenlos: Vor den Marsianern muss selbst die US-Navy kapitulieren Bild: Promo Musical

Stille. Sekundenlang ist nichts zu hören, bis sich der Moderator aus dem Studio meldet und weitere Schreckensnachrichten verbreitet. Überall an der Ostküste seien Raumschiffe gesichtet worden, die nur eines zum Ziel hätten: alles Leben auf der Erde zu vernichten. Polizei und Armee seien gegen die Feuerstrahlen der Marsianer machtlos. Zehntausende Soldaten und Zivilisten hätten bereits ihr Leben verloren. Die Region stehe unter Kriegsrecht. Menschen flöhen in alle Richtungen und wer noch zu Hause sei, solle sofort Schutz aufsuchen.

Tatsächlich verschanzten sich einige Radiohörer in ihren Häusern, flüchteten in Parks oder in die Kirchen. Andere bestürmten die Polizeireviere oder meldeten sich freiwillig für die Armee, um die Aliens zu bekämpfen. Dabei verpassten sie das Ende der einstündigen Sendung, die das Ganze als Halloween-Scherz des Radiosenders entlarvte.

Zu dem Zeitpunkt hatten etwa sechs Millionen Menschen an der US-Ostküste dem Spektakel zugehört. Nur die wenigen, die CBS von Anfang an eingeschaltet hatten, konnten den Hinweis hören, dass auf die Wettermeldung ein Hörspiel folgen werde.

Ein 23-jähriger Schauspieler namens Orson Welles hatte das Hörspiel am Vortag mit ihm als Hauptsprecher nach einem eigenem Drehbuch aufgenommen. Grundlage für die fiktive Live-Radioreportage war der 1898 veröffentlichte Roman „Krieg der Welten“ des englischen Science-fiction-Pioniers H. G. Wells.

Mit seinem Hörspiel schrieb Welles 1938 Rundfunkgeschichte. Es gilt bis heute als Paradebeispiel für die auch von Goebbels genutzte manipulative Macht der Medien. Dass eine Sendung mit einem fiktiven Thema bei den Zuhörern eine ganz reale Massenpanik verursachen kann, war neu. Dabei wurden möglicherweise die paar Dutzend Fälle von Patienten, die wegen Schocks und hysterischer Anfälle in den Krankenhäusern behandelt werden mussten – auch von einem Tod durch Herzinfarkt war die Rede –, von den Medien in den Tagen danach aufgebauscht. Die Zahl tausender Leichtgläubiger, die auf die Flucht vor Außerirdischen gewesen seien, dürfte übertrieben sein. Doch das Hörspiel stieß auf fruchtbaren Boden. Da kurz zuvor die Sudetenkrise Schlagzeilen machte herrschte in den USA bereits die Panikstimmung vor einem Krieg. Man war empfänglich für Bedrohungen aller Art.

Eine hysterische Wirkung hatte Welles mit seinem Hörspiel nie beabsichtigt. Ihm war es jedoch gelungen, mit dem Medium Radio neue, real anmutende Stilformen zu entwickeln. Den Erfolg nutzte er als Karriereschritt, um mit dem Film ähnlich Bahnbrechendes zu schaffen. Sein nur drei Jahre später entstandener Film „Citizen Kane“ gilt als Meilenstein der Kinogeschichte. *Harald Tews*



Sorgte für Panik: Orson Welles als Hörspielsprecher Bild: Archiv

Trunkener Virtuose

Alfred Reisenauer: Königsberger Genie

Er galt als Wunderkind seiner Zeit und ist heute beinahe in Vergessenheit geraten: Der vor 150 Jahren geborene Königsberger Pianist Alfred Reisinger. Wo er auftrat, erntete er Beifallsstürme. Doch teilte er das Schicksal vieler Solisten, die vor der Schellack-Ära gelebt haben. Es gibt davon keine Tondokumente, die seine Virtuosität für die Nachwelt erlebbar machen.

Sein Spiel ist einzig auf zehn Notenrollen für die Welte-Mignon-Reproduktionsklaviere festgehalten, die Reisenauer 1905 im Leipziger Aufnahmestudio von Welte eingespielt hatte. Diese Aufnahme enthält die Bearbeitung eines Liedes von Frédéric Chopin durch Franz Liszt mit dem Titel „Des Mädchens Wunsch“. Auf den Notenrollen ist die Bemerkung Reisenauers verzeichnet: „Nach persönlichen Erinnerungen an Franz Liszt.“ Das ist ein Hinweis darauf, wie Liszt selbst das Stück gespielt hätte.

Reisenauer hatte Liszt noch persönlich kennengelernt. Mit seiner pianistisch ebenfalls hochbegabten Mutter hatte er den Altmeister in Weimar besucht. Diese Begegnung sollte für Reisenauer richtungsgebend und für seine Karriere mit von entscheidender Bedeutung sein. Vom Wagnerianer wandelte er sich zum enthusiastischen Bekenner von Liszt und seinem Werk. In seiner Vaterstadt Königsberg, wo Reisenauer am 1. November 1863 als Sohn eines Delikatessenhändlers geboren wurde, spielte er erstmalig und mit durchschlagendem Erfolg als 18-Jähriger in der Börse Liszts Klavierkonzert Nr. 1 in Es-Dur. Viele weitere Konzerte mit Werken des von ihm vergötterten Übervaters sollten noch folgen.

Sein musikalischer Ziehvater hieß indes Louis Köhler. Bei dem renommierten Königsberger Musikpädagogen erhielt Reisenauer seinen pianistischen Feinschliff, den er durch ausgedehnte Konzertreisen durch den europäischen und asiatischen Teil Russlands wie auch nach China und den USA noch weiter verfeinerte.

Galt als einer der größten Königsberger Pianisten: Alfred Reisenauer Bild: Archiv

Reisenauer war eine universell begabte Künstlerpersönlichkeit, durch seine vielen Reisen war er ungemein sprachbegabt und weltmännisch offen. Das öffnete ihm viele Türen, wie jene zu Liszts Haus. Dort lernte er auch den Dirigenten Felix Weingartner kennen, der ihn in seiner Autobiografie „Lebenserinnerungen“ als einen der poesie- und ausdrucksvollsten Klavierinterpreten seiner Zeit lobte.

Wenn es in Reisenauers Leben eine Schwäche gab, dann war es der Champagner. Reisenauer trank Unmengen davon. Der hohe Alkoholkonsum war nach offiziellen Angaben der Grund dafür, dass er am 3. Oktober 1907 kurz vor Beginn eines Konzerts im lettischen Libau starb. *Harald Tews*

Siegreiches Tor

Königsberger Landwehr stoppte in Leipzig die Franzosen – Laienschauspiel mit Gewehren

Zum 200. Jahrestag der Völkerschlacht kamen bei Leipzig rund 6000 „Soldaten“ aus 26 Ländern zusammen, um in historischen Kostümen die Schlacht vor vielen Zuschauern nachzuspielen. Einige kamen auch in Uniformen der Königsberger Landwehr, deren von Napoleon vollkommen unterschätzte Kampftruppen einen großen Anteil an der Niederlage der Franzosen hatten.

Ob einer der Kombattanten als Carl Friccius verkleidet aufgetreten war, ist nicht bekannt. Der Königsberger Landwehr-Major (1779–1856) war als erster in das äußere Grimmaische Tor der Leipziger Vorstadt eingedrungen. Das hatte er so in seiner 1845 erschienenen „Geschichte des Krieges in den Jahren 1813 bis 1814“ geschildert. Der rivalisierende Major von Mirbach veröffentlichte damals aber eine Gegendarstellung zu Friccius Kampfversion.

Dort wird geschildert, dass „die Division des Bülowschen Korps vom Prinzen Ludwig von Homburg-Hessen befehligt wurde. Zu dieser Division gehörte unter anderem das 3. ostpreußische Infanterie-Regiment, dessen 3. Bataillon unter Major Friccius stand“. Weiter wird in anderen Gefechtsberichten der damaligen Zeit vermerkt, dass das 3. ostpreußische Landwehrregiment vier Bataillone mit 3150 Köpfen hatte, die alle im Gefecht waren. Demnach behauptet von Mirbach, dass die Königsberger nicht die Ersten gewesen seien, die durch das Grimmaische Tor stürmten.

Der Gegenentwurf über die tatsächliche Lage der damaligen Königsberger findet sich im Schreiben des Majors Carl Friccius vom 19. Oktober 1813 an seine erste Gattin Friderike, geborene Meier, über die Erstürmung des äußeren Grimmaischen Tors zu Leipzig. In den noch frisch, unmittelbar nach den Kampfereignissen niedergeschriebenen Erinnerungen, die als Faksimiledruck des Urbriefs noch vorhanden sind, stellt er seinen persönlichen Anteil dar und beziffert die Verluste der Königsberger an diesem Tag mit „ungefähr 50 Mann“.

Der Königsberger Friccius war mit dem legendären preußischen General und Patrioten August Graf Neidhardt von Gneisenau freundschaftlich verbunden. Er wurde für seine patriotischen Taten mit dem schwedischen Schwertorden und eigenhändigem Glückwunschschreiben des Kronprinzen von Schweden ausgezeichnet. Er erhielt das Eiserne Kreuz 2. und 1. Klasse sowie den russischen Annen-Orden 2. Klasse und wurde mehrfach militärisch bis zum Rang eines Oberstleutnants befördert.

Die Erstürmung des Leipziger Zentrums schilderte er wie folgt: „Leipzig also zu nehmen, war die große Aufgabe. Nachdem es stark beschossen war, wurde der Sturm beschlossen und mein Bataillon an die Spitze gestellt. Wir thaten was der entschiedenste Männer Muth nur vermag ... Mit eigner Hand stieß ich eine Mauer ein, kroch zuerst hindurch und war so der erste in der Stadt, wie es die Pflicht des Commandeurs ist. Meine Leute folgten mir zum großen Theil, und unter dem fürchterlichsten Kugelregen drangen wir vor. Der Erfolg war, daß wir Tausende von Franzosen in der größten Flucht vor uns hertrieben. Mein Häuflein aber wurde immer kleiner, zuletzt vielleicht nur 15 bis 20 Mann, und als wir die Franzosen auf einen großen freien Platz getrieben hatten übersahen sie unsere Schwäche, kehrten um und wir mussten zurück, nachdem aber wohl mehrere hunderte schon durch uns gefallen waren. Hätte man uns damals nicht im Stich gelassen, so wär Leipzig auf den ersten Angriff erobert und Napoleon, der noch darin war, gefangen genomen.“



Bild: Archiv

In Leipzig geehrt: Königsberger Friccius

Erschüttert schreibt in diesem Brief Friccius an seine Frau weiter: „Was mich am meisten kümert ist der Tod des Hauptmann Motherby der an meiner Seite beim ersten Eindringen fiel. Man kann von ihm sagen, er war ein Mann über allen Tadel erhaben.“

Friccius, später ein angesehener Geschichts- und Rechtswissenschaftler und von der Königsberger Universität im Jahr 1818 mit dem Ehrendoktor der Philosophie ausgezeichnet, auch gewählt zum Direktor der Königlich Deutschen Gesellschaft, war, nach seiner vormilitärischen Zeit Obergerichtsassessor beim Landes-Justizkollegium in Kalisch, in seinem Zivilverhältnis Oberlandesgerichtsrat in Königsberg und erlangte 1830 die Stellung eines General-Auditeurs der Armee in Berlin und Chefs des General- Auditoriats, der höchsten Militärjustizbehörde des Landes.

50 Jahre nach der Schlacht ermittelten die Leipziger durch damals noch lebende Augenzeugen, wer als erster durchs Grimmaische Tor fiel. Das Ergebnis „sprach durchaus für die Priorität der Königsberger Landwehr“. Als Dank errichtete man sieben Jahre nach des Majors Tod am Täubchenweg ein Friccius-Denkmal.

Bei der heutigen szenischen „Völkerschlacht“ konnten die Landwehr-Darsteller nicht wieder das Grimmaische Tor erobern. Es wurde 1831 abgerissen. Dafür ging man sich außerhalb auf einem Feld an den Kragen. Das Gute diesmal: Es gab keine Toten. Alle „Gefallenen“ standen wieder auf. *Harald Tews/PAZ*

Als in Polen die Mark galt

Während des Ersten Weltkrieges existierte ein von Hohenzollern- und Habsburgerreich errichteter polnischer Nationalstaat

Der 11. November 1918 markiert nicht nur das Ende der Kampfhandlungen des Ersten Weltkrieges, sondern für die Polen zugleich die Wiedergeburt ihres Staates, der 1795 mit der Dritten Teilung des Landes von der Landkarte verschwunden war. Beinahe in Vergessenheit geraten ist in diesem Zusammenhang aber, dass schon fast auf den Tag genau zwei Jahre vorher, nämlich am 5. November 1916, ein neuer polnischer Staat ins Leben gerufen worden war, der als „Regentschaftskönigreich Polen“ in die Annalen einging.



Bei seiner ersten Sitzung: Der Provisorische Staatsrat des Regentschaftskönigreiches Polen Bild: Archiv

Da es vorläufig noch keinen König gab, wurde im Dezember 1916 zunächst ein Provisorischer Staatsrat als Regierung gebildet. Dieser bestand aus 25 Mitgliedern, wobei 15 aus den seit Beginn des Weltkriegs vom Deutschen Reich besetzten Teilen Kongresspolens kamen und zehn aus dem von Österreich-Ungarn okkupierten Landesteil. Ernannt wurden die Mitglieder des Staatsrates am 11. Januar 1917, die konstituierende Sitzung fand drei Tage später statt. Vorsitzender beziehungsweise Präsident mit dem Titel „Kronmarschall“ wurde Wacław Niemojowski, sein Stellvertreter Józef Mikołowski-Pomorski. Auch der spätere Nationalheld und Gründer der Republik, Józef Pilsudski, gehörte dem Staatsrat an. Er war dort für militärische Angelegenheiten zuständig. Es formierte sich auch ein Parlament, „Nationalrat“ genannt, das vom 16. bis zum 18. März 1917 tagte. Bereits am 9. Dezember 1916 war eine Polnische Nationalbank gegründet worden, die eine neue landeseigene Währung herausgab, die Polnische Mark.

Im April 1917 legte der deutsche Generalgouverneur Generaloberst Hans von Beseler mit Sitz in Warschau die Justiz sowie das Schul- und das Pressewesen in die Hände des Staatsrates. Im selben Monat erfolgte auch ein Werbeaufruf zur Gründung polnischer Streitkräfte. In ihr sollten nur ehemalige russische Untertanen, sogenannte Nationalpolen, dienen, wohingegen die Polen aus dem österreichisch-ungarischen Herrschaftsbereich in der k.u.k. Armee verbleiben sollten. Auf Kritik stieß auch die vom deutschen und dem österreichisch-ungarischen Generalgouverneur ausgearbeitete Eidesformel: „Ich schwöre zu Gott dem Allmächtigen, dass ich meinem Vaterlande, dem Polnischen Königreich, und meinem künftigen König zu Lande und zu Wasser und an welchen Orten es immer sei, getreu und redlich dienen, in gegenwärtigem Kriege treue Waffenbrüderschaft mit den Heeren Deutschlands und Österreich-Ungarns und der ihnen verbündeten Staaten halten ... werde.“ Es gab Vorbehalte dagegen, auf einen König vereidigt zu werden, der noch gar nicht einmal bekannt war. Außerdem wurde kritisiert, dass eine Armee keinen Eid auf eine Waffenbrüderschaft leisten könne, denn nur der Regierung stünde es zu, Bündnisse abzuschließen. Gleichwohl bestätigte der Staatsrat am 3. Juli die Eidesformel, und Soldaten, die den Eid dennoch nicht ablegen wollten, wurden interniert. Aus Protest gegen diese Vorgänge waren Pilsudski und drei weitere dem linken Spektrum angehörige Mitglieder des Staatsrates am Tag zuvor von ihren Ämtern zurückgetreten. Am 22. Juli ließ man Pilsudski schließlich in Schutzhaft nehmen und verbrachte ihn zuerst in die Festung Wesel, später nach Magdeburg. Anfang August 1917 wurde dann die neu aufgestellte polnische Armee an die Ostfront verlegt. Nun zeugten sich die Meinungsverschiedenheiten über den weiteren Weg in aller Deutlichkeit. Ihr Höhepunkt wurde am 6. August erreicht, als Niemojowski darüber sein Amt als Kronmarschall niederlegte. Am 25. August stellte der Staatsrat seine Tätigkeit ein, und in seiner allerletzten Sitzung am 30. August bildete er einen auch „Übergangskomitee“ genannten Interimsausschuss, der vorläufig die Regierungsgeschäfte führen sollte und an dessen Spitze der bisherige stellvertretende Kronmarschall Mikołowski-Pomorski trat.

Bis zum 12. September des Jahres war eine provisorische Verfassung ausgearbeitet. Dieses sogenannte Patent beschrieb Polen als konstitutionelle Monarchie mit einem aus einem Abgeordnetenhaus und einem Senat bestehenden Zweikammerparlament. Bis zur Übernahme der Staatsgewalt durch einen noch zu bestimmenden König sollte diese von einem dreiköpfigen Regentschaftsrat ausgeübt werden, in den man sechs Tage später folgende Personen berief: Aleksander Kardinal Kakowski, Erzbischof von Warschau, Fürst Zdzisław Lubomirski, Stadtpräsident (Oberbürgermeister) von Warschau, und Józef Ostrowski, vormals Vorsitzender des Polenklubs in der russischen Duma in St. Petersburg. Am 15. Oktober 1917, dem 100. Todestag des polnischen Nationalhelden Tadeusz Kosciuszko, wurde der Regentschaftsrat vereidigt. Am 27. Oktober trat er offiziell sein Amt an.

Genau einen Monat später kam es zur Einsetzung einer ersten ordentlichen Regierung unter Ministerpräsident Jan Kucharzewski, nachdem zuvor seit dem 1. Februar 1917 lediglich eine provisorische Regierung unter Michał Lempicki, einem Mitglied des Provisorischen Staatsrates, amtiert hatte.

Am 4. Februar 1918 wurde ein Gesetz über die Schaffung eines Parlaments erlassen, das die Bezeichnung „Staatsrat“ erhielt. Dieser setzte sich aus 110 Abgeordneten zusammen. 55 davon wurden von den Gemeinden und Regionalräten am 9. April 1918 gewählt, 43 wurden vom Regentschaftsrat ernannt, und zwölf gehörten ihm kraft ihres Amtes beziehungsweise aufgrund einer Funktion an. Zu letzteren zählten Bischöfe ebenso wie Universitätsrektoren und der Präsident des Obersten Gerichtshofes. An der Spitze fungierte als „Sprecher der Krone“ ein Marschall, ab dem 14. Juni 1918 Francis John Pulaski. Daneben saßen im Parlamentspräsidium zwei Vizemarschälle, Józef Mikołowski-Pomorski und Stefan Badzynski, sowie vier Beisitzer (Sekretäre). Am 21. Juni fand die feierliche Eröffnung statt, und bis zum 7. Oktober, als man die Arbeit einstellte, folgten insgesamt 14 Plenarsitzungen.

Bereits am 6. Januar 1918 war der Regentschaftsrat zum Antrittsbesuch beim Deutschen Kaiser und beim Reichskanzler nach Berlin gekommen. Drei Tage später reiste man weiter nach Wien.

In Polen selbst war man besorgt, ja sogar empört, dass die deutschen Militärbehörden am 11. Dezember 1917 einen unabhängigen litauischen Staat mit Wilna (Vilnius) als Hauptstadt proklamiert hatten, war doch gerade diese Region in der Mehrheit von Polen besiedelt, weshalb die Regierung in Warschau dort auch Territorialansprüche stellte. Dies, die Forderung aus deutschen Militärkreisen nach Schaffung eines „Schutzstreifens“ auf polnischem Gebiet entlang der Grenze zum Deutschen Reich und schließlich die Weigerung der deutschen Besatzungsbehörden, statt nur einer eingeschränkten die volle Verwaltung an die Polen zu übergeben, riefen in der Bevölkerung zunehmend eine antideutsche Haltung hervor, was wiederum den Befürwortern einer austropolnischen Lösung in die Hände spielte, also einer Vereinigung Polens mit dem Habsburgerreich unter einer gemeinsamen Krone. Der österreichische Kaiser Karl I. ging im August 1918 sogar auf Distanz zu allen deutschen Plänen, erklärte eine Anwartschaft Erzherzog Karl Stephans auf die polnische Königskrone für obsolet und favorisierte stattdessen die erwähnte austropolnische Lösung mit ihm selbst als Herrscher über das gesamte Imperium.

Währenddessen wandte sich das Blatt immer mehr zu Ungunsten der Mittelmächte. Am 6. Oktober 1918 erklärte der Regentschaftsrat in Warschau die 14 Punkte des US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson zur Grundlage einer polnischen Staatsbildung, am folgenden Tag verkündete er gar die vollständige Unabhängigkeit Polens und löste zugleich das Parlament, den Staatsrat, auf. Der deutsche Generalgouverneur von Beseler legte daraufhin die gesamte Administration in polnische Hände und übertrug dem Regentschaftsrat am 23. Oktober auch den Oberbefehl über die polnischen Truppen.

Und dann ging alles ganz schnell: Am 6. November bildet sich unter der Führung des Sozialisten Ignacy Daszynski in Lublin eine „Provisorische Volksregierung der polnischen Republik“, die den Regentschaftsrat für abgesetzt erklärte. Das rief in Warschau den Protest gemäßigter Kräfte hervor, und weil sowohl der Regentschaftsrat als auch dessen Kabinett unter Ministerpräsident Władysław Wróblewski im Amt verblieben, amtierten einige Tage lang zwei Regierungen nebeneinander. Nachdem jedoch am 11. November 1918 der kurz zuvor aus deutscher Haft entlassene Józef Pilsudski in Warschau eingetroffen war und die polnische Republik ausgerufen hatte, übertrugen ihm sowohl die Regierung in Warschau als auch die Gegenregierung in Lublin die Regierungsgewalt. Die deutschen Truppen in der Hauptstadt, die sich geweigert hatten, auf polnische Aufständische zu schießen, wurden entwaffnet, und als der Regentschaftsrat am 14. November endgültig alle Staatsgewalt in die Hände Pilsudskis legte, wurde auch der abschließende Akt besiegelt: Das Regentschaftskönigreich Polen, die vierte und letzte Monarchie auf polnischem Boden, hatte aufgehört zu existieren.

> Polens Teilung beendeten nicht erst die Entente-Mächte

Wolfgang Reith

Wie das Regentschaftskönigreich Polen entstand

Nachdem deutsche und österreichisch-ungarische Truppen bis Ende August 1915 die russische Provinz Weichselland erobert hatten, teilten sie das Territorium auf zwei Generalgouvernements auf: im Norden das deutsche mit Sitz in Warschau unter Generaloberst Hans von Beseler, im Süden das österreichisch-ungarische mit Sitz in Lublin unter Feldzeugmeister (General) Karl Kuk. Während es im österreichischen Teil keine gesonderte Zivilverwaltung gab, sondern diese zugleich in den Händen des Militärs lag, stand neben Generaloberst von Beseler in der Person von Wolfgang von Kries ein „Chef der kaiserlich-deutschen Zivilverwaltung beim Generalgouvernement Warschau“, wobei kleinere Gebiete um die Städte Suwalki und Augustów unter deutsche Militärverwaltung gestellt wurden.

Bei der Provinz Weichselland handelte es sich um das ehemalige „Kongresspolen“, das 1815 im Wiener Kongress Russland zugesprochen und anschließend als Königreich Polen vom russischen Zaren in Personalunion mitregiert worden war. Erst nach dem polnischen Aufstand von 1830 und dessen Niederschlagung hatte sich Russland das Gebiet als Provinz einverleibt.



Karl Kuk Zeichnung: Oscar Brüch

Schon zu Beginn des Ersten Weltkrieges ging Kaiser Wilhelm II. von einer raschen Besetzung des russischen Territoriums aus, auf dem er dann einen polnischen Staat zu gründen beabsichtigte. Abgesehen von kleineren Annexionen durch die Mittelmächte sollte das neue unabhängige Polen eng mit diesen verbündet sein. Eine Einschränkung der Souveränität war allerdings für die polnische Armee vorgesehen, die unter dem Oberbefehl des Deutschen Kaisers stehen sollte. Insbesondere die Oberste Heeresleitung unter Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und General Erich Ludendorff erhoffte sich durch die Schaffung polnischer Streitkräfte eine militärische Stärkung an der Ostfront.

Der künftige polnische Staat sollte ein Königreich sein. Als aussichtsreichste Kandidaten für den Thron galten der im galizischen Saybusch [Zywiec] lebende Erzherzog Karl Stephan von Österreich und sein ältester Sohn, Erzherzog Karl Albrecht von Habsburg-Lothringen, die beide fließend die polnische Sprache beherrschten. Daneben gab es auch Pläne, das neue Königreich mit Galizien zu vereinigen und vom österreichischen Kaiser und ungarischen König in Personalunion mitregieren zu lassen, womit aus der Doppelmonarchie ein trialistisches Staatswesen mit drei Reichsteilen unter einem Herrscher geworden wäre. Dagegen regten sich aber sowohl bei den Deutsch-Österreichern als auch in Ungarn Widerstände, weil in den dann geschaffenen Grenzen das slawische Element eindeutig dominiert hätte.

In den Jahren 1915 und 1916 verfasste Generalgouverneur von Beseler einige Denkschriften für ein selbständiges Polen. Ihm gelang die Gründung einer prodeutschen polnischen Partei mit dem Namen „Klub der Anhänger des polnischen Staatswesens“ unter Władysław Studnicki, der sich für eine enge Anbindung an Deutschland aussprach. Am 5. November 1916 war es dann soweit: Im Königsschloss zu Warschau veröffentlichte von Beseler den Beschluss des deutschen und des österreichisch-ungarischen Monarchen zur Errichtung eines Königreichs Polen, Generalgouverneur Kuk verkündete dieselbe Proklamation in Lublin. Erstmals seit 1831 wehten wieder polnische Fahnen in der Öffentlichkeit – es war die Geburtsstunde eines neuen polnischen Staates, dessen genaue Grenzen allerdings noch nicht feststanden und der auch noch ohne König war.



Hans von Beseler Bild: Archiv

W.R.

Mit Volldampf in die Zukunft

Vor 175 Jahren, am 29. Oktober 1838, wurde die Eisenbahnlinie zwischen Berlin und Potsdam eröffnet

Mit der Berlin-Potsdamer Eisenbahn waren die Preußen wieder einmal im Spitzenfeld präsent: Die Berlin-Potsdamer Eisenbahn war erst die zweite deutsche Bahnverbindung überhaupt.

Das Eisenbahnfieber, das der Brite George Stephenson mit dem Bau der ersten Dampflokomotive 1814 ausgelöst hatte, erfasste auch einen Preußen. Der Berliner Privatunternehmer Stubbe war von dem neuen Verkehrsmittel zum Transport von Reisenden und Waren fasziniert. 1833 ersuchte er das Berliner Ministerium um „ein Privilegium zu Errichtung einer Dampfwagenfahrt“. Die Bahnlinie sollte von Halle über Berlin nach Breslau führen. Die Mittel für den Bau der Trasse, für Tunnel und Brücken, sollten durch die Vergabe von Aktien aufgebracht werden. Vorbild war die 1835 eröffnete Eisenbahnlinie Nürnberg–Fürth. Doch das Ministerium winkte ab, auch als Stubbe sein Projekt auf die Strecke Berlin–Potsdam reduzierte. Ihm blieb zuletzt nur noch die Rolle des Ideengebers, denn den Auftrag erhielten nach langem hin und her der Justizkommissar J. C. Robert und der millionenschwere Bankier L. Arons. Sie warben Aktionäre und gründeten die Berlin-Potsdamer Eisenbahngesellschaft. Die „Friedrich-Wilhelms-Bahn“ sollte von Potsdam über Zehlendorf und Steglitz bis zur heutigen Potsdamer Brücke in Berlin fahren.

Konkurrenten und Bedenkenträger liefen Sturm gegen die Pläne. Einer der Hauptgegner war die Post, die ihr Transportgeschäft mit Wagen und Pferden bedroht sah. Die „Verwaltung für Handel, Fabrikation und Bauwesen“ zog die Rentabilität einer Bahnlinie in Zweifel. Ein kluger Schachzug ließ die Gegner schließlich verstummen. Robert verpflichtete sich, die Bahn nach 60 Jahren mit Gewinn an den König zu übergeben. Das mag Friedrich Wilhelm III. überzeugt haben. Denn er „sehe keinen Vorteil darin, eine Stunde früher in Potsdam“ zu sein, soll er zunächst ablehnend geknurrt haben. Die Ängste im Volk vor den „rasenden Dampfrössern“ waren auch nicht leicht auszuräumen. Man fürchtete sich davor, im Rausch der Geschwindigkeit den Verstand zu verlieren, am Qualm zu ersticken oder sich zumindest durch den Fahrtwind eine Lungenentzündung einzufangen.

Fahrzeuge und Schienen wurden in England bestellt. Die Firma Stephenson in Newcastle lieferte sechs Lokomotiven. Die Strecke zwischen Potsdam und Berlin war 26,36 Kilometer lang und zunächst eingleisig geplant. Vorausschauend erwarb die Eisenbahngesellschaft genügend Gelände für ein zweites Gleis. Nach dem Baubeginn am 10. August 1837 gingen die Arbeiten im Tempo der neuen Zeit voran. Bereits 14 Monate später war die Trasse fertig.

Am 29. Oktober 1838 wurde die Gesamtstrecke eröffnet. Um 12 Uhr ertönte das Signal zum Einsteigen, und die beiden Lokomotiven „Pegasus“ und „Iris“ setzten sich mit elf Waggons im noch nicht fertig gestellten, blumenumkränzten Berlin-Potsdamer Bahnhof in Bewegung. Prinzen, Minister und andere hochgestellte Persönlichkeiten fuhren durch eine jubelnde, Hüte schwenkende Menschenmenge. Die „Vossische Zeitung“ berichtete ebenso euphorisch wie minutiös über das Ereignis:

„Die freudigste Theilnahme war auf allen Zügen zu lesen. Mit der Uhr in der Hand beobachtete man die Schnelligkeit der Bewegung. Nach der Beobachtung des Ref. (des Referenten der Zeitung, d. Red.) wurden die einzelnen Stationen in folgender Weise erreicht: Die ersten Häuser Schönebergs in fünf, die letzten in zweieinhalb Minuten; der dort befindliche große Bergdurchstich wurde in 80 Sekunden zurückgelegt. Hinter denselben wurde die Bewegung bedeutend schneller. Steglitz war in fünf, Zehlendorf in siebeneinhalb Minuten erreicht. Dort wurde die Thätigkeit der Bewegung gehemmt, welches eine Minute wegnahm; Kohlhasenbrück wurde demnächst in 12,5, Nowawes in vier, die Grenze des Bahnhofes zu Potsdam in drei Minuten erreicht, und noch etwa zwei Minuten (nicht ganz) verstrichen, bis der Zug hielt. So war denn die eigentliche Fahrt in 40 Minuten zurückgelegt und 42 Minuten dauerte es, bis die Maschine feststand ... Dank und Heil denen, welche mit Eifer und Muth vorangegangen sind. Jetze, nach langen Mühen und oft mit Undank gelohnten Bestrebungen sehen sie sich am Ziel. Möge nun die Zukunft ihren Erwartungen entsprechen; wir unsrerseits haben den festen Glauben, daß sich dieselben auf die glänzendste Weise erfüllen werden.“



Potsdamer Bahnhof in Berlin:1843: Stahlstich von C. Schulin — Bild: Archiv

In ordnungsliebenden Preußen wurden für die neue Errungenschaft der Technik entsprechende „Anordnungen zur Benutzung der Bahn“ erlassen: „Der Ort, wo die Wagen stehen, ist dem Publikum bis zehn Minuten vor der zum Abgange bestimmten Stunde geschlossen. – Um diese Zeit wird der Verschluß geöffnet und dies durch einmaliges Läuten einer Glocke angedeutet. Es treten hierauf die mit einem Billet zur nächsten Fahrt versehenen Personen ein, und nehmen nach Anweisung der die Aufsicht führenden Wagenmeister und Wärter ihre Plätze in den Wagen ein. Nach fünf Minuten, also fünf Minuten vor dem Abgange, wird zum zweiten Male geläutet, um die etwa noch zurückgebliebenen Reisenden auf die Abfahrt aufmerksam zu machen.“

Trotz dieser Fürsorge gab es Unzulänglichkeiten. Passagiere klagten über schmutzige Bänke, Einregnen durch die Dächer und Verspätungen. Und trotzdem sollte der Referent der „Vossischen Zeitung“ Recht behalten: Die Bahnlinie wurde ein riesiger wirtschaftlicher Erfolg. Die 1845 gegründete Potsdam-Magdeburger Eisenbahngesellschaft führte die Strecke bis nach Magdeburg fort. 1880 ging die Gesellschaft an die Preußische Staatsbahn über. *Klaus J. Groth*

Er schuf die »Hessenstein«-Bronze

Georg Fugh – Bildhauer, Töpfer und Kulturpreisträger der Landsmannschaft Ostpreußen

Am 29. Oktober wäre der in Mehlsack geborene Kulturpreisträger der Landsmannschaft Ostpreußen des Jahres 1964, Georg Fuhg, 115 Jahre alt geworden. Er starb am 13. November 1976 in Neumünster. „Dem Mimen flicht die Nachwelt keine Kränze“, sagt Friedrich Schiller im „Wallenstein“-Prolog. Dem Bildhauer eher, möchte man meinen, denn seine Werke stehen ja sehr lange auf Plätzen und an Gebäuden. Jedoch, der Mensch in unserer Zeit geht schnell daran vorbei. Zudem hat die letzte große Kriegsfurie dem Ostpreußen Georg Fuhg die Hälfte seines Lebenswerkes weggenommen, ihm und uns.

Was hatte er damals in den 30er Jahren und Ende der 20er nicht alles schon nach seiner Ausbildung in Königsberg geschaffen: den Reiter mit Pferd für Angerburg, die Kanoniere für den Stadtwald Lötzen, die Riesengestalten mit dem Preußenwappen darüber an der Heilanstalt im westpreußischen Riesenburg, die Verewigung des Philosophen Georg Hamann sowie seine Denkmäler, seine Darstellungen in Stein und Bronze an vielen öffentlichen Gebäuden und Plätzen Königsbergs. Fuhgs größte Vorkriegsarbeit war wohl der überlebensgroße Walther von der Vogelweide mit seiner Handharfe, den er zum großen Deutschen Reichssängerfest 1931 aus einem einzigen Granitstein gehauen hatte.

Im Zweiten Weltkrieg wurde Fuhg Soldat, im Westen, in Frankreich. Als die Heimat durch den sowjetischen Einbruch in höchster Gefahr stand, meldete er sich freiwillig nach Ostpreußen zur Truppe. Über die See und über Dänemark ist er dann nach Schleswig-Holstein gekommen und in Dithmarschen, in der Töpfersiedlung Tellingstedt, ist er „hängengeblieben“. Dort grub er sich in die Erde ein, der „Mann in der Blechhütte“, wie die örtliche Presse damals schrieb.

1951 zog die inzwischen wieder intakte Familie nach Neumünster. Dort fing er wieder an, in Gips und Stein zu arbeiten. Es lässt sich wohl gar nicht mehr feststellen, wie viele Wohnungen er gewechselt, an wie viel Plätzen er seine Werke im Freien ausgestellt hat. Doch er wurde bekannt, und er wurde gebraucht. Das „Fuhgchen“ kam vorwärts – langsam, aber sicher. Die große Zahl seiner Werke nach dem Kriege übertrifft wohl die der ersten Schaffensperiode in der Heimat.

Die Bronze steht vor dem Ostheim in Bad Pyrmont

Weit verbreitet sind seine Nachkriegswerke. Nennen wir hier nur einige Standorte: Ratzeburg, Lübeck, Buchen, Putlos, Kiel, Rendsburg, Itzehoe, Heide, Tellingstedt. Elf Schulen sind es allein in Neumünster, mehr als ein Dutzend meist großer Tierplastiken, Denkmäler, Grabmäler, Brunnen, viele Dutzende von Porträtbüsten in öffentlicher und in privater Hand, dann Nicolaus Copernicus, Immanuel Kant, Agnes Miegel, Reichspräsident Friedrich Ebert. Auch die Königsberger Bürgermedaille wurde von ihm entworfen.

Und doch war das verdiente Geld in seiner Hand immer wieder bald zerronnen. Die Spannungen erst erhöhten die Schaffenskraft des Künstlers. Wenn in Neumünster die Trakehner Junghengste ihre große Vorstellung hatten, dann war Fuhg drei Tage nicht aus der Halle zu bekommen, wie er dann auch in der Nacht fröhlich tanzen konnte. Wenn er nicht bei seiner Arbeit war, schien er manchmal einen zu bescheidenen, einen fast zaghaften Eindruck zu machen. Oft hatte er aus Berufsgründen mit großen, bedeutenden Persönlichkeiten zu tun; dann bewegte er sich und wirkte wie ein Grandseigneur. Er lebte, wie ein Künstler zumeist lebt: allein für seine Kunst.

Der Künstler hatte ein erstaunliches Erinnerungsvermögen und – bei aller äußeren Bescheidenheit – einen unbändigen Stolz auf sein Werk und den Willen, alles an Ideen – in Schaffen umgesetzt – noch aus sich herauszubringen. Seine Glieder freilich gehorchten in den letzten Jahren offensichtlich nicht mehr so wie gewünscht.

Die Copernicusbüste war ja längst fertig geworden, auch die große Copernicus-Tafel für das Landeshaus in Münster. Der stolze Trakehner „Hessenstein“ stand längst vor dem Ostheim in Bad Pyrmont. Die Porträts Agnes Miegels und Immanuel Kants waren gegossen. Bei der Vorbereitung jedes Werkes hat er erst fleißig studiert, um sich in das Wesen der Persönlichkeit hineinzufinden.

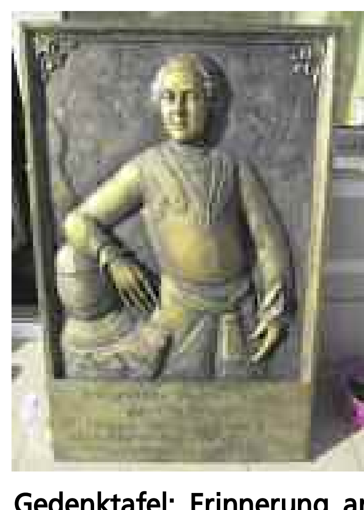
In seinem letzten Lebensjahr bekam der Künstler zugleich zwei große Aufträge. Er sollte für die Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg eine Porträtbüste von Carl von Clausewitz erstellen. Gleichzeitig arbeitete er an dem Entwurf für ein großes Schleswig-Holstein-Wappen, das für einen Brunnen der deutschen Botschaft in Argentinien gedacht war. Wochenlang hat er deshalb wohl nicht mehr richtig schlafen können und auch nicht regelmäßig und zu wenig gegessen. So voll war er von Gedanken und Plänen für die zwei neuen Vorhaben.

Seine Lebenstage waren gezählt. Georg Fuhg war bei der Arbeit am großen Wappen. Da fiel ihm buchstäblich der Stift aus der Hand. Der Schlaganfall hatte sich vorher schon durch ein steifes Bein angekündigt. Auf dem Boden liegend konnte er noch Hilfe herbeirufen, dann auch nicht mehr sprechen. Eine Woche später wurde er zu Grabe getragen. *PAZ*

Gedenken an Katte

Tafel für den Freund von Friedrich II.

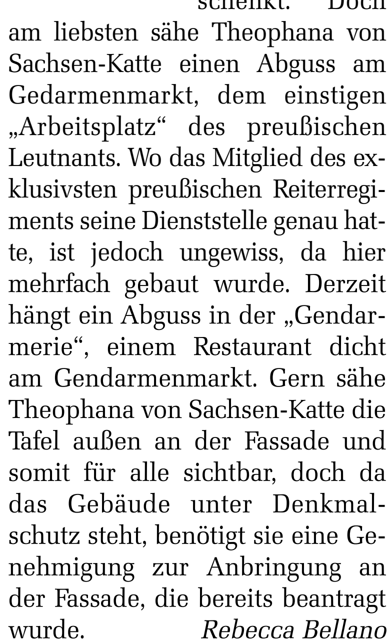
Offenbar hat sich das natriumarme Mineralwasser „Preussisch Royal“ adäquat verkauft, denn die Produzentin der in Berliner Fünf-Sterne-Hotels vertriebenen Erfrischung, Dr. Theophana Prinzessin von Sachsen-Katte, hat sich auch von den so erlangten Einnahmen einen Wunsch erfüllt: eine Gedenktafel für Hans Hermann von Katte. Der preußische Leutnant wurde, weil er einst Friedrich den Großen in seiner Zeit als Kronprinz bei der Flucht vor seinem Vater König Friedrich Wilhelm I. unterstützt hatte, von letzterem zum Tode verurteilt. Theophana von Sachsen war auf das tragische Ende des 1730 im Alter von 26 Jahren Hingerichteten aufmerksam geworden, weil sie sich nach der Eheschließung mit dem Bauingenieur Hans Hermann Katte mit dessen Familiengeschichte befasst hatte.



Gedenktafel: Erinnerung an von Katte — Bild: v. Sachsen-Katte

Die Familienforschung hatte sie auch zum Schloss Rheinsberg geführt, dem Schloss, in dem Kronprinz Friedrich gelebt hatte. Dort hörte sie von einer Quelle, die sie auf eine Geschäftsidee brachte. Heute wird das Wasser für „Preussisch Royal“ angezapft. Und so finanzierte die Quelle auf dem Gelände des Lieblingswohnsitzes von Friedrich II. zum Teil die fertige Gedenktafel für den preußischen Adligen mit.

Ein Abguss befindet sich bereits im Brandenburg-Preußen Museum in Wustrau und wird demnächst offiziell übergeben. Und das Preußen-Museum in Wesel bekommt einen Abguss geschenkt. Doch am liebsten sähe Theophana von Sachsen-Katte einen Abguss am Gedarmenmarkt, dem einstigen „Arbeitsplatz“ des preußischen Leutnants. Wo das Mitglied des exklusivsten preußischen Reiterregiments seine Dienststelle genau hatte, ist jedoch ungewiss, da hier mehrfach gebaut wurde. Derzeit hängt ein Abguss in der „Gendarmerie“, einem Restaurant dicht am Gendarmenmarkt. Gern sähe Theophana von Sachsen-Katte die Tafel außen an der Fassade und somit für alle sichtbar, doch da das Gebäude unter Denkmalschutz steht, benötigt sie eine Genehmigung zur Anbringung an der Fassade, die bereits beantragt wurde. *Rebecca Bellano*



Fünf-Prozent-Hürde dient Stabilität des Landes

Zu: Die Hürde muss weg (Nr. 39)

Mit Entschiedenheit muss ich Äußerungen der meinerseits sehr geschätzten, mutigen Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld widersprechen, wenn sie behauptet, „wenn es nach dem Westen gegangen wäre, hätte die Mauer noch eine Weile gestanden“.

Die Überwindung der Mauer ist sowohl dem mutigen Aufbegehren unserer Landsleute im Osten, wie auch dem Zusammengehörigkeitsgefühl der Bevölkerung im Osten und Westen, der von Konrad Adenauer vorausgesehenen und im Jahre 1989 von Kanzler Helmut Kohl verdienstvoll genutzten geschichtlichen Konstellation zu verdanken. Die Autorin Lengsfeld beklagt außerdem, dass aufgrund der Fünf-Prozent-Hürde 15,7 Prozent der für kleine Parteien abgegebenen Stimmen – insbesondere für die von ihr präferierte AfD – zusammen mit den Nichtwählern fast 40 Prozent der Bevölkerung im Bundestag nicht repräsentiert seien. Daraus zieht Lengsfeld ihre Schlussfolgerung, die „undemokratische Prozenthürde“ müsse fallen.

Das Nichtwählen, mag man es auch noch so sehr bedauern, ist Ausdruck der bürgerlichen Freiheit. Und die Fünf-Prozent-Hürde hat, das haben die Väter und Mütter unseres Grundgesetzes als Erkenntnis aus der Weimarer Republik gezogen, die wichtige Bedeutung, eine Zersplitterung der Parteienlandschaft im Bundestag und in den Landesparlamenten zu verhindern. Diese Fünf-Prozent-Hürde hat zur Stabilität unseres politischen Systems in der Bundesrepublik bis heute einen wichtigen Beitrag geleistet.

Nach meinem Dafürhalten müssen sich die Vertreter der großen politischen Parteien hinterfragen lassen, ob nicht ihre Verhaltensweisen zur Politik- und Parteiverdrossenheit beigetragen haben.

Hans-Werner Fröhlich, Aachen

Niederdeutsche Künstler am Werk

Zu: Wo die Danziger einst Polens Könige begrüßten (Nr. 34)

Auch die Barocktreppe im Ungerschen Haus in Danzig sieht so aus wie die Treppe im Antwerpens Vleeschhaus. Wechselseitige Wirkungen flämischer und deutscher Kunst zeigt der Kulturraum von Brügge bis Königsberg in einem Zeitraum von mehr als sechs Jahrhunderten, bis heute sichtbar in Werken der bildenden Kunst.

Es war ohne Belang, ob die Künstler in Königsberg geboren sind wie Hans van Midert, der als Bildhauer-Architekt in Antwerpen Freund und Mitarbeiter von Rubens wurde, oder im flämischen Maaseik wie Jan van Eyck, der größte aller niederdeutschen Meister. Der Boden, dem sie entsprossen sind, heißt nicht anders als der, wo sie künstlerisch wirkten: Niederdeutschland.

Ähnlich war es mit den Liedern. Schon im 13. Jahrhundert erklang in Antwerpen das Lied der Auswanderer in den Osten „Naer Oostland willen wij rijden“. Sie brachten es mit in den Osten. Genau wie auch die Märchen von den „Twee Conincskinderen“, das „Sneeuwwit vogeltje“ oder das unsterbliche Tierepos „Reineke de Vos“ an der Schelde entstanden sind.

Ingeborg Schollen, Antwerpen/Belgien

Mundtot gemacht

Zu: Einer mit Profil (Nr. 41)

Eine der letzten Stimmen gegen fortwährendes Unrecht von Vertreiberstaaten wurde mundtot gemacht. Es ist anzunehmen, dass man weiterhin von Rudi Pawelka hören wird. Da drängt sich der Spruch des römischen Philosophen Boethius auf: „Si tacuisses, philosophus mansisses“ (Wenn du geschwiegen hättest, wärest du ein Philosoph geblieben).

Werner Haase, Steingaden

Überall Maulkörbe

Zu: Einer mit Profil (Nr. 41)

Es ist mir sehr unverständlich, dass die eigene Landsmannschaft Rudi Pawelka abgewählt hat. Sind wie also bereits soweit gesunken, dass wir keinerlei Kritik mehr vorbringen dürfen? Das Miteinander der Völker – hier Polen und Deutschland – kann nur gedeihen, wenn man Schuld und Vergehen beiderseitig und nicht nur stets einseitig darlegt.

Mit der Abwahl von Pawelka ist erneut erwiesen, dass wir längst zu einer „Maulkorb-Republik“ verkommen sind.

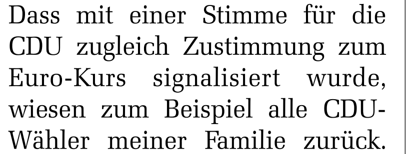
Walter Boecker, Schwelm

Realitätsverlust

Zu: Es lebe die Königin (Nr. 39)

Nach Diskussionen erstaunt mich immer wieder, dass fast jeder die Fehler der Merkel-Regierung erkennt, dann aber doch bekennt, sie wieder gewählt zu haben. Falsche Entscheidungen werden nicht Merkel zur Last gelegt. Es heißt dann, sie wäre anderer Meinung, könne aber nicht anders handeln, würde hingegen die viel schlimmeren Vorhaben von EU und Opposition verhindern.

In der älteren Generation wirken von Politik und Presse geschürte Kriegsängste bei einem eventuellen Scheitern des Euro. Dass mit einer Stimme für die CDU zugleich Zustimmung zum Euro-Kurs signalisiert wurde, wiesen zum Beispiel alle CDU-Wähler meiner Familie zurück. Womöglich ist solche Realitäts- und Denkverweigerung weit verbreitet!



Maria-Anna Konietzko, Bad Homburg

Der Dollar ist den USA heilig: Auch bei der zukünftigen Freihandelszone zwischen den Vereinigten Staaten und der EU werden die Amerikaner als Erstes auf ihren Gewinn schielen Bild: action press

Aus für Schlesien?

Zu: Schlesischer Kuchenkrieg (Nr. 40)

Darf ich mich nun nicht mehr „halber Schlesier“ nennen, weil mein Vater in Breslau geboren ist und in Waldenburg/Schlesien aufgewachsen ist? Wird „Schlesier“ auch bald verboten?

Mal im Ernst: Ist es keinem aufgefallen, dass Görlitz eine schlesische Stadt ist, mit beiden Stadtteilen (Ost wie West)? Wie kann die EU verbieten, dass ein Bäcker dort „schlesischen Mohnkuchen“ verkauft? Görlitz gehörte wie der Niederschlesische Lausitz-Kreis zu Schlesien, solange es Schlesien gab. Vielleicht sollte der Bäcker es mal mit „Niederschlesischem Mohnkuchen“ versuchen. Auch wenn Polen Schlesien 1945 teilte, so bleibt dennoch ein Teil Schlesiens übrig. Achtung auch bei „Krakauer Wurst“ oder „Moskauer Gurken“.

Albrecht Kauschat, Limburg

Nur 15 Republiken

Zu: 1000 Jahre deutsch-polnische Nachbarschaft (Nr. 41)

Im Artikel wird behauptet, dass die Zahl 17 bei der Schaffung der polnischen Woiwodschaften vermieden wurde, weil es in der UdSSR 17 Republiken gab. Es waren meines Wissens allerdings nur 15.

Manfred Kremp, Bremen

Dunkles Berlin

Zu: Berlin verkitscht (Nr. 41)

Der Senat von Berlin ist nicht einmal in der Lage, seine Stadt bei Dunkelheit angemessen zu beleuchten: Schon wenige Meter südlich des Checkpoint Charly beginnt eine schummrig-gruselige Gegend: In vielen Teilen der Stadt – unter anderem auch in Kreuzberg – ist die Straßenbeleuchtung schon seit vielen Jahren reduziert: Bei fast allen Laternen ist jede zweite Birne beziehungsweise Neonröhre lockergedreht.

Früher konnte man den Lichterschein Berlins bei Dunkelheit viele Kilometer vor der Stadt am Horizont sehen. Seit etwa zehn Jahren hat sich das jedoch radikal geändert. Aber ein großes Lichterfestival feiern, das kann unser Regierende Partymeister Klaus Wowereit!

Conrad Beckert, Berlin

USA haben EU stets übervorteilt

Zu: Warnung vor Freihandelszone (Nr. 38)

Ich stimme dem Artikel über die Warnung vor dem Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten und den Äußerungen des Vorsitzenden der Freien Wähler, Hubert Aiwanger, besonders zu. Ich habe rund 40 Jahre unter anderem für eine europäische Verbandsorganisation zum Teil in Deutschland und zum Teil auch in Brüssel gearbeitet, und gerade die US-Gegenseite versuchte stets, Druck auf „meine“ Industrie auszuüben, wenn es um internationale Verhandlungen ging, egal ob früher im GATT (General Agreement of Tariffs and Trade) beziehungsweise seit 1995 in der WTO oder in anderen Verhandlungen.

Stets versuchten die USA, ihre Vorteile zu Lasten der EU auszuüben. „Meine“ EU-Industrie sollte Entgegenkommen zeigen. Wenn man Entgegenkommen von den USA gerne haben wollte nach dem Motto „Gibst Du mir, gebe ich Dir“, wurde stets gesagt, wir machen das schon. Aber es gab stets erhebliche Schwierigkeiten, und man musste fast gegen eine Wand laufen, wenn man hart blieb. Also sagten wir zwei Prozent (aber noch nicht zur Unterzeichnung reif) zu und wollten das Gleiche von den USA haben. Doch diese bestanden meistens auf das Doppelte oder auf sechs Prozent. Aber einigten auch sie sich schließlich nach sehr zähen Verhandlungen, die sich teilweise über zwei Jahre hinzogen, notgedrungen auf zwei Prozent, die wir dann auch „sanktionierten“.

Man mag sagen, zwei Prozent seien nicht viel. Doch bei einigen Millionen im gegenseitigen Geschäft sind zwei Prozent dann schon sehr viel. Ich habe jüngst eine Information der EU erhalten, aus der die Schwierigkeiten ersichtlich sind, die beseitigt werden müssten, sollte es zu einem Freihandelsabkommen mit den USA kommen. Ich meine, man sollte auf alle Fälle sehr hart von Seiten der EU vorgehen, will man eine Gleichstellung gegenüber den USA erreichen. Dort jubelt man sehr viel schneller, wenn es gelingt, in dem einen oder anderen Fall der Wirtschaftsbereiche die EU zu übervorteilen.

In der EU meint man unisono, es sei gut, mit den USA eine Freihandelszone zu erreichen. Aber wie sieht es denn mit der Freihandelszone zwischen den USA sowie Kanada und Mexiko aus? Wer ist dort tonangebend? Ich brauche dazu sicherlich keine Zeile zu schreiben.

Volkmar Wulf, Langenselbold

Saustall Schule

Zu: Berlin versagt bei Schülern (Nr. 36)

Das Wegsehen der Politiker in punkto Schulschwänzerei würde ja bedeuten, dass hier eine Sache, die Zukunft der Schüler, „alternativlos“ wäre. Dem ist aber nicht so. Wer an eine Vorbestimmung glaubt, wonach hier ein Heranwachsender nur noch als „Hartzer“ sein Leben fristen darf, der irrt gleichfalls. Ab sofort nur noch Trockenbrot und Wasser und schon dürfte sich herumsprechen, dass es nur noch einen Ausweg gibt: Entweder Schulbildung und einen Beruf ergreifen oder Suppe löffeln in der „Kirchenmensa“.

Ursula Sarrazin hat den „erzieherischen Saustall“ in Berlin in ihrem Buch hervorragend beschrieben, ich kann es nur empfehlen.

Rüdiger Röthke, Berlin

Kein Mitleid

Zu: Berlin: SPD-Schulpolitik am Ende (Nr. 39)

Zur Bildung in Berlin kann man sicherlich viel schreiben. Ich mache es kurz: Die Berliner haben es in der Mehrzahl letztendlich so gewollt. Wer SPD und Grüne wählt, sollte wissen, was einen erwartet. Mein Mitleid hält sich daher in Grenzen.

Frank Heitbrock, Lüneburg

Zu Putin-kritisch

Zu: Russland-Berichte in der *PAZ*

Ich bin mit der *PAZ* insgesamt zufrieden, nur die teils sehr kritische Berichterstattung bezüglich Russland/Putin ist wenig angebracht.

Jürgen Imber, München

Liebe hatte Staatsräson zu weichen

Zu: Nicht standesgemäß (Nr. 40)

Natürlich klingt heute manches „widersinnig“, was vor 200 Jahren angebracht und sinnvoll war. Der preußische König Friedrich III. hatte seinerzeit nicht nur das persönliche (Liebes- und Lebens-) Glück seines Sohnes Wilhelm zu beachten, sondern auch das Gesamtwohl des Hauses Hohenzollern und des Königreichs Preußen. Die Heiratsregel lautete nun einmal: keine „unebenbürtigen Heiraten“. Eben diese Ebenbürtigkeit der Radziwills versuchte der König durch eine – gleich mehrfach wiederholte – Erstellung von juristischen Gutachten zugunsten der Liebe seines Sohnes doch noch zu erweisen.

Die litauisch-polnischstämmigen Radziwills waren zwar mittlerweile deutsche Reichsfürsten geworden, aber eben kein „regierendes“ Haus, daher den Hohenzollern staatsrechtlich nicht ebenbürtig. Jede Heirat konnte deshalb später zu ganz unerwünschten Präzedenzfällen führen und war im Übrigen keine Marotte der Hohenzollern, sondern im gesamten regierenden europäischen Hochadel jener und auch späterer Zeit eiserne Regel, von der abzuweichen immer schwerwiegende Folgen hatte.

Der spätere Kaiser Wilhelm I. akzeptierte in seinem preußischen Pflichtgefühl letztlich diesen für ihn schwerwiegenden Verzicht. Im Übrigen hätte ihn diese Ehe nicht lange glücklich gemacht, denn Prinzessin Elise war schwer lungenkrank und starb jung. König Friedrich Wilhelm III. hatte zuletzt seiner jungen Verwandten (das war Prinzessin Elise im Übrigen auch), wohl im stillen Gefühl hier etwas gutmachen zu müssen, noch einen letzten Kuraufenthalt in Bad Freienwalde ermöglicht.

Dr. Jürgen Schmidt, Berlin

Geldmangel ist kein Grund für US-Kriegsverzicht

Zu: Obama hat es selbst verbockt (Nr. 38)

Einspruch! Die *Preußische Allgemeine* hat doch selbst wahrheitsgemäß in vorangegangenen Artikeln über den Sieg der russischen Diplomatie in der vor Tagen akut gewesenen Syrien-Krise berichtet. Aber jetzt sollen auf einmal finanzielle Gründe für das Abrücken vom militärischen Angriff auf Syrien maßgeblich sein?

War es nicht vielmehr so: Frankreich zündelt seit mindestens zehn Jahren in der Region, ob aus eigenem Antrieb oder im Auftrag anderer Mächte kann ich derzeit nicht beurteilen. Das begann mit Tunesien. Damals hatten sich die Vereinigten Staaten noch zurückgehalten, auch weil Israel grummelte, Syrien oder der Iran seien wichtiger als Tunesien oder Libyen. Als dann später die rote Linie des Herrn Obama überschritten wurde – von wem auch immer –, wünschten die Regierungen von Paris, aber auch von Berlin die „Bestrafung“ des vermuteten (aber nie bewiesenen) Täters: die syrische Regierung.

Erst unter dem Eindruck der russischen Diplomatie zur Verhinderung eines Krieges, hinter welcher auch Indien und China standen, ruderte die westliche Diplomatie zurück. Aus Berlin hört man nun, es müsse eine politische Lösung geben. Ach ja, wo bleibt dann die „Bestrafung“?

Es ist ganz einfach so, dass die USA als Weltpolizist ausgedient haben. Syrien bringt Russland und China immer enger zusammen. Das begriff auch die US-Regierung und ruderte deshalb zurück und nicht etwa deswegen, weil das Geld zum Krieg gefehlt habe. Wenn Geld tatsächlich fehlen würde, bräuchten die USA nur ihre jährlichen Rüstungsausgaben von über 500 Milliarden Dollar reduzieren.

Die Berliner Bundesregierung hat das mit feiner Antenne kapiert und schwätzt jetzt, im vorauseilenden Gehorsam, von politischer Regelung. Nichts anderes hatte Herr Putin seit über einem Jahr gefordert. Die Vernichtung der Chemiewaffen Syriens ist ein guter Schachzug Putins in diesem geopolitischen Gerangel. Dies beweist auch die Annäherung Russlands an den Iran im Schatten dieser Krise (Stichwort: Lieferung von S300 Raketen). Denn Russland weiß: Nach Syrien kommt der Iran als nächstes Aufruhr-Land an die Reihe – und danach vielleicht Russland selbst?

In Ihrem obigen Beitrag liest sich das leider ganz anders. Demnach habe die russische Diplomatie „Obstruktion“ betrieben. In der Tat, aber im positiven Sinne! Es sei denn, man hätte einen weiteren Krieg im Nahen Osten nicht ungern gesehen.

Jürgen Kunz, Buchen

Bezahlte Faulheit

Zu: Zu anstrengend (Nr. 38)

Die *PAZ* hat die Missstände der Arbeitsämter und Hartz-IV-Stellen wahrheitsgemäß dargestellt. In der Firma meiner Frau ist es so, dass sie keine Leute findet. Die Bewerber, die vom Arbeitsamt geschickt werden, haben alle Ausreden und keine Lust, etwas zu machen, weil ja der Staat und wir Steuerzahler für deren Faulheit aufkommen. Die AG ist nicht in der Lage, solche Menschen in Arbeit zu bringen. Hierbei ist besonders die Ausländergruppe sehr stark vertreten.

Eddi Göller, Malsfeld

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 43 – 26. Oktober 2013

Kirche schafft vollendete Tatsachen

Ehemalige Schulturnhalle in Schutt und Asche gelegt – Gouverneur will von den Plänen erst aus der Presse erfahren haben

Lange wurde über einen Wiederaufbau der viele Jahre als Kino „Barrikaden“ genutzten ehemaligen Schulturnhalle in der Yorckstraße gesprochen. Jetzt schuf die Russisch-Orthodoxe Kirche (ROK) als Eigentümerin klare Tatsachen: Sie ließ die Überreste des stark verfallenen Gebäudes abreißen und erhielt heftige Reaktionen seitens der Bürger.



Was von der „Yorck'schen“ Turnhalle übrigblieb: Statt Wiederaufbau ein Trümmerhaufen

Bild: J.T.

Schon Anfang 2000 begann die ehemalige Turnhalle der Jungenlehranstalt in der Yorckstraße zu verfallen. Damals wollte die Firma „Der baltische Wal“, die bereits die Kinos „Heimat“ und „Russland“ leitete, eine Million Dollar in das Gebäude investieren, um dort einen Komplex mit Kinosälen, Cafés und Geschäften zu errichten. Dieses Angebot lehnte der Stadtrat jedoch ab und besiegelte so das Schicksal des Gebäudes.

Im Mai 2010 übergab die Stadt das nach dem Krieg als Kino „Barrikaden“ genutzte Bauwerk der Russisch Orthodoxen Kirche. Diese plante zunächst, in den Räumen ein kulturelles Zentrum einzurichten, in dem gläubige Jugendliche im geistlichen Bildungszentrum, benannt nach dem Hl. Thomas, unterrichtet werden sollten. Im Mai dieses Jahres beobachteten die Bewohner der nahegelegenen Häuser, dass Ziegel demontiert wurden. Vertreter der Diözese erklärten, dies geschehe planmäßig, es gehe lediglich darum, Bauschutt zu räumen und die Anlage für den Wiederaufbau vorzubereiten. Es gab Pläne für den Bau eines Gotteshaus zu Ehren der Hl. Nina. Es fand sogar ein Gottesdienst in dem halb zerstörten Gebäude mit Beteiligung der georgischen Diaspora statt. Aber der geplante Wiederaufbau erfolgte nicht (*siehe PAZ Nr. 23/2013*).

Dort, wo noch vor kurzem Mauerreste standen. liegt jetzt ein Haufen Schutt und Ziegel. Von der einstigen Turnhalle ist nur noch ein kleines Nebengebäude erhalten geblieben. Die Diözese hatte ein Gutachten erstellen lassen, in welchem belegt wurde, dass es sich um kein denkmalgeschütztes Objekt handelt, weshalb die ROK auch kein Problem hatte, eine Abrissgenehmigung zu bekommen. Laut Michail Selesnjow, Pressesprecher der Diözese, waren die Gutachter zu der Einschätzung gekommen, dass das Gebäude nicht mehr rekonstruiert werden könne. Anfänglich habe die Diözese geplant, für das neue Gotteshaus die Konstruktion der ehemaligen Turnhalle zu nutzen, doch die Spezialisten hätten dies für zu gefährlich gehalten. Deshalb habe man den Abriss beschlossen.

Bürger glauben der Diözese nicht

Die Kirchenvertreter versicherten allerdings, dass anstelle des historischen Gebäudes eine neue Kirche im traditionellen orthodoxen Stil gebaut werde. Sie soll mit Spenden der Gemeindemitglieder finanziert werden. Den Reaktionen von Passanten nach zu urteilen, ist es eher unwahrscheinlich, dass die Spenden für das Bauvorhaben sprudeln werden. Die Anwohner fühlen sich schon jetzt durch die geparkten Autos der Gottesdienstbesucher belästigt, die an Feiertagen hierherkommen und auf dem ehemaligen Kinogelände Schaschlik grillen, so dass Rauchschwaden durch die Straßen ziehen.

Kirchenvertreter versicherten auch, dass der Abriss weiterer historischer Gebäude nicht erfolgen werde, vor allem dann nicht, wenn sie unter Denkmalschutz stehen und sich früher deutsche Kirchen darin befunden haben. Ohnehin würden alle diesbezüglichen Entscheidungen zuvor mit den örtlichen Behörden abgestimmt.

Die heftigen Reaktionen, die nach Bekanntwerden des Abrisses durch die Presse gingen, zeugen davon, dass nur wenige Königsberger diesen Worten Glauben schenken. Die meisten Gebäude, die der ROK übertragen wurden, befinden sich in schlechtem Zustand und ihre Rekonstruktion würde viel Geld verschlingen. Niemand kann garantieren, dass die für eine Wiederherstellung vorgesehenen Objekte nach der Erstellung von Gutachten nicht doch abgerissen werden. Die Behörden würden es kaum verhindern wollen.

Einige können dem Vorfall dennoch auch etwas Positives abgewinnen: „Lasst sie lieber orthodoxe Kirchen bauen als Moscheen wie in Schweden oder Frankreich.“

Natalja Alexejewna, die direkt neben dem abgerissenen Gebäude wohnt, sagte: „Bald haben wir in Königsberg genauso viele Kirchen wie Supermärkte. Wozu gibt es so viele davon in der Stadt? Mein Enkel braucht dringend einen Kindergartenplatz. Wir warten schon seit zwei Jahren darauf. Es gibt viel zu wenige Kindergärten. Die sollte man bauen.“

Alexander, der gerade sein Auto geparkt hatte, gab seine Meinung preis: „Man muss auch die Leute verstehen, die am Sturm auf Königsberg beteiligt waren. Wozu die letzten Reste Königsbergs zerstören? Mein Opa war am Sturm beteiligt, mein Vater lebte und arbeitete zeitlebens hier. Ich bin hier geboren und lebe hier und mein Sohn wurde hier geboren. Für uns waren die ‚Barrikaden‘ ein Ort, zu dem mein Opa, und mein Vater als Kind, gegangen sind, um Filme zu sehen, das ist viel wichtiger als noch eine weitere Kirche. Das war unser erstes Kinotheater, und die Kirche hat es abgerissen. Mein Opa und seine Kameraden, die Königberg 1945 eingenommen hatten, haben es damals nicht zerstört, aber 2013 hat das die Kirche getan!“

Gouverneur Nikolaj Zukanow erklärte, er habe von den Abrissplänen und dem geplanten Kirchenneubau erst aus der Presse erfahren. Dabei betonte er, dass die Regierung mit der Diözese bisher im Dialog standen habe. „Wir werden in Kürze eine gemeinsame Sitzung durchführen, in der wir noch einmal gemeinsam mit der ROK alle Pläne im Bereich Rekonstruktion, Wiedererrichtung oder Nutzung der ihr übereigneten Gebäude für andere Zwecke, erörtern werden.“ Die Zeit wird zeigen, wie erfolgreich der Dialog zwischen Regierung und Diözese sein wird.

Jurij Tschernyschew

Kläranlage fertiggestellt

Prostken – Die modernisierte Kläranlage in Prostken im Wert von umgerechnet etwa 1,5 Millionen Euro wurde kürzlich offiziell in Betrieb genommen. Der Vertrag über den Bau wurde im Dezember 2012 unterzeichnet. Er umfasste den Um- und Ausbau der bestehenden Kläranlage, wodurch neue Objekte entstanden: biologische Reaktoren, die Abnahme-Anlage für herangefahrene Abwässer, eine Halle für ein stromerzeugendes Aggregat, eine mechanische Station zur Reinigung der Abwässer, eine Sandfang-Anlage sowie eine Messstation für das gereinigte Wasser. Ein Bereich beinhaltete die Renovierung der Pumpanlage, einen Sammelbehälter für die angefahrenen Abwässer und einen Schlamm-Behälter. Weitere Bereiche beinhalten den Umbau der Orts-Kanalisation und Pumpstationen in Prostken sowie in Bogusze. Die Investition verschlang 1,4 Millionen Euro, wovon 78 Prozent der Kosten von der Europäischen Union finanziert wurden, der Rest kommt aus dem Etat der Gemeinde Prostken. *PAZ*

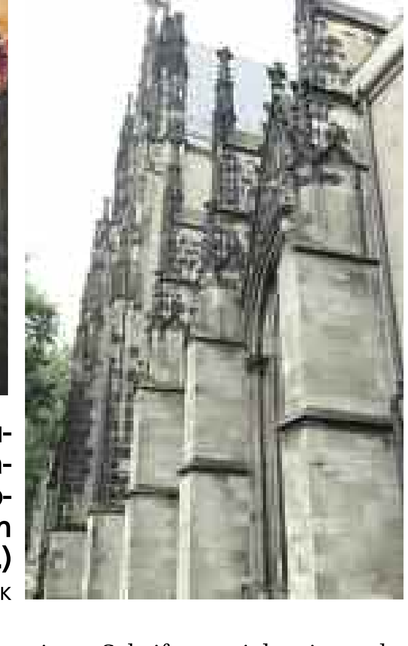
»Das muss man gesehen haben«

Teilnehmer des Deutsch-Russischen Forums besichtigten Duisburgs Museum »Stadt Königsberg« und Salvatorkirche

Dieses Museum muss man einfach gesehen haben.“ Diese Einschätzung teilten wohl alle Teilnehmer einer Führung durch das Museum „Stadt Königsberg“, die im Rahmen des von der Landsmannschaft Ostpreußen veranstalteten 6. Deutsch-Russischen Forums in Duisburg stattfand. Lorenz Grimoni, der langjährige Leiter des Museums, führte die Tagungsteilnehmer persönlich durch sein Museum und gab ihnen die Möglichkeit, einen Blick in das Archiv zu werfen.

In Duisburg ist das größte Königsberg-Museum Deutschlands beheimatet. In Gegensatz zum Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen und dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg konzentriert sich seine Ausstellung auf die ostpreußische Hauptstadt. Die Exponate und Tafeln des Museums behandeln die besonderen Ereignisse der deutschen Geschichte der Stadt, Handel und Wirtschaft, die Universität, kulturelle Einrichtungen sowie große Persönlichkeiten aus Kultur- und Geistesgeschichte.





Führung durch das Museum Stadt Königsberg (oben): Museumsleiter Lorenz Grimoni (l.) und Übersetzer Andrej Portnjagin (3.v.l.) erklären einem interessierten Publikum die Konzeption der Exponate der Ausstellung. Eine der ältesten Kirchen der Deutschen Ordensritter: Seitenschiff der Salvatorkirche (r.)

Bilder: MRK

Grimonis Begeisterung beim Vortrag, der von Andrej Portnjagin, dem Direktor des Deutsch-Russischen Hauses in Königsberg – der schon am Tag zuvor in brillanter Weise gedolmetscht hatte –, übersetzt wurde, übertrug sich auf die Zuhörer. Während die deutschen Teilnehmer sich in Ruhe die Exponate ansahen, hatten ihre russischen Kollegen die Möglichkeit, Archivmaterial zu sichten und einiges Schriftmaterial mitzunehmen. Davon machte die aus Museumsleitern, Lehrern und Heimatforschern zusammengesetzte Gruppe gerne Gebrauch. Ein weiterer Höhepunkt des Exkursionsprogramms war die Besichtigung der Salvatorkirche, an der Grimoni als Pfarrer tätig war. 1254 übernahm der Deutschritterorden das Patronat der anstelle einer ursprünglichen Holzkapelle aufgebauten romanischen Steinkirche. Die Kreuzritter erbauten unter Einbeziehung des romanischen Grundrisses eine dreischiffige, gotische Pfeilerbasilika. In der Südkapelle erinnert das „Mercator-Epitaph“ an den berühmten Kartografen Mercator, der den Atlas als Kartenwerk quasi erfand. Er wurde 1571 in der Kirche beigesetzt. 1655 fand in der Salvatorkirche die Gründungsfeier einer Evangelischen Universität Preußens statt.

Die günstige Lage aller Veranstaltungen des diesjährigen Deutsch-Russischen Forums im Zentrum Alt-Duisburgs erlaubte es den Teilnehmern, neben dem offiziellen Programm auch Besichtigungen oder Einkaufsbummel auf eigene Faust zu unternehmen, eine Mischung, die spürbar zum Gelingen des Forums beitrug.

Manuela Rosenthal-Kappi



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es ist kalt geworden, der späte Oktober zeigt sich nicht gerade von seiner goldenen Seite, und man bereitet sich auf den Winter vor. Allerdings brauchen wir keine intensive Vorratswirtschaft zu betreiben, die wir Älteren noch aus unserer Kindheit kennen, und die war gerade in Ostpreußen wichtig, wo die Winter kalt und lang waren. Unsere Leserin Frau **Eva Droese**, die uns so liebevolle Erinnerungen an ihre Kinderzeit in Balga zusandte, von denen wir einige schon auf unserer Familienseite brachten, schrieb nicht nur über ihre Sommerfreuden am Frischen Haff, sondern schilderte auch die schwere Arbeit, die im Herbst zu bewältigen war. „Kartoffeln und Rüben mussten eingebracht und sorgsam für die Winterzeit eingelagert werden. Damals war die Technik noch nicht so weit fortgeschritten, und auf dem Lande musste für Winter und Frühjahr vorgesorgt werden. Große und tiefe Mieten wurden gegraben und die Erdfrüchte mit Stroh und Erde zugedeckt. Wenn man bedenkt, dass diese Art der Vorsorge bei unseren tiefen Minusgraden ausreichend war, so wird man heute doch nachdenklich und ahnt, welche Arbeit da geleistet wurde. Aber auch im Haus wurde Vorsorge für die kalten Monate getroffen, wenn es so kalt oder stürmisch war, dass man keinen Hund vor die Türe jagen wollte. Mohrrüben wurden in weißen Sand gelegt, Sauerkohl gestampft und in Fässern gelagert, es wurde geschlachtet, gepökelt und geräuchert. Und damit der große Kachelofen tüchtig bullerte und das Herdfeuer nicht ausging, musste genügend Brennmaterial besorgt werden. Fast vor jedem Haus in Balga standen säuberlich zu Kleinholz geschlagene und geschichtete Holzkegel. Festes Feuerungsmaterial wie Kohlen und Briketts wurden vom Kohlenhändler aus Heiligenbeil geholt. Auch die Gänse und Enten mussten ihr Leben lassen, und die Düfte aus der Küche versprachen leckere Gerichte, an denen die ostpreußische Speisekarte so reich war.“ Ja, wer denkt da nicht an Spickgans und Griebenschmalz und Entenbraten mit Äpfelchen und Majoran!

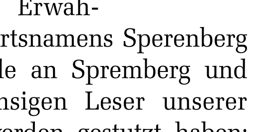
Aber wenn wir von Kälte sprechen, denken wir vor allem an warme Kleidung. Und an diejenigen, die frieren müssen, wenn es an Mänteln, Jacken und wärmendem Zubehör fehlt. In den Vertriebenengebieten gibt es ja noch viele, vor allem alte Menschen, die auf Kleiderspenden angewiesen sind, die von hilfsbereiten Landsleuten gesammelt werden. Aber kommt diese zum Teil hochwertige Bekleidung auch immer in die richtigen Hände? Das fragte sich Frau **Iris Hänsel-Gewitsch** aus Ravensburg, als sie auf einer Heimatreise ein geradezu schockierendes Erlebnis hatte, das sie zu dieser Frage zwang. Die noch in Königsberg Geborene liebt ihre Heimat und forscht auf ihren Reisen nach den Spuren ihrer Vorfahren, die aus dem nördlichen Ostpreußen stammen. Wobei sie schon sehr erfolgreich war, denn einer ihrer Ahnen, der um 1685 wohl auf Gut Kissitten geborene **Georg Dieterich** heiratete 1716 in Groß-Legitten. Durch Mikroverfilmungen der Kirchenbücher konnte Frau Hänsel-Gewitsch ihren Stammbaum lückenlos zurückverfolgen. Auch im vergangenen Jahr war Frau Iris mit ihrer Freundin, Königsbergerin wie sie, auf Spurensuche in diesem Gebiet unterwegs, und da sie im eigenen Auto reisten, konnten sie auch einsame, wenig befahrene Straßen benutzen. Zwischen Preußisch Eylau – Mühlhausen – Schulditten entdeckten sie bei Dollstadt/Vogelsang die Ruine einer ehemaligen Scheune, die aus einem durchlöcherten Dach und zwei Außenwänden bestand, und in der Berge von Bekleidung lagerten. Die war zum Teil sehr gut erhalten und zeigte noch Etiketten von bekannten Kaufhäusern und Fachgeschäften, an manchen Kleidungsstücken befanden sich Aufkleber einer chemischen Reinigung. Kleider, Wollsachen, Schuhe, Taschen lagen wahllos durcheinander, die unteren Textilien waren bereits verspakt und nicht mehr zu gebrauchen. Frau Hänsel-Gewitsch machte Aufnahmen von diesen der Verrottung preisgegebenen Kleiderbergen und begann nach der Rückkehr mit einer nun anderen Spurensuche, nämlich nach der Herkunft der Sachen, und so wandte sie sich im vergangenen November auch an uns. Nun war es kurz vor Weihnachten, die Spendenbereitschaft groß, und die hätten wir mit einer Veröffentlichung der Fotos vielleicht in Frage gestellt. Weitere Nachforschungen ergaben keine Hinweise und nun, nach einer erneuten Reise von Iris Hänsel-Gewitsch in die Region, sehen wir uns gezwungen, diese Angelegenheit unseren Leserinnen und Lesern vorzutragen, denn es hat sich noch nicht viel verändert, wie die Entdeckerin der möglicherweise fehlgeleiteten Spenden uns bestätigte. Als sie im Juni die verfallene Scheune erneut aufsuchte, war zwar der Kleiderberg etwas kleiner geworden, aber noch immer lagen Haufen von halbverschimmelten Textilien herum, die anscheinend nicht nur aus deutschen Quellen stammen, denn viele tragen Etiketten mit amerikanischen Firmennamen. Was wurde aus den verrotteten Kleidern, was wird aus den dort lagernden, nicht mehr tragbaren Textilien? Frau Hänsel-Gewitsch hat vor Ort herumgefragt, so bei der Verwalterin der Kirche von Mühlhausen und bei einem Bewohner des ehemaligen Pfarrhauses, aber vergeblich. Zwar ist ihnen die Lagerscheune nicht unbekannt, aber niemand konnte sagen, wem die Ruine gehört und wer die Kleider dort lagert. Diese kaum glaublichen Missstände müssen aber geklärt werden, denn sie treffen nicht nur potenzielle Spender sondern auch die wirklich bedürftigen Menschen im nördlichen Ostpreußen und können damit manche bestehende Hilfsbereitschaft unterbinden. Wurden die Hilfsgüter – ungewollt oder beabsichtigt – in falsche Bahnen gelenkt oder waren die Empfänger bei der Vergabe einfach überfordert? Frau Iris Händel-Gewitsch möchten wir unseren Dank für ihr Bemühen, die fehlgeleiteten Wege dieser Spenden aufzudecken, übermitteln und hoffen, dass diese missbrauchte Hilfsaktion wieder in die richtigen Gleise geleitet wird. (Iris Hänsel-Gewitsch, Hochgericht-Straße 22 in 88213 Ravensburg, Telefon 0751/91080.)



Bild: privat

Der Verrottung preisgegeben: Kleiderspende in einer Scheune

Manche Fragen, die an die Ostpreußische Familie gestellt werden, können wir ja bereits im Vorwege klären, ehe wir die noch weiter offen bleibenden an unsere Leser weiterreichen. Das betrifft auch die Anfragen von Frau **Heide Kersey** aus Florida, die dabei ist, ein Familienarchiv aufzustellen, was natürlich von den USA aus nicht ganz einfach ist, dazu von einer Angehörigen der dritten Generation. Denn die Hauptfrage betrifft ihren Großvater **Max Kollat**, den ehemaligen Bürgermeister von Lindenweiler, Kreis Tilsit-Ragnit. Nach der ersten Kontaktaufnahme konnten wir Mrs. Kersey aufgrund der in unserem Textarchiv enthaltenen Todesanzeige von Max Kollat bereits dessen Daten mitteilen, wofür sie sich umgehend bedankte. Nun geht es aber um weitere Fragen, die sich vor allem auf das Umfeld der Familie Kollat beziehen. Max Kollat und seine Ehefrau **Gerda** wohnten in dem kleinen Ort bis zur Flucht, die für das Ehepaar in Sperenberg endete. Ihre vier Kinder waren zu der Zeit bereits erwachsen, die beiden Söhne **Rudi** und **Karlheinz** sind in Russland verstorben oder vermisst. Die Töchter trugen durch Heirat andere Namen: **Hanna Huebler** geborene Kollat ist die Mutter von Heide Kersey, die sie leider nicht mehr befragen kann, denn auch diese lebt nicht mehr. Die jüngste Tochter, **Dora Ruland**, lebt 90jährig in einem Sanatorium in Kollerup und kann wahrscheinlich ihrer Nichte wenig über das kleine Lindenweiler mitteilen, das nicht einmal hundert Einwohner hatte. Trotzdem gibt Heide Kersey die Hoffnung nicht auf etwas über den Herkunftsort ihrer mütterlichen Linie zu erfahren und noch Menschen zu finden, die Max und Gerda Kollat kannten, nicht nur in Ostpreußen sondern auch nach der Flucht. Lindenweiler gehörte zum Kirchspiel Altenkirch, trotz der geringen Einwohnerzahl besaß der Ort sogar ein Gasthaus und eine Windmühle, dadurch wird der Kreis der möglichen Informanten erweitert. Auch über Rudi und Karlheinz Kollat möchte deren Nichte mehr wissen. Hier könnten auch ehemalige Kameraden helfen. Ganz besonders würde sich Mrs. Kersey über alte Fotos von Lindenweiler und Umgebung freuen – und hofft dabei insgeheim, dass es auch noch Aufnahmen von ihren Großeltern gibt, was durchaus möglich ist, da Max Kollat ja Bürgermeister war. (Mrs. Heide Kersey, PO Box 16655, Pensacola, Florida, USA, Telefon 850-492-0051, E-Mail: artmaus@att.net)



Ruth Geede

Bild: Pawlik

Bei der Erwähnung des Ortsnamens Sperenberg denken viele an Spremberg und manche emsigen Leser unserer Kolumne werden gestutzt haben: Da war doch was ...! Ja, da war sogar etwas sehr, sehr Wichtiges im *Ostpreußenblatt*, nämlich die Suche nach einem ehemaligen Leser, der als „Wolfskind“ nach seiner Herkunft und seinem richtigen Namen geforscht hatte – allerdings vor 12 Jahren! Da sich jetzt unverhofft Leser gemeldet haben, die eventuell zur Klärung beitragen könnten, wobei sogar eine mögliche Verwandtschaft im Raum steht, suchten wir nach dem Mann und bekamen dank Mithilfe aus dem Leserkreis auch dessen jetzige Adresse heraus. Unsere erste Reaktion war: Gottseidank, er lebt noch! Mehr können wir im Augenblick nicht sagen, denn wir sind nur Weichensteller und möchten auf keinen Fall falsche Hoffnungen erwecken. Aber gespannt dürfen wir schon sein, wie sich die Angelegenheit entwickelt! Sobald wir etwas Konkretes wissen, werden wir darüber berichten.

Berichten wollte ich auch über die russische Wissenschaftlerin, die Informationsmaterial über die Staatliche Bernsteinmanufaktur Königsberg sucht, denn das heutige Bernsteinmuseum will das ehemalige Gebäude der Manufaktur übernehmen mit dem Ziel seiner Rekonstruktion – wie uns Frau **Victoria Restschikowa** per E-Mail mitteilte. Inzwischen habe ich mit ihr telefonisch gesprochen – es war ein langes und sehr intensives Gespräch, das von Seiten meiner russischen Partnerin in tadellosem Deutsch geführt wurde. Sie bedankte sich herzlich, dass wir uns dieser Angelegenheit annehmen, und teilte uns ihre Kontaktdaten mit: Rossija, Kaliningrad 236011, ul. Batalnaja 83–26, Victoria Restschikowa, Telefon 007-(4012) 392042, Handy 007-9062357046. Telefon Bernsteinmuseum 007-(4012) 466377.

Wie beglückende Verbindungen mit der verlassenen Heimat wieder zustande kommen können beweist der in Folge 41 veröffentlichte Bericht über die Einweihung der Gedenktafel in der Kirche von Coadjuthen. Die Stifter und Helfer haben sich darüber so gefreut, dass sie uns stehenden Fußes durch Herrn **Günter Uschtrin** ihren Dank übermittelten: „Mit großer Freude und Anteilnahme haben viele Coadjuther und Herr **Dauskardt** die wunderbare Berichterstattung in der *PAZ* gelesen. Ich habe den Artikel etwa 40mal im Lande verbreitet und möchte Ihnen im Namen der ganzen Coadjuther Gruppe meinen herzlichen Dank sagen für die Mühe und die prompte Veröffentlichung dieser erfreulichen Gedenktafel-Einweihung in unserer Kirche. Ganz nebenbei ist dadurch eine fruchtbare Zusammenarbeit mit der neuen Kirchenleitung in Coadjuthen entstanden, weil eines unserer Mitglieder vor über fünfzig Jahren sein litauisches Abitur in Pogegen/Memelland gemacht hat und daher die litauische Sprache auch heute noch beherrscht. Das erleichtert die Zusammenarbeit ungemein“. Die sich hoffentlich noch weiter so erfreulich entwickeln wird wie bisher, was wir von Herzen wünschen.

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

»Den Glauben ins Leben ziehen«

Zum Reformationstag: Studien zu Luthers Theologie der 101jährigen Autorin Gerta Scharffenroth neu aufgelegt

Es dürfte schon ein außergewöhnlicher Vorgang sein, den Außenstehende wohl mit gewisser Bewunderung, aber mit noch größerer Verwunderung zur Kenntnis nehmen – die Betreffenden weniger und wenn, dann nur mit einem amüsierten Lächeln. Es handelt sich um ein Gespräch, das eine 97-Jährige mit einer 101-Jährigen führt, wenn auch nicht in Tuchfühlung sondern in Form eines Telefonats. Das aber für beide Teilnehmerinnen mehr wurde als ein informatives Gespräch sondern ein Gedankenaustausch auf gleicher Wellenlänge, bedingt durch das hohe Alter aber auch durch die beiderseitige Einbindung in das Schrifttum der Gegenwart, die sie noch längst nicht abgeschlossen sehen. Aber kann man, wenn man wie die Befragte im 102. Lebensjahr steht, überhaupt von aktuellem Schrifttum sprechen? Man kann, man muss es sogar, wenn es sich um Frau Gerta Scharffenorth handelt, promovierte Politologin und vielfach ausgezeichnete Theologin aus Heidelberg, deren vor zwanzig Jahren geschriebenes Buch „Den Glauben ins Leben ziehen- Studien zu Luthers Theologie“ jetzt in Neuauflage erschienen ist.

Aufmerksam auf diese im deutschen Schrifttum außergewöhnliche Tatsache, dass ein Autor jenseits der Dezennium-Grenze eine solche Anerkennung findet, machte uns Frau Gisela von Pückler, Ostpreußin und langjährige Leserin unserer Zeitung. Sie wie auch ihre Eltern Charlotte und Wendelin von Sperber fühlen sich der Autorin durch gemeinsame Fluchtschicksale sehr verbunden. Als Gerta von Mutius 1912 in Stuttgart geboren, ging die Tochter schlesischer Eltern schon als Kleinkind mit ihrer Familie in die Stammheimat zurück. Das Familiengut in Gellenau wurde auch zum Ort der Zuflucht, weil sich im Zweiten Weltkrieg die mit einem Marineoffizier verheirate Gerta Scharffenorth nach wechselnden Aufenthalten in norddeutschen Häfen, darunter auch in Danzig, dort mit ihren drei Kindern sicher glaubte. Aber dann kam das Kriegsende und mit ihm die russische und polnische Besatzung und schließlich die Ausweisung. Die Last der Verantwortung für die alleinerziehende Mutter, die sich 1948 von ihrem Mann getrennt hatte, lag schwer auf ihren Schultern. Ihre Bleibe waren die Reste eines norddeutschen Bunkers, bis sie 1950 in Heidelberg eine Anstellung als Bibliothekarin im Badischen Theologiedienst fand. Und hier begann für die 44-Jährige – die schon in ihrer Jugend nach bestandenem Abitur studieren wollte, was aber damals auf den Widerstand der Eltern stieß – mit dem Studium von Politologie und Theologie ein neuer entscheidender Lebensabschnitt, der sie zu Aufgaben führte, die ihrer Lebensauffassung und Leistungswillen gerecht wurden. So leitete Gerta Scharffenorth in den 60er Jahren den Evangelischen Gemeindedienst, Vorläufer des Diakonischen Werks in Heidelberg, und wechselte später an die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft. Als sie 1970 als erste Frau in den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland gewählt wurde, war sie sehr überrascht, denn jedes Karrieredenken war ihr fremd. Diesen Begriff würde man im Gespräch mit ihr auch nicht einmal anklingen lassen, genauso vermeidet man bewusst das viel zitierte Wort Emanzipation. Sie hat diese vorgelebt als alleinstehende Mutter und Vertriebene, der keine Arbeit zu schwer und kein Alter zu spät war, um nicht den von ihr selber vorgegebenen Weg einzuschlagen und unbeirrt fortzuführen. So übernahm sie als 75-Jährige das Projekt „Naturwissenschaftliche Medizin und christliches Krankenhaus“ an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengesellschaft (FEST). Von ihren Publikationen können wir hier nur auf das Buch eingehen, dessen Neuerscheinung für Frau Gisela von Pückler den Anlass gab, sich an uns zu wenden. Ein Buch über Luthers Wirken und Werk würde sich ihrer Meinung nach gut einfügen in die für unseren Leserkreis bestimmten Buchpräsentationen. Insbesondere seine Ausführungen zum Verhältnis Mann und Frau, zu dauerhaftem Frieden und sozialer Gerechtigkeit dürften Interesse finden, wie Frau von Pückler im Begleittext zu ihrer Kurzrezension schreibt, die wir zum Reformationstag bringen:

> Ihr war keine Anstrengung zu groß, kein Alter zu hoch

„Das Buch von Gerta Scharffenorth ‚Den Glauben ins Leben ziehen – Studien zu Luthers Theologie’ verdankt seine Neuauflage auch im Hinblick auf das Lutherjahr 2017, der 500. Wiederkehr des Reformationsbeginns, insbesondere jedoch der im 21. Jahrhundert bestehenden Aktualität des Mannes, der die Kirche nicht spalten sondern reformieren wollte. Gerta Scharffenorths Studien überzeugen durch die Entdeckungen, die ihr als Politologin und Theologin gelangen: Sie hebt die historische Bedeutung von Luthers Werk und Wirken hervor - Rechtswandel, Bemühung um ‚Ewigen Landfrieden’ – und schildert seinen Beitrag zu zentralen Problemen des Lebens wie die Beziehung zwischen Mann und Frau, Wirtschaftsethik, Aufgaben der Bildung und Friedensauftrag der Christen. Überzeugt schließt sich der angeregte Leser dem Urteil von Wolfgang Hubert in dessen ausführlichen und persönlich gehaltenem Geleitwort an: ‚Ein ungewöhnliches Buch einer ungewöhnlichen Frau’.“ (LIT-Verlag, ISBN 978-3-643- 11990-2)

Das Gespräch mit der Autorin führte *Ruth Geede*.

Wir gratulieren …

ZUM 101. GEBURTSTAG

Kostropetsch, Wanda, aus Grünau, Kreis Lötzen, am 28. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG

Metzner, Käte, geb. **Deptolla**, aus Ortelsburg, am 27. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Regge, Elfriede, geb. **Lipka**, verwitwete **Niemzik**, aus Treuburg, am 28. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Gutt, Elfriede, aus Neidenburg, am 29. Oktober
Naruhn, geb. **Salomon**, aus Wehlau, Pinnauer Straße 2, am 26. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Berlin, Hilde, geb. **Meller**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 28. Oktober
Drescher, Heinz, aus Deeden, Kreis Ebenrode, am 31. Oktober
Düding, Elfriede, geb. **Dudek**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 28. Oktober
Hoffmann, Lore, aus Prostken, Kreis Lyck, am 27. Oktober
Lang, Frieda, geb. **Schuran**, aus Dankfelde, Kreis Lötzen, am 29. Oktober
Müller, Karl-Heinz, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 1. November
Nippa, Frieda, geb. **Gallus**, aus Palmnicken, Kreis Samland, und aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 1. November
Segatz, Paul, aus Petersgrund, Kreis Lyck, am 27. Oktober
Thurau, Klara, geb. **Kewitz**, aus Ortelsburg, am 28. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Grube, Herbert, aus Hamburg, Kreis Neidenburg, am 31. Oktober
Höhn, Elli, geb. **Scheffler**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 30. Oktober
Johann, Christel, geb. **Grajetzki**, aus Allenburg, Postamt, Kreis Wehlau, am 31. Oktober
Leicht, Käte, geb. **Falk**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 28. Oktober
Schwarz, Hanni, geb. **Merchel**, aus Neidenburg, am 28. Oktober
Stickdorn, Charlotte, geb. **Rimkus**, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 28. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Arius, Käte, geb. **Heinrichs**, aus Sprosserweide, Kreis Elchniederung, am 31. Oktober
Brack, Frieda, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 29. Oktober
Gregorzewski, Albert, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 26. Oktober
Janz, Dorotea, geb. **Nickel**, aus Lyck, Lycker Garten 3, am 26. Oktober
Koslowski, Hildegard, geb. **Wielgoß**, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 27. Oktober
Krause, Hildegard, geb. **Linka**, aus Malga, Kreis Neidenburg, am 28. Oktober
Maseizik, Heinz, aus Lyck, Morgenstraße 32, am 28. Oktober
Nothhorn, Christel, geb. **Mischkewitz**, aus Lyck, Memeler Weg 1, am 28. Oktober
Samaritter, Ilse, aus Pillau, Kreis Samland, am 28. Oktober
Zirkel, Wilhelm, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, am 30. Oktober
Zysk, Irmgard, geb. **Chilla**, aus Glauch, Kreis Ortelsburg, am 31. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Borm, Wilhelm, aus Vielbrücken, Kreis Elchniederung, am 28. Oktober
Geiger, Ursula, geb. **Reuter**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 1. November
Gral, Erna, geb. **Rauffmann**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 28. Oktober
Gürges, Helene, geb. **Adamus/Joop**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 28. Oktober
Hildebrandt, Agnes, geb. **Teschner**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, 29. Oktober
Hüttmann, Friedel, geb. **Hill**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 30. Oktober
Kuhr, Werner, aus Goldbach, Goldbach Nord, Kreis Wehlau, am 31. Oktober
Matzeit, Erich, aus Mühlmeistern, Kreis Elchniederung, am 18. September
Michalowitz, Amalie, geb. **Wischnewski**, aus Draheim, Kreis Treuburg, am 1. November
Schramma, Erwin G., aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 28. Oktober
Skerswetat, Irmgard, geb. **Wittenberg**, aus Kloken, Kreis Elchniederung, am 1. November
Stanko, Edith, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 28. Oktober
Stempfle, Edit, aus Funken, Kreis Lötzen, am 1. November
Wood, Christel, geb. **Kleinfeldt**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 29. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bern, Josef, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 29. Oktober
Frasch, Irma, geb. **Niklas**, aus Statzen, Kreis Lyck, am 30. Oktober
Hartel, Irmgard, geb. **Schmidt**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 26. Oktober
Lerche, Dr. Margarete, geb. **Räuscher**, aus Ortelsburg, am 26. Oktober
Nogga, Gertrud, geb. **Bach**, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 31. Oktober
Riecken, Elfriede, geb. **Naesert**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 29. Oktober
Rowlin, Gerhard, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 129, am 28. Oktober
Weissmann, Karl-Heinz, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 28. Oktober
Zygann, Hilde, geb. **Schönbeck**, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 31. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Ahlers, Erna, geb. **Wegelin**, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 27. Oktober
Albin, Kurt, aus Treuburg, am 26. Oktober
Drobinska, Ruth, aus Lyck, am 30. Oktober
Euen, Herta, geb. **Wenzek**, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 30. Oktober
Flohr, Anneliese, geb. **Reinecker**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 29. Oktober
Homuth, Helmut, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 31. Oktober
Jäkel, Ursula, geb. **Meitz**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 29. Oktober
Kaczinski, Elfriede, geb. **Powierski**, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 29. Oktober
Klein, Erna, geb. **Till**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 31. Oktober
Konstanty, Lydia, geb. **Kopatz**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 30. Oktober
Krohne, Rosemarie, geb. **Steinmann**, aus Lyck, Lycker Garten 82, am 26. Oktober
Lampe, Ursel, geb. **Krause**, aus Lyck, Blücherstraße 18, am 26. Oktober
Lüdtke, Sonja, geb. **Konrad**, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 29. Oktober
Mendritzki, Agnes, geb. **Bittkowski**, aus Balden, Kreis Neidenburg, am 28. Oktober
Mühle, Irmgard, geb. **Frantz**, verwitwete Hegewald, aus Milucken, Kreis Lyck, am 30. Oktober
Neßke, Heinz, aus Korstein, Kreis Ebenrode, am 31. Oktober
Olschewski, Walter, aus Gollen, Kreis Lyck, am 30. Oktober
Pfeifer, Ursula, geb. **Petruck**, aus Biegiethen, Kreis Samland, am 27. Oktober
Rothkamm, Hans, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 28. Oktober
Sauer, Charlotte, geb. **Kaminski**, aus Ruß, Kreis Heydekrug, am 1. November
Scherwinski, Otto, aus Scharfeneck, Kreis Ebenrode, am 26. Oktober
Schmidt, Manfred, aus Sanditten, Adamsheide Forsthaus, Kreis Wehlau, am 28. Oktober
Sedat, Horst, aus Argental, Kreis Elchniederung, am 27. Oktober
Syttkus, Ulrich, aus Talussen, Kreis Lyck, am 26. Oktober
Tiedemann, Werner, aus Gilkendorf, Kreis Elchniederung, am 30. Oktober
Weinfurter, Ruth, geb. **Bratumil**, aus Lyck, Falkstraße 2, am 28. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Ananias, Günter, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 27. Oktober
Bandelmann, Hildegard, geb. **Walterkewitz**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 28. Oktober
Barwasser, Sigrid, geb. **Schirrmacher**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 26. Oktober
Biallas, Erna, geb. **Buzin**, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 30. Oktober
Buchmann, Anneliese, geb. **Bartkowski**, aus Neidenburg, am 28. Oktober
Czerwinski, Ottfried, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 1. November
Gauer, Manfred, aus Prostken, Hauptstraße 4, Kreis Lyck, am 28. Oktober
Hamann, Gerhard, aus Alt Passarge, Kreis Heiligenbeil, am 31. Oktober
Hauberg, Hannelore, geb. **Plogsties**, aus Aschpalten, Kreis Elchniederung, am 28. Oktober
Hein, Dietrich, aus Ziegelberg, Kreis Elchniederung, am 29. Oktober
Janutta, Ulrich, aus Stenzeln, Kreis Lötzen, und aus Sulimmen, Kreis Johannesburg, am 26. Oktober
Kachel, Erich, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, am 30. Oktober
Knackstädt, Margot, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 27. Oktober
Krause, Helmut, aus Sielacken, Kreis Wehlau, am 27. Oktober
Latza, Eva, geb. **Koslau**, aus Sensburg, am 28. Oktober
Müller, Elli, geb. **Höpfner**, aus Bärwalde, Kreis Samland, am 26. Oktober
Oertel, Elfriede, aus Sinnhöfen, Kreis Ebenrode, am 1. November
Pesch, Manfred, aus Leißienen, Rockelkeim Dorf, Kreis Wehlau, am 26. Oktober
Reczio, Emil, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 26. Oktober
Rothfuss, Gertraud, geb. **Brock**, aus Arlen und Rhein, Kreis Lötzen, am 26. Oktober
Schubert, Sigrid, aus Lyck, Hindenburgstraße 20, am 29. Oktober
Schülke, Karl, aus Klein Engelau, Kreis Wehlau, am 27. Oktober
Wiersbitzki, Erich, aus Langheide, Kreis Lyck, am 31. Oktober
Zeisig, Karl, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 30. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Daugsch, Gerhard, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 31. Oktober
Doorentz, Gertrud, geb. **Korallus**, aus Goldbach, Groß Köwe, Kreis Wehlau, am 26. Oktober
Dunio, Manfred, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 29. Oktober
Ernst, Eva, geb. **Klatt**, aus Parnehnen, Kawernicken, Kreis Wehlau, am 28. Oktober
Gehlhaar, Klaus, aus Königsberg, am 1. November
Kisser, Siegfried, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 31. Oktober
Konietzko, Albrecht, aus Treuburg, am 28. Oktober
Krenz, Roderich, aus Jesken, Kreis Treuburg, am 26. Oktober
Lehmann, Erwin-Horst, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 1. November
Lösche, Renate, geb. **Kirstein**, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 1. November
Maikowski, Christel, geb. **Schlepps**, aus Mühlmeistern, Kreis Elchniederung, am 27. Oktober
May, Siegfried, aus Germau, Kreis Samland, am 31. Oktober
Murach, Eckhardt, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 28. Oktober

Rauter, Dipl.-Ing. Horst, aus Ebenrode, am 27. Oktober
Schulz, Edith, geb. **Urbanski**, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 30. Oktober
Steglich, Renate, geb. **Stenzel**, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 1. November
Zippel, Diethardt, aus Wehlau, Parkstraße 61, am 1. November



Meier; Edgar, aus Neumark, Kreis Weimar, und Ehefrau Christel, geb. **Wischnewski**, aus Neidenburg, am 2. Oktober

Weihnachtsfreizeit für Senioren im Ostheim Bad Pyrmont – 19. Dezember 2013 bis 2. Januar 2014: Abwechslungsreiches Programmangebot, ostpreußischer Filmabend, Basteln, Lesungen, „Hausweihnacht“, gemeinsam begangenen Jahreswechsel, echt ostpreußische Küche und Festessen zu den Feiertagen: Jeder Gast findet etwas Passendes zur Unterhaltung. In der Hufeland-Therme die Meersalzgrotte genießen, in Saunen schwitzen oder Wasser auf den Körper wirken lassen: Bad Pyrmont lädt mit Einkaufsmöglichkeiten, Kulturangeboten und dem Weihnachtsmarkt zum Bummeln und genießen ein. 14-tägige Weihnachtsfreizeit. Einzelzimmer 679 Euro, Doppelzimmer 588 Euro pro Person. Inklusive Vollpension, Festmenüs, Hausweihnacht und Silvesterfeier. Anfragen und Anmeldungen – nur schriftlich – richten Sie an:

Ostheim – Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 9361-0, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

Termine der LO

Jahr 2013

14. bis 20. Oktober: 59. Werkwoche in Bad Pyrmont.
1. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Bad Pyrmont.
2./3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont. Geschlossener Teilnehmerkreis.
4. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Jahr 2014

8./9. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
5./6. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
13./14. April: Kulturseminar, Bad Pyrmont.
17./18. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen, Messe Kassel.
6. bis 9. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende, Bad Pyrmont.
21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein.
19. bis 21. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
13. bis 19. Oktober: Werkwoche, Bad Pyrmont.
24. bis 26. Oktober: Schriftleiterseminar, Bad Pyrmont.
3./7. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 26. Oktober, 9.05 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Kalenderblatt. Vor 80 Jahren: 88 deutsche Schriftsteller legen ein „Gelöbnis treuer Gefolgschaft“ für Adolf Hitler ab.
Sonnabend, 26. Oktober, 12 Uhr, MDR: Immer geradeaus: Von Aachen nach Königsberg. Doku, D 2009.
Sonnabend, 26. Oktober, 20.15 Uhr, Arte: Die Seelandia und der Tod von Rudolf Diesel. Doku, DK 2012.
Sonnabend, 26. Oktober, 21.15 Uhr, Arte: U 455 – Auf den Spuren eines U-Boots. Das Wrack des 1944 spurlos verschwundenen deutschen U-Bootes wurde 2008 vor der Küste von Portofino entdeckt. Doku, F 2013.
Sonntag, 27. Oktober, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.
Sonntag, 27. Oktober, 18 Uhr, ZDF: Safari im Kiez. Wildschweine, Biber und Waschbären beschäftigten die Wildtierbeauftragten in Berlin.
Sonntag, 27. Oktober, 22.30 Uhr, Phoenix: Sisi – Mythos einer Märchenprinzessin. Doku, D 2008.
Montag, 28. Oktober, 20.15 Uhr, Arte: La Strada. Tragödie. Arte ehrt Frederico, dessen Todestag sich zum 20. Mal jährt.
Montag, 28. Oktober, 22 Uhr, NDR: Rentner hinter Gittern. Reportage.
Montag, 28. Oktober, 22.45 Uhr, ARD: Antisemitismus heute – Wie judenfeindlich ist Deutschland? Reportage, D 2013.
Montag, 28. Oktober, 22.50 Uhr, MDR: Überwacht und verfolgt – Journalisten in Weißrussland.
Dienstag, 29. Oktober, 20.15 Uhr, ZDF: BMW gegen Mercedes – Das Duell. Doku.
Dienstag, 29. Oktober, 22.35 Uhr, Arte: Juden und Muslime. So nah. Und doch so fern (3 + 4/4).
Dienstag, 29. Oktober, 0.05 Uhr, MDR: Ukraine: Demokratie mit Hindernissen.
Mittwoch, 30. Oktober, 17.15 Uhr, Phoenix: Machtlos vor Somalia? Doku, D 2013.
Mittwoch, 30. Oktober, 21.15 Uhr, MDR: Die Spur der Ahnen. Verschleppt von Stalins Schergen. Politische Säuberungen in den 30er Jahren.
Mittwoch, 30. Oktober, 21.50 Uhr, Arte: Die Akte Beethoven. Der Musiker war mit 31 Jahren bereits fast ganz taub. Wie konnte er trotzdem komponieren? Doku, D 2013.
Donnerstag, 31. Oktober, 15.15 Uhr, HR: Die Oder – Schlesiens wilder Strom (2).
Donnerstag, 30. Oktober, 20.15 Uhr, 3sat: Wie viel Mensch verträgt die Natur? Umdenken im Umgang mit der Natur – Wie weit sollte eine künstliche Renaturierung gehen? Doku.
Freitag, 1. November, 13.40 Uhr, 3sat: Thomas Müntzer – Der Satan von Allstedt. Geschichtsdoku.
Freitag, 1. November, 19.05 Uhr, N24: Rausgefischt und aufgetischt – So kommt der Fisch auf den Teller.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Stuttgart – Freitag, 8./ Sonnabend, 9. November, Haus der Heimat, Großer Saal, Schlossstraße 92: BdV-Frauentagung. Alle Frauengruppenleiterinnen in Baden-Württemberg sind eingeladen, an der Tagung teilzunehmen. Anmeldung an den BdV Baden-Württemberg, Schlossstraße 92, 70176 Stuttgart.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Kitzingen – Freitag, 1. November, 15 Uhr, Neuer Friedhof: Totenehrung mit Kranzniederlegung am Kreuz der Vertriebenen. Anschließend gemütliches Beisammensein in der Gaststätte Deutscher Kaiser mit Grützwurst-Essen. Anmeldung aus organisatorischen Gründen erforderlich. Telefon (09321) 4405.

Landshut – Montag, 4. November, 12.30 Uhr, Treffen beim Nordfriedhof, 13.30 Uhr, Hauptfriedhof, Eingang Marschall Straße: Gedenken der verstorbenen Landsleute, anschließend 15 Uhr: Kaffee und Kuchen in der „Blauen Stunde“.

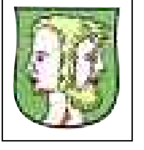
München – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Kontakt: Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960. – Freitag, 8. November, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Zusammenkunft der Frauengruppe.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Landesverband – Sonnabend, 16. November, 10 Uhr, Rathaus Schöneberg: Kulturtagung der Landsmannschaften. Beginn mit einer ökumenischen Andacht. Feierliche Eröffnung im Anschluss an die Andacht im Willy-Brandt-Saal des Rathauses Schöneberg.



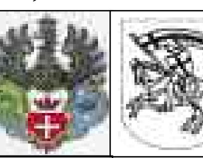
Lyck – Sonnabend, 2. November, 15 Uhr, Kleiner Ratskeller, Am Rathaus 9, 10825 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Peter Dziengel, Telefon (030) 8245479.



Rastenburg – Sonntag, 10. November, 15 Uhr, Rstaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.

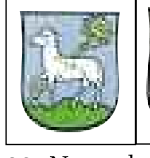


Frauengruppe – Mittwoch, 13. November, 13.30 Uhr, Kaffee Tam, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin. Totenehrung und Landleben in Ostpreußen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



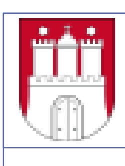


Königsberg / Samland/Labiau – Donnerstag, 28. November, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10: Treffen der Gruppen. Informationen bei Prof. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.





Heilsberg/Rößel – Sonnabend, 30. November, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte „Maria Rimkus Haus“, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin: Nikolausfeier. Anfragen für Heilsberg bei Benno Boese, Telefon (030) 7215570, für Rößel bei Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.



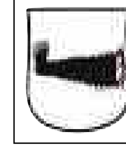
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

KREISGRUPPE



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Sensburg – Sonnabend, 9. November, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße, Hamburg-Ohlsdorf Gemütliches Beisammensein. Gäste sind herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

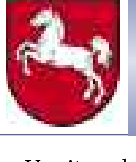
Hamburg/Wilhelmsburg – Montag, 28. Oktober, 12 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Treffen der Gruppe zum Schmandschinken-Essen mit einem sehr schönen, anspruchsvollen Unterhaltungsprogramm. Anmeldungen erforderlich unter Telefon (040) 7545878.



HESSEN

Stellvertretender Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.

Hanau – Der Bund der Vertriebenen hatte zum Erntedankfest in der Sandelmühle in Hanau eingeladen. Fast 80 Gäste feierten an herbstlich gedeckten Tischen bei Kaffee und Kuchen. Ein besonderer Blickfang war der liebevoll mit Obst und Gemüse reich bestückte Erntetisch. Vorsitzende Edeltrud Bartels begrüßte die Gäste. Kulturreferent Hans Preißler hatte ein schönes Programm zusammengestellt. Peter Juranda übernahm die Moderation. In seiner Rede sprach er über die Entstehung des Erntedankfestes. Die Stadtkapelle spielte zwischendurch bekannte Melodien. Danach trug Kurt Trepesch ein Gedicht über das Egerland vor, Kurt Andreas ein Herbstlied aus Königsberg. Dazwischen wurden bekannte Volkslieder gesungen. Stadtrat Franz Ott brachte Grüße des Oberbürgermeisters und sprach einige Worte über das Erntefest. Landrat Erich Pipa war mit seiner Gattin gekommen. Er hielt eine sehr beeindruckende Festrede über die schweren Zeiten der Flüchtlinge und Vertriebenen, die ihre angestammte deutsche Heimat in Ost- und Westpreußen, Pommern, Schlesien und dem Sudetenland verlassen mussten und von ihrer Ankunft im Westen, speziell in Hessen. Frau Bartels trug ein Gedicht über die Ernte in früherer Zeit vor. Zum Schluss eine Lesung über das tägliche Brot. Die Stadtkapelle erhielt viel Beifall für ihre flotte Musik. Es war ein gelungener Nachmittag.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Buxtehude – Donnerstag, 7. November, 19.30 Uhr, Halepaghenbühne: Helfried Weyer präsentiert in einem grandiosen Panoramavortrag die „Mongolei – Stille Klöster, goldener Sand, weiße Berge“. Kartenvorverkauf bei Foto Köpcke und Allerleibuch, Torfweg 6. Anmeldung bei Familie Wander, Telefon (04161) 87918.

Rinteln – Donnerstag, 14. November, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42: Monatstreffen der Gruppe. Joachim Berg zeigt den Film „Reise in ein fremdgewordenes Land – Ostpreußen, Ermland und Masuren“ von Karla-Sigrun Neuhaus. Gäste sind herzlich willkommen, der Eintritt ist frei. – Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386 oder rebuschat@web.de.

Osnabrück – Donnerstag, 31. Oktober, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis. – Bericht – Zum Erntedanknachmittag im Parkhotel konnte der Vorsitzende Peter Reimer zahlreiche Mitglieder und Gäste begrüßen. Einige Mitglieder hatten den Erntetisch reich mit Blumen und Früchten des Herbstes geschmückt. Zunächst sprach Pastor Hans-Jürgen Kuhlmann zum Erntedankfest. Die Veranstaltung wurde aber auch dazu genutzt, den ehemaligen Vorsitzenden der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Osnabrück e. V, Alfred Sell, zum Ehrenvorsitzen-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

den zu ernennen. Alfred Sell hat die Landsmannschaft über 20 Jahre mit großem Einsatz geleitet, den Vorsitz nun aber aus Altersgründen in jüngere Hände gelegt. Ein abwechslungsreiches Programm war zum Erntedanknachmittag vorbereitet worden. Die Gedichte „Spätsommer" von Agnes Miegel, „Die Apfelernte" von Hoffmann von Fallersleben und „Der Kruschkebaum" wurden von Else Tober vorgetragen. Gemeinsam sang man die Lieder „Kein schöner Land" und „Bunt sind schon die Wälder". Einen Höhepunkt bildete der Auftritt der Schülerkapelle des Ratsgymnasiums, Osnabrück, die so flotte Stücke wie „Rosamunde", „Hello Dolly" und „Guantamera" zu Gehör brachte. Der Chor unter Leitung von Else Tober erfreute mit mehreren Herbstliedern. Bärbel Sell-Balfanz las die Geschichte „Das letzte Huschchen – oder wenn die Kornmuhme von dem Feld flieht" von Hannelore Patzelt-Hannig. Der Erntedanknachmittag wurde mit dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied beendet.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@ Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Montag, 4. November, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33619 Bielefeld: Zusammenkunft der Frauengruppe Ost- und Westpreußen. – Donnerstag, 7. November, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33619 Bielefeld: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt. – Donnerstag, 14. November, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33619 Bielefeld: Ostpreußisch Platt.

Bonn – Dienstag, 29. Oktober, 18 Uhr, Ernst-Moritz-Arndt-Haus, Adenauer Allee 79: „1813 – Die deutsche Nationalbewegung und ihr Herold Ernst Moritz Arndt". Vortragsveranstaltung der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen. Die Eintrittsgebühr beträgt 2,50 Euro. Frühzeitiges Eintreffen ist angeraten, da das Haus nur über begrenzten Platz verfügt. – Dienstag, 5. November, 18 Uhr, Haus am Rhein, Elsa-Branström-Straße 74: „Die Kirche in Tharau – Stand der Bemühungen um ihre Erhaltung". Referent: Dr. Dr. Ehrenfried Mathiak.

Düsseldorf – Dienstag, 5. November, 19 Uhr, GHH/Eichendorffsaal: Konzert. Es gastiert das russische A-capella-Vokalensemble „Cantabile Tilsit". – Mittwoch, 6. November, 15 Uhr, GHH/Raum 311 „Siebenbürger Sachsen": Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – 19 Uhr, GHH/Konferenzraum: Vortrag von Dr. Guido Hitze „Kein parteipolitisches Spielzeug". Hans Lukaschek (1885–1960), erster Bundesvertriebenenminister – 60 Jahre Bundesvertriebenengesetz, Teil 2. – Donnerstag, 7. November, 10 Uhr, Oberschlesisches Landesmuseum, Ratingen-Hösel: Herbsttagung der AG Heimatstuben: Potenziale und Entwicklungsmöglichkeiten von Ostdeutschen Heimatstuben und Sammlungen. – 19.30 Uhr, GHH/Raum 412, „Ostpreußenzimmer": Offenes Singen mit Barbara Schoch.

Gütersloh – Donnerstag, 7. November, 15.30 Uhr, Güterslоher Brauhaus, Unter den Ulmen 9: Ostpreußische Frauengruppe.

Leverkusen – Mittwoch, 13. November, 14 Uhr; Treffen der Frauengruppe. Wie seit vielen Jahren wurde auch für diesen Tag St. Martin eingeladen, der jedem ein Stückchen Brot mitbringt. Auch eine Kindergruppe mit Laternen wird die Teilnehmer an diesem Nachmittag erfreuen. Informationen bei Anna Pawelka, Telefon (0214) 95763.

Neuss – Donnerstag, 7. November, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür mit Kaffee und Kuchen. Es wird die Fortsetzung des Films „Schatzkästchen Ostpreußen, Dokumentarfilm zwischen den Jahren 1920–1945" gezeigt.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen. – Sonnabend, 9. November, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44, 55116 Mainz: Heimatnachmittag mit Filmvorführung „Reise durch das Memelland".



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Dessau – Montag, 11. November, 14 Uhr, Krötenhof: Gedenken aller Kriegsopfer.

Halle – Freitag, 8. November, 14 Uhr, Reilstraße 54 (Begegnungsstätte der Volkssolidarität): Treffen der Gruppe.

Magdeburg – Freitag, 8. November, 15 Uhr, Sportgaststätte des TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Sonntag, 10. November, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Treffen der Mitglieder zum Volkstrauertag. Anschließend Vorstandssitzung.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Malente –Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen und Schlesier Ortsgruppe Malente führte gemeinsam eine Erntedankfeier durch. Sie hatte in die evangelische Maria-Magdalenen-Kirche in Malente eingeladen. Bei der sehr gut besuchten Feier in der mit Garten- und Feldfrüchten geschmückten Kirche sprach Pastor Becker besinnliche Worte, wobei auf frühere beschauliche Erntezeiten in Ostpreußen und Schlesien hingewiesen wurde, aber auch auf die schwierigen Jahre der Nachkriegszeit. Der Vorsitzende Klaus Schützler begrüßte den Kreisvorsitzenden Edwin Falk aus Eutin sowie den Kreisvertreter von Rastenburg Hubertus Hilgendorff. Beim anschließenden gemütlichen Beisammensein bei Kaffee und Kuchen im festlich geschmückten Gemeindehaus der evangelischen Kirche, bei der über 40 Personen anwesend waren, wurden Gedanken an die heimatlichen Erntedankfeiern ausgetauscht und allerlei heimatliche Kurzgeschichten vorgetragen. Herr Falk und Herr Hilgendorff berichteten vom „Ostpreußen-Treffen in Neu Brandenburg". Auch wurde gesungen, so das Ostpreußen - und Schlesierlied. Dieser Tag gab aber auch Veranlassung, Gedanken zum Tag der Deutschen Einheit auszutauschen. Mit dem Gesang des Schleswig-Holstein Liedes fand ein festlicher Nachmittag seinen Ausklang.

Bad Oldesloe – Die Vorsitzende begrüßte die Oktober-Runde und dankte für die festliche, zum Erntedank geschmückte Kaffeetafel. Sie erinnerte an den Dank für die Ernte in der Heimat. Nach Ährensammeln und Kartoffelnstoppeln im Jahre 1946 hatte sie als Kind gespürt, was Erntedank bedeutet. Und diese Dankbarkeit ist geblieben, wenn sie auf dem Wochenmarkt an den mit Kartoffeln, Obst und Gemüse gefüllten Ständen vorbeigeht, oder wenn sie in einem Bäckerladen den Duft von den frischen Backwaren aufnimmt. Kapern waren bei uns zum Thema geworden. Sie haben sich im Laufe der Jahre in das ursprüngliche Rezept der Königsberger Klopse „geschlichen". So berichtete Georg Baltrusch über den Kapernstrauch, der schon in der Antike als Gewürz verwendet wurde. Kapern wurden vor rund 6750 Jahren auf dem Gebiet der heutigen Türkei in das Essen getan, und sie wurden 1100 v. Chr. auch auf Zypern verwendet. Die geschlossenen Blütenknospen werden im Frühjahr von Hand geerntet und in Salzlake mit Essig eingelegt. Anbaugebiete befinden sich heute zum Beispiel in Südfrankreich. Katharina Makarowski hatte die Geschichte „200 Jahre Bad Oldesloe" zum Thema gemacht. Bereits im 12. Jahrhundert wurden am Fuße des Kirchberges und im Brennermoor zutage tretende Salzquellen entdeckt. Salz spielte in der Folgezeit immer eine wichtige Rolle. So wurde im Frühjahr 1813 das „Königliche Bad" eröffnet. Badegäste aus Hamburg und Lübeck, aus ganz Schleswig-Holstein und Dänemark kamen hierher, auch die dänischen Könige. Erst 1910 wurde Oldesloe von der Preußischen Regierung der Warne „Bad Oldesloe" verliehen. Leider kam der Badebetrieb zum Erliegen. Wiederbelebungsversuche während und nach dem Zweiten Weltkrieg blieben erfolglos. Jetzt ist man bemüht, die Vergangenheit mit der Zukunft zu verbinden und die Beste-Trave-Stadt neu zu entdecken. Dabei spielt auch „Bad Oldesloe macht Theater" eine Rolle. Gisela Brauer

Burg/Fehmarn – Dienstag, 12. November, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Der Kreisvorsitzende der LO Edwin Falk aus Eutin hält einen Dia Vortrag „Eine wöchentliche Reise durch das Königsberger Gebiet". Gäste sind herzlich willkommen.

Neumünster – Mittwoch, 13. November, ab 12 Uhr, Restaurant am Kantplatz: Treffen zum gemeinsamen Mittagessen und gemütlichen Teil im Anschluss. Anmeldung bitte bis zum 6. November unter Telefon (04321) 82314. – Bericht – Der Erntedanknachmittag am 9. Oktober war sehr gut besucht und alle staunten über die reichen Erntegaben auf den Tischen. Aus dem eigenen Garten brachten Höpfners Bio-Obst und Gemüse mit, alles wurde am Ende des Nachmittags an die Mitglieder verteilt. Herbstliches und Erntedank bezogene Gedichte und Geschichten wurden vorgetragen. Mit musikalischer Begleitung – wieder mit der 86-jährigen Akkordeonspielerin Nora Kawlath – wurden viele Lieder gesungen. Gerd Höpfner trug „Erntedank in Ostpreußen" vor. Brigitte Profé las am Anfang des Nachmittags zur Einführung „eigenen Gedanken zum Erntedank" vor. In Ostpreußen war das Erntedankfest seit dem Jahr 1773 ein fester Feiertag – eingeführt von König Friedrich II. Das Erntedankfest erinnert daran, dass Säen und Ernten zum Leben gehören. Glücklich ist zu schätzen, wer zumindest im Blumenkasten oder Balkon, besser noch im Garten, das Wachsen und Gedeihen verfolgen kann. An diesem Nachmittag waren Tische prächtig geschmückt – Brot, Kartoffeln, Obst, Gemüse und vieles mehr, das wir in unsere Dankbarkeit einbeziehen sollten. Danken hängt eng mit Denken zusammen. Ich denke daran, dass sich niemand von uns um das tägliche Brot wirklich zu sorgen braucht. Ja, wir alle haben Grund zur Dankbarkeit: „Alle gute Gabe kommt her von Gott dem Herrn, drum dankt ihm und hofft auf ihn." Dieses Lied „Wir pflügen und wir streuen den Samen auf das Land" stammt von Matthias Claudius, der von 1740–1815 gelebt hat. So sollten wir Ernte-Dank feiern als unseren Dank für alles, was unser Leben ernährt, trägt, stärkt und reich macht.

Pinneberg – Sonnabend, 9. November, 15 Uhr, Restaurant Mondea, Mühlenstraße 70 d: Bingo. Gänseverspielen. Neben vielen anderen Preisen kann der Weihnachtsbraten gewonnen werden.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Eisenach – Dienstag, 12. November, 14.30 Uhr, Rot-Kreuz-Weg 1: Heimatnachmittag der Ost- und Westpreußen.

Jena – Freitag, 22. November, 14 Uhr, Gaststätte Schlegelsberg, Oskar-Zachau-Straße 6, 07749 Jena: Gruppentreffen in der Panorama. Alle Landsleute sind herzlich willkommen!

Mühlhausen – Dienstag, 11. November, 14 Uhr, Volkssolidarität: Treffen der Heimatgruppe Königsberg.

Schmalkalden – Donnerstag, 7. November, 14 Uhr, Seniorenclub der Volkssolidarität, Rötweg 6: Heimatnachmittag der Kreisgruppe „Immanuel Kant".

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Kreistagvertretung künftig mit 27 Delegierten

Mit dem 14. September 2013 endete die Wahlperiode des im Jahr 2009 gewählten Kreistages (Delegiertenversammlung) der Kreisgemeinschaft Angerburg. Im großen Sitzungssaal des Rotenburger Kreishauses trat am 14. September 2013 die Kreisvertretung der Angerburger in neuer Zusammensetzung zusammen und bestätigte in der öffentlichen Sitzung die Gültigkeit der Wahl. Für eine Mitarbeit in der Kreisvertretung hatten sich 27 Heimatfreunde zur Verfügung gestellt und somit wurde die Höchstzahl von 30 Kandidaten nicht erreicht. Nach unserer Satzung gelten somit die vom Vorstand vorgeschlagenen Kandidaten als gewählt (Friedenswahl). In der Wahlperiode 2013–2017 werden die Kirchspielgemeinden von folgenden Heimatfreunden vertreten: Angerburg Stadt (7): Herta Andrulonis. geb. Freytag – seit 1998 – geb. 1935 in Schwenten, 11-600 Węgorzewo (Polen); Joachim Hans Hoffmann – seit 2005 –. geb. 1937 in Angerburg, 61381 Friedrichsdorf (Taunus); Adelheid Hollberg, geb. Sauer, – seit 2013 – , geb. 1934 in Langenolingen Bez. Posen, 49459 Lembruch; Gerhard Kibbas – seit 2005 – geb. 1935 in Angerburg, 14197 Berlin; Günther Kuhn – seit 2013 – geb. 1936 in Angerburg, 26180 Rastede; Hans Sadlack – seit 1985 – geb. 1931 in Angerburg, Burnsville, MN 55337 USA; Eberhard Steinke – seit 2005 - geb. 1938 in Guttstadt, 25821 Breklum; Angerburg-Land (3): Rüdiger Bieber -seit 2013- geb. 1943 in Angerburg, 64625 Bensheim, Michael Kukis -seit 2013- geb. 1959 in Kassel, 34117 Kassel, Lothar Schwarz – seit 2004 – geb. 1937 in Angertal, 34393 Grebenstein; Rosengarten (1): Heinz-Wolfgang Malessa – seit 2009 – geb. 1951 in Neuendettelsau, 91598 Colmberg; Engelstein (2): Erich Kerwien – seit 2009 – geb. 1933 in Engelstein, 04289 Leipzig; Gudrun Lutze – seit 2013 – geb. 1940 in Königsberg, 28759 Bremen; Kanitz (1): Alfred Nehrenheim – seit 2001 – geb. 1938 in Angerburg, 46049 Oberhausen; Buddern (2): Joachim-Hans Domscheit – seit 2009 – geb. 1935 in Heidenberg, 39615 Schönberg; Gerhard Mörchel – seit 2009 – geb. 1929 in Amwalde, 32657 Lemgo; Benkheim (4): Gustav Kutz – seit 1993 – geb. 1928 in Benkheim, 23611 Bad Schwartau; Georg Malz – seit 2004 – geb. 1937 in Benkheim, 13591 Berlin; Horst Piontkowski – seit 2009 – geb. 1936 in Lissen, 64683 Einhausen; Kurt-Werner Sadowski – seit 1963 – geb. 1934 in Insterburg, 28359 Bremen; Kutten (2): Brigitte Junker, geb. Böttcher – seit 1981 – geb. 1940 in Heidenberg, 22455 Hamburg; Wolfgang Maleyka – seit 1977 – geb. 1935 in Steinwalde, 31707 Heeßen; Großgarten (2): Susanne Hagen – seit 2001 – geb. 1963 in Detmold, 49406 Eydelstedt; Alfred Sager – seit 1997 – geb. 1933 in Possessern, 21465 Wentorf; Kruglanken (3): Günter Büttner –seit 2001 – geb. 1939 in Lötzen, 18273 Güstrow; Horst Preuß – seit 2001 – geb. 1934 in Borkenwalde, 25795 Stelle-Wittenwurth; Astrid Stuhr, geb. Schiemann –seit 2005 – geb. 1961 in Wismar, 28832 Achim. Mitglieder des Kreisausschusses (Vorstandes) der Kreisgemeinschaft Angerburg e.V. in Rotenburg (Wümme) bis 2015: Kreisvertreter Kurt-Werner Sadowski – seit 2001 –; Stellvertretende Kreisvertreterinnen Brigitte Junker – seit 2005 –; Susanne Hagen – seit 2010 –, Mitglieder: Erich Kerwien (seit 2009), Günther Kuhn (seit 2013), Heinz-Wolfgang Malessa (seit 2011), Eberhard Steinke (seit 2009). Möchten Sie sich in der Kreisvertretung engagieren? Dann schreiben Sie bitte an unsere Geschäftsstelle in 27356 Rotenburg (Wümme).



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Kreistreffen und Mitgliederversammlung

Vom Freitag, 13., bis Sonntag, 15. September, fand in Bad Nenndorf im Hotel „Esplanade" das obige Treffen statt. Wie immer waren die Delegierten der Kreisgemeinschaft Elchniederung am Freitag 13.09. zur Sitzung geladen. Am Freitag ab 14 Uhr und Sonnabend ab 9 Uhr konnten die ersten Teilnehmer begrüßt werden. Viel Zeit zum Plachandern war zuerst nicht, da die Ausstellung vom Kultur-Zentrum Ellingen „Ostpreußen verzaubert" zu sehen war. Auch wurde ein Vortrag über das Moosbruch-Haus in Gromowo/Lauken und das Jagdschloss Pait von Herrn Jürgen Leiste, stellvertretender Vorsitzender von „Anthropos", gehalten. Um 14 Uhr begann der offizielle Teil der Veranstaltung, die der Vorstandsvorsitzende eröffnete. Das Grußwort des Landrats des Patenkreises Grafschaft Bentheim wurde vorgetragen. Danach wurden die Toten geehrt. Die fälligen Wahlen zu den Kirchspiel-Vertretungen (Abgeordnete) konnten satzungsgemäß durchgeführt werden. Es wurden auch drei Ersatz-Delegierte gewählt, somit sind wir gut aufgestellt. Diejenigen, die Bildmaterial zur Verfügung stellten, konnten ihre Fotos gleich nach dem Einscannen wieder mitnehmen. Mit dem Ostpreußen-Lied klang der offizielle Teil aus. Es verblieb somit genug Zeit zum



Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Anzeigen

„Gerecht und redlich war sein Streben,
treu und fleißig seine Hand.
Für die Lieben stets zu leben
und auch für's Ostpreußenland."

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von meinem geliebten Mann, unserem Vater, Schwiegervater und Opa

Fritz Wessolleck

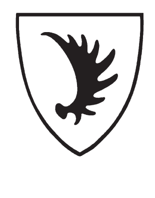
* 17. Mai 1926 † 13. Oktober 2013

Mit dem Tod eines geliebten Menschen verliert man vieles, niemals aber die gemeinsam verbrachte Zeit.

In stiller Trauer:
Monika Wessolleck
und Familienangehörige

42651 Solingen, Wupperstraße 54

Die Beisetzung der Urne erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt im Kreis der Familie.



Erhard Sommerey



aus Duneyken/Treuburg

wäre am 31. Oktober 2013
85 Jahre alt geworden.

Leider hat es das Schicksal nicht gewollt.

In Liebe Ingrid

Habichtstraße 6 D, 13505 Berlin, Telefon 030 / 431 69 01



Traurig nehmen wir
Abschied von

Benno Döhler

* 10. 4. 1938 † 19. 9. 2013
geb. in Hirschberg/ Kreis Allenstein gest. in Linz a. Rhein

Wir haben den Mittelpunkt unserer Familie verloren.
In unseren Herzen lebst Du weiter.

Obwohl wir dir die Ruhe gönnen,
bleibt voller Trauer unser Herz.
Dich leiden sehen
und nicht helfen können,
war für uns der größte Schmerz.

Johanna Döhler,
geb. Schmidt
Simone Döhler
Rosemarie Busche
Hedwig Denecke
Angehörige und Freunde

Vettelschoß, den 25. September 2013



*Und meine Seele spannte weit
die Flügel aus, flog über die
stillen Lande, als flöge
sie nach Haus.*
Freiherr v. Eichendorff

In Treue und Liebe zu ihrer Heimat Ostpreußen war sie bis zuletzt verbunden.

Elisabeth Uhse

geb. Majunke

* 11. 5. 1916 † 29. 9. 2013
Königsberg/Pr. Kassel

Von den Beschwernissen des Alters wurde sie erlöst.
In Frieden schlief sie ein.

In stiller Trauer
Die Angehörigen

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 17

Plachandern, Gesang von Heimatliedern und Tanz bis in die späten Abendstunden.



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Klaus A. Lunau, Bahnhofstraße 14, 30853 Langenhagen, Stellvertreterin: Marion Gehlhaar, Telefon (040) 476070. Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, täglich erreichbar unter Telefon (04101) 22037, Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@ kreis-fischhausen.de. Besichtigung nach Wunsch.

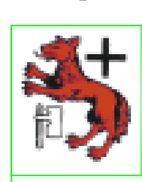
Kreistagtreffen

Lewe Landslied, nun gehört unser diesjähriges Kreistreffen schon wieder der Vergangenheit an. Da viele Samländer aufgrund ihres hohen Alters und der damit verbundenen Reiseschwierigkeiten leider nicht mehr an diesem Treffen in Pinneberg teilnehmen konnten, möchte ich darüber berichten. Als besonders erfreulich stellen wir fest, dass wir fast so viele Gäste wie im vergangenen Jahr begrüßen durften. Am Freitagabend traf man sich am Gedenkstein im Drosteipark zur traditionellen Kranzniederlegung. Unser 1. Vorsitzender Klaus Lunau hielt eine kurze Ansprache zum Gedenken aller Verstorbenen. Diese Zeremonie, die nachdenklich macht und die Hektik des Alltags für wenige Momente verblassen lässt, wurde durch Gerhard Weiter mit seinem Trompetensolo beendet. Schon lange gab es die Überlegung des Vorstandes, das gemütliche Beisammentreffen am Freitagabend in den Räumen unseres Museums stattfinden zu lassen. Nun bot sich dafür eine passende Gelegenheit, weil das VfL-Heim wegen eines Pächterwechsels nicht zur Verfügung stand. So konnte der Vorstand die schon angereisten Ortsvertreter sowie die Repräsentanten des Kreises und der Stadt Pinneberg, wie Kreispräsident Burkhard E. Tiemann, Martina Kaddatz, Burghard Schalhorn, Erwin Krüger und Bernhard Lehnert mit Gattin vom BdV im Museum begrüßen. Es war ein harmonischer Abend mit vielen guten und anregenden Gesprächen in einer gemütlichen Atmosphäre. Und so wird der „Bierabend" auch im nächsten Jahr wieder in unserem Museum stattfinden.

Am Sonnabend standen die Veranstaltungsräume im Hotel Cap Polonio allen Besuchern wie gewohnt von 9.30 Uhr an zur Verfügung. Im Gegensatz zu früheren Treffen hatte man auf die Anmietung des großen Saals verzichtet und sich auf die hinteren Salons verteilt, um leichter mit allen Ortsmitgliedern ins Gespräch zu kommen. Eigentlich eine gute Idee! Aber zur Eröffnung der Feierstunde wurde es doch recht eng und es musste improvisiert werden. Die musikalische Einstimmung übernahm Frau Livaschnikova am Klavier. Nach dem gemeinsam gesungenen Schleswig-Holstein-Lied begrüßte Klaus Lunau als 1. Vorsitzender die Ehrengäste wie den wiedergewählten Kreispräsidenten und Schirmherrn des diesjährigen Kreistreffens, Burkhard E. Tiemann, sowie die wiedergewählte Bürgervorsteherin Natalina Boenigk, den stellvertretenden Kreispräsidenten, Dietrich Anders, Rosemarie Schmidt, Verein Ost-Westpreußen, Dr. Ole Schröder, Mitglied des Deutschen Bundestages, die Bürgermeisterin von Pinneberg, Urte Steinberg, Christa Wiebe, Vertreterin des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes, Gabriele Kascha-Verein Selenogradsk, Herrn und Frau Lehnert vom BdV, Herrn Leverköhne, Vorsitzender des Heimatverbandes für den Kreis Pinneberg und Ernst-Dieter Rossmann, Mitglied des Deutschen Bundestages. In seinem Grußwort bestätigte Tiemann unter anderem seine Zusicherung für den Erhalt des Heimatmuseums, was mit begeistertem Beifall von allen Seiten honoriert wurde. Die Worte von Frau Steinberg, die von ihrer Verbundenheit mit Ostpreußen aufgrund ihrer familiären Wurzeln berichtete, sicherte ihr die Sympathie der anwesenden Samländer. Nach dem abschließend gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied stand eine unterhaltsame Stunde mit Herrn Tennigkeit auf dem Programm.

Viele Besucher zog es gleich nach den Feierlichkeiten in das Museum, weil es im letzten Jahr eine große Anzahl der Gäste versäumt hatte, dem Museum ihren Besuch abzustatten und sie sich nach Kaffee, Kuchen und – denn das gibt es nicht alle Tage – natürlich einem Pillkaller sehnten. Der Sonnabend klang mit einem gemeinsamen Essen und anschließenden launigen Gesprächen aus.

Am Sonntag wurde das Kreistreffen im Cap Polonio und in den Räumen der Samlandausstellung im Museum fortgesetzt. Zum ersten Male tagte auch Erika Walischewski mit ihren „Groß Heydekrügern" ebenfalls im Cap Polonio. Und so rückten alle ein wenig zusammen. Klaus Lunau berichtete ausführlich mit einem Dia-Vortrag von der Heimat, speziell natürlich von Cranz. Auch die musikalische Unterhaltung von dem Heimatsänger „Bernstein" fand sein geneigtes Publikum. Aber das Wichtigste war und ist natürlich das „miteinander Plachandern". Davon wurde ausgiebig Gebrauch gemacht. Die Freude über das Wiedersehen und das Zusammentreffen mit alten Bekannten und Freunden war deutlich zu spüren und zu erkennen. Wir wünschen allen Samländern eine gute Zeit! Bleibt gesund und munter! Wir jedenfalls freuen uns schon heute auf ein Wiedersehen im nächsten Jahr in Pinneberg zum alljährlichen Kreistreffen, dann am Wochenende vom Samstag, 21., und Sonntag, 22. September 2014.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. E-Mail: ruhnke@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 84224. E-Mail: Schmidt.ploessen@gmx.de. 2. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

6. Deutsch-Russisches Forum in Duisburg

Wie schon in den Jahren zuvor war die Kreisgemeinschaft Heiligenbeil e. V. auch beim Forum in Duisburg vertreten, und zwar durch Kreisvertreterin Elke Ruhnke und ihren 1. Stellvertreter Christian Perbandt. Das Forum fand am Wochenende vom 11. bis 13. Oktober statt und wurde finanziell von der Landsmannschaft Ostpreußen getragen. Das Kongressprogramm war vielfältig; im Fokus stand der Austausch zwischen den deutschen und den russischen kulturschaffenden Personen, die aus dem nördlichen Ostpreußen angereist waren. Dieses Forum ist für uns von besonderer Bedeutung, da wir hier unsere Unterstützung bei Projekten, wie zum Beispiel die Forschungen der Frau Olga Senkina über die Mittelschule in Ludwigsort, die diese seit mehreren Jahren betreibt, anbieten können. Zum ersten Mal nahm Wladimir Sosinow, Gründer der Stiftung „Wiedererrichtung Burg Balga" (detaillierte Informationen folgen) teil. Ferner überreichte Kreisvertreterin Elke Ruhnke der Mitarbeiterin des staatlichen Archivs, Vera Makarowa, eine Vielzahl von Büchern aus dem Bestand der Kreisgemeinschaft. Diese Bücher finden im Archiv, das die erste Anlaufstelle für Studenten im Königsberger Gebiet ist, ihren Platz und geben einen Einblick in die Geschichte des Kreises Heiligenbeil vor dem Krieg und wurde Kriegsende. Als Abschluss wurde den Teilnehmern ein Museumsbesuch des „Museums Stadt Königsberg" der Stadtgemeinschaft Königsberg, das sich in unmittelbarer Nähe von Duisburg befindet, geboten.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@ t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@ insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

60 Jahre Patenschaft Krefeld–Insterburg

Zum 60. Geburtstag der Patenschaft mit Krefeld trafen sich die Insterburger vom 27. bis 29. September. Das Krefelder Treffen jährte sich damit zum 61. Mal in der Patenstadt. Aus ganz Deutschland und sogar Österreich fanden Besucher den Weg ins Gemeindezentrum der Krefelder Friedenskirche. Am Freitag kamen Mitglieder und Ratsversammlung zur Jahreshauptversammlung im Krefelder Rathaus zusammen. Sitzungsgäste aus der Patenstadt waren Bürgermeisterin Karin Meincke, die ehemalige Ratsfrau Eva Staudacher, Ratsherr Jürgen Hengst (beide SPD), Sozialamtsabteilungsleiter Uwe Raatz, zuständig unter anderem für Vertriebenenrecht, Dr. Olaf Richter, Leiter des Stadtarchivs, sowie Antonius Wolf, Sprecher der Initiative „Schöne Rheinstadt Uerdingen". Bürgermeisterin Meincke überbrachte ein Grußwort der Stadt zum feierlichen Anlass. Versammlungsleiter Klaus Pundschus führte durch die Tagesordnung. Dem Vorstand wurde für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung erteilt. Der Haushaltsvoranschlag für 2014 wurde vorgestellt und angenommen. Die Kasse hatte in diesem Jahr Klaus Pundschus ohne Beanstandungen geprüft.

Bürgermeisterin Meincke erhielt vom 1. Vorsitzenden der Insterburger, Reiner Buslaps, die Insterburger Gedenkmünze überreicht. Anlässlich des besonderen Anlasses – 60 Jahre Patenschaft – hatten es sich auch die Leiter der Heimatgruppen Hamburg und Darmstadt nicht nehmen lassen, eine besondere Grußbotschaft an Reiner Buslaps, stellvertretend für alle Insterburger, zu überreichen. Manfred Samel aus Hamburg hatte eine Erinnerungsmappe, die den Bogen bis in die Anfangsjahre schlug, zusammengestellt. Jürgen Pantel präsentierte eine festliche Urkunde nebst einer Sammlung von Eintrittsfahnen/-Buttons aus sechs Jahrzehnten. Zudem hatten Vorstand und Ratsmitglieder der Kreisgemeinschaft beschlossen, Reiner Buslaps die Goldene Ehrennadel zu überreichen. Jürgen Pantel und Jürgen Böhlke als Vorstandsmitglieder nahmen die feierliche Übergabe an einen sichtlich überraschten und gerührten Reiner Buslaps vor. Aber auch Renate Buslaps, als unterstützende Kraft an seiner Seite, wurde mit einem großen Blumengebinde geehrt. Die Festveranstaltung zum 60-jährigen Patenschaftsjubiläum begann am Sonnabend mit einem Gottesdienst in der Krefelder Friedenskirche. Pfarrer i. R. Manfred Bautz legte in seiner Predigt das Augenmerk auf das „Sich freuen". Trotz aller Widrigkeiten des Lebens zeige der christliche Glaube Wege auf, nach Gelegenheiten zu suchen, dankbar zu sein: „Danken und Bitten" als zentrale Elemente des Glaubens. Die Kollekte kommt der diakonischen Arbeit der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Insterburg [Tschernjachowsk] zugute.

Der Vorsitzende der Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land e.V., Reiner Buslaps, begrüßte am Nachmittag im Gemeindesaal der evangelischen Friedenskirche die Jubiläumsbesucher. Als Gäste hatten sich eingefunden: Bürgermeister Frank Meyer, Heidrun Hillmann und Margot Röpstorf, CDU-Ratsfrauen der Stadt Krefeld, Eva Staudacher, ehemalige SPD-Ratsfrau, Antonius Wolf, Verwaltungsvertreter Uwe Raatz, Pastor Manfred Bautz sowie Rechtsanwalt Ulrich Stirken, Vorstandsmitglied der Stiftung Insterburg. Bürgermeister Meyer überreichte Buslaps einen Ehrenteller der Stadt aus Edelstahl – Symbol einer Beziehung, die keinen Rost ansetzt, wie Buslaps dankend entgegnete. Meyer versuchte in seiner Rede die damaligen Motive seiner Vorgänger zur Patenschaft zu ergründen: Man hatte gerade selbst die Schrecken des Krieges erlebt und wollte nun Solidarität, Unterstützung und vielleicht etwas Wärme weitergeben: „Verstehen und Verständigung für die nächsten Generationen". Heidrun Hillmann ließ die Gedanken um die „Patenkinder" kreisen. Die Krefelder hätten sich aktiv an das „Kind" herangetastet, man habe sich kennen- und schätzengelernt. Paten seien immer besonders dann wichtig, wenn das Kind ohne Eltern und Heimat sei. Das neugegründete Museum sei dazu angetan, weiteres Verstehen und Verständigung für die nächsten Generationen zu begründen.

Eine Grußbotschaft kam aus dem heutigen Tschernjachowsk, unterzeichnet von Akteuren aus Verwaltung, Kultur und Kirche. Reiner Buslaps blickte in seiner Rede mit den Gästen zurück auf einige Ereignisse acht Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges zurück, auf das Jahr 1953: Der erste Staatsbesuch des Bundeskanzlers Konrad Adenauer in den USA, die Erstbesteigung des Mount Everest und der Volksaufstand in der DDR. Das bedeutende Ereignis für die Insterburger geschah am 26. September 1953 – fast auf den Tag genau vor 60 Jahren: Der feierliche Beginn der Patenschaft zwischen Krefeld und Insterburg. Reiner Buslaps zitierte aus der Patenschaftsurkunde, die feierlich während des Festaktes am 26. September 1953, dem Vorabend des zweiten Insterburger Treffens in Krefeld, verkündet worden war. Dazu stellten die Krefelder stets eine Unterkunft – für die Geschäftsstelle, jetzt auch für

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

das Insterburger Heimatmuseum und Archiv. Dies nannte Reiner Buslaps stellvertretend für alle materiellen, finanziellen und auch emotionalen Hilfen über die vergangenen 60 Jahre – verbunden mit einem tief empfundenen Dank und großer Anerkennung für die Bürger der Stadt Krefeld. Audlind Vohland, zuständig für die Betreuung des Heimatmuseums, zeigte die verschiedenen Aspekte der Entwicklung der Patenschaft. Die Patenschaft sorge für die Sichtbarkeit der Gruppe, trage damit zu deren Identität bei. Die Treffen ermöglichten den Insterburgern, eine Kulturgemeinschaft zu bleiben, was durch das „verstreute Wohnen" erheblich gestört sei. „Die Patenschaft war stets nicht nur formaler Rahmen, sondern auch mit Leben gefüllte Praxis", betonte Audlind Vohland. Mit den Spitzen der Krefelder Organisationen und Verbände – gesellschaftlich, politisch, kulturell – tauschte man sich aus, lud sich gegenseitig ein, erzählte sich seine jeweilige Geschichte. Wieso wurde Krefeld überhaupt Patenstadt? Zufall, Selbstorganisation und Engagement fügten sich wohl in Krefeld zu einem besonders fruchtbaren Ergebnis. Der ehemalige Gumbinner Regierungspräsident Dr. Herbert Rohde hatte hier ein neues Zuhause gefunden, später auch Malermeister Willy Bermig, der eine Heimatgruppe gründete und Rohde-Nachfolger im Kreisvertriebenenrat wurde. Sie sorgten für die politischen Kontakte, fanden in Oberbürgermeister Josef Hellenbrock, Oberstadtdirektor Dr. Bernhard Heun und in Ernst Köppen vom Presseamt wohlwollende Gesprächspartner. Dazu kamen engagierte Insterburger wie Willi und Fritz Naujoks, Horst Kühnast, Fritz Padeffke, Dr. Grunert, um nur einige zu nennen, die das Werk der Patenschaft letztlich gelingen ließen.


Bild: Margret Matuschik

Für Engagement geehrt: Ehepaar Buslaps

Insterburger Mundart brachte Carola Masche im weiteren Verlauf des Festnachmittags zu Gehör; der ostpreußische Erlkönig und die Weltsicht zweier Insterburger Katzen sorgten für viel Freude. Viel Spaß verbreiteten auch Ursel Schubert und Bruno Romeiks, als sie wieder mit „Radio Stobingen" auf Sendung gingen. Meisterhafte Wortakrobatik gelang den beiden abschließend im „Hutgeschäft". Musikalische Abrundung des Nachmittags bot die Sängervereinigung 1935 Uerdingen e.V., die abschließend mit der Festgemeinde das Ostpreußenlied intonierte. Termin für das nächste Insterburger Treffen: 26./27. September 2014. Abgerundet wurde die gesamte Veranstaltung mit dem „Tag der offenen Tür" in unserem Heimatmuseum anlässlich des Uerdinger Herbstmarktes. Auch dieses Mal fanden etwa 70 Besucher im Laufe des Nachmittags den Weg in die frisch renovierten Räume. Das Aufgreifen verschiedener Themen in den einzelnen Ausstellungsräumen wurde sehr positiv registriert. So konnten sich die Besucher über die Geschichte Insterburgs und Ostpreußens bestens informieren. Die Schmolling-Ausstellung zeigte einmal mehr, dass Geschichte und Kunst eine interessante und starke Verbindung sein können. „Die Resonanz war eindeutig, dass wir in unserem ‚Alten Rathaus eine lebendige Ausstellung präsentieren'", freuten sich die Mitarbeiterinnen Margret Matuschik und Veronika Grallert. „Mit dem Tag der offenen Tür sind wir ein Stück weit mehr auch in Uerdingen angekommen."



LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562. info@strammverlag.de, Internet: www.labiau.de.

Wahlaufruf

Im Frühjahr 2014 sind die Kirchspielvertreter des Kreises Labiau neu zu wählen. Der Wahlausschuss für diese Wahl ist auf der Sitzung der Kreisgemeinschaft Labiau am 4./5. Mai 2013 in Wingst bestellt worden und besteht aus den Kirchspielvertretern Erika Freitag, Extertal (Vorsitzende), Brigitte Hagedorn, Dortmund, Martina Hahn, Bad Oldesloe. Wahlberechtigt sind alle nach Vollendung des 18. Lebensjahres, soweit sie in der Heimatkartei des Kreises Labiau eingetragen sind. Der Kreisvertreter macht von seinem Recht entsprechend der Wahlordnung vom 13. April 2003 Gebrauch und schlägt für die einzelnen Kirchspiele folgende Kandidaten vor: Friedrichsrode/Sussemilken: Horst Warthun, Bruno Reichwald (Ersatzvertreter), Gilge: Erika Freitag, Groß Legitten: Hubertus Springer, Hohenbruch/Lauknen: Brigitte Stramm, Kaimen: Ilse Hunger, Dorothea Kurzmann, Labiau-Land: Anni-Lore Lemke, Bärbel Lemke, Klaus-Arno Lemke, Labiau-Stadt: Heinke Lanatowitz, Laukischken: Egbert Marenke, Martina Hahn, Liebenfelde/Mehlauken: Alfred Erdmann, Ludendorff: Helmuth Krautien, Markthausen/Popelken: Alfred Schaulinski, Anneliese Todt, Karl-Heinz Hundsdörfer (Ersatzvertreter). Gemäß der Wahlordnung sind weitere Vorschläge/Bewerbungen bis Ende Dezember 2013 der Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Labiau, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, einzureichen. Diese Vorschläge/Bewerbungen müssen den vollständigen Namen, Geburtsnamen, sowie die vollständige Anschrift und den Heimatort bzw. den der Vorfahren des/der Kandidaten enthalten. Eine schriftliche Erklärung zur ehrenamtlichen Mitarbeit ist beizufügen. Für das Kirchspiel Groß Baum fehlen noch Kandidaten. Wir bitten darum, dass sich Interessierte aus anderen Kirchspielen melden. Es werden auch Ersatzvertreter gesucht, denen dann die Möglichkeit gegeben wird, sich einzuarbeiten. Nach Abschluss der Vorschläge/Bewerbungen erstellt der Wahlausschuss eine aktualisierte Kandidatenliste gemäß Punkt 4 der Wahlordnung. Der Wahlaufruf wird Mitte Januar 2014 erneut veröffentlicht. Als Wahltermin ist der 15. März 2014 vorgesehen. Der Wahlausschuss.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Antrittsbesuch in Lyck

Die neue Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee hat, zusammen mit der Heimatbeauftragten Inge Küchler, eine Reise nach Lyck unternommen. Auf dem Programm standen die Auszahlung der Bruderhilfe im Wasserturm sowie Besuche der älteren deutschen Landsleute, die noch im Kreis Lyck leben. Auch sie wurden mit einer Geldspende der Kreisgemeinschaft bedacht. Das Archiv in Lyck wurde aufgesucht, die Archivarin konnte sich gleich mit Wünschen an die Kreisvertreterin wenden. Ein Besuch im „Historischen Museum" war schon terminiert, denn Frau Wiesensee hatte Bildkopien aus dem Archiv in Hagen mitgebracht, um das Museum bei einer geplanten Ausstellung über das Leben in Lyck zu unterstützen. Der Kreisgemeinschaft wurde bei diesem Treffen eine offizielle Mitarbeit im ‚Historischen Museum angeboten. Der Leiter des Museums wird Ende des Jahres das Lycker Archiv in Hagen aufsuchen. Ein weiterer Besuch der Kreisvertreterin galt den Schülern und Begleitern des Werner-Jaeger-Gymnasiums aus Nettetal. Mit ihrem Schülerorchester hatten sie gemeinsam mit den Schülern des Gymnasiums Nr. 1 aus Lyck ein Konzert im Dom Kultury gegeben. Frau Wiesensee gehört dem „Partnerschaftsverein Nettetal – Elk" an. Sie folgte einer Einladung des Schulleiters vom Gymnasium Nr. 1, zu einer Besichtigung der Schule. Bei einer Tasse Kaffee erzählte er von einem musikalischen Projekt, das im nächsten Jahr stattfinden soll: ein Gesangswettbewerb der Schulen mit dem Thema „Deutsche Volkslieder". Er bat Frau Wiesensee, als Jurymitglied mitzuwirken. Sie hat ihm spontan zugesagt.

Der nächste Besuch galt der Lokal-Redaktion der „Gazeta Olsztynska". Der Chefredakteur und eine Mitarbeiterin interviewten die neue Kreisvertreterin. Sie betonte, wie wichtig ihr die Freundschaft und Zusammenarbeit mit den heutigen Bewohnern von Lyck sei. Die Vergangenheit und die Zukunft sei ein wichtiger Bestandteil der Deutsch-Polnischen Freundschaft. Es war ein viel zu kurzer Antrittsbesuch in Lyck, aber es werden im nächsten Jahr weitere folgen.

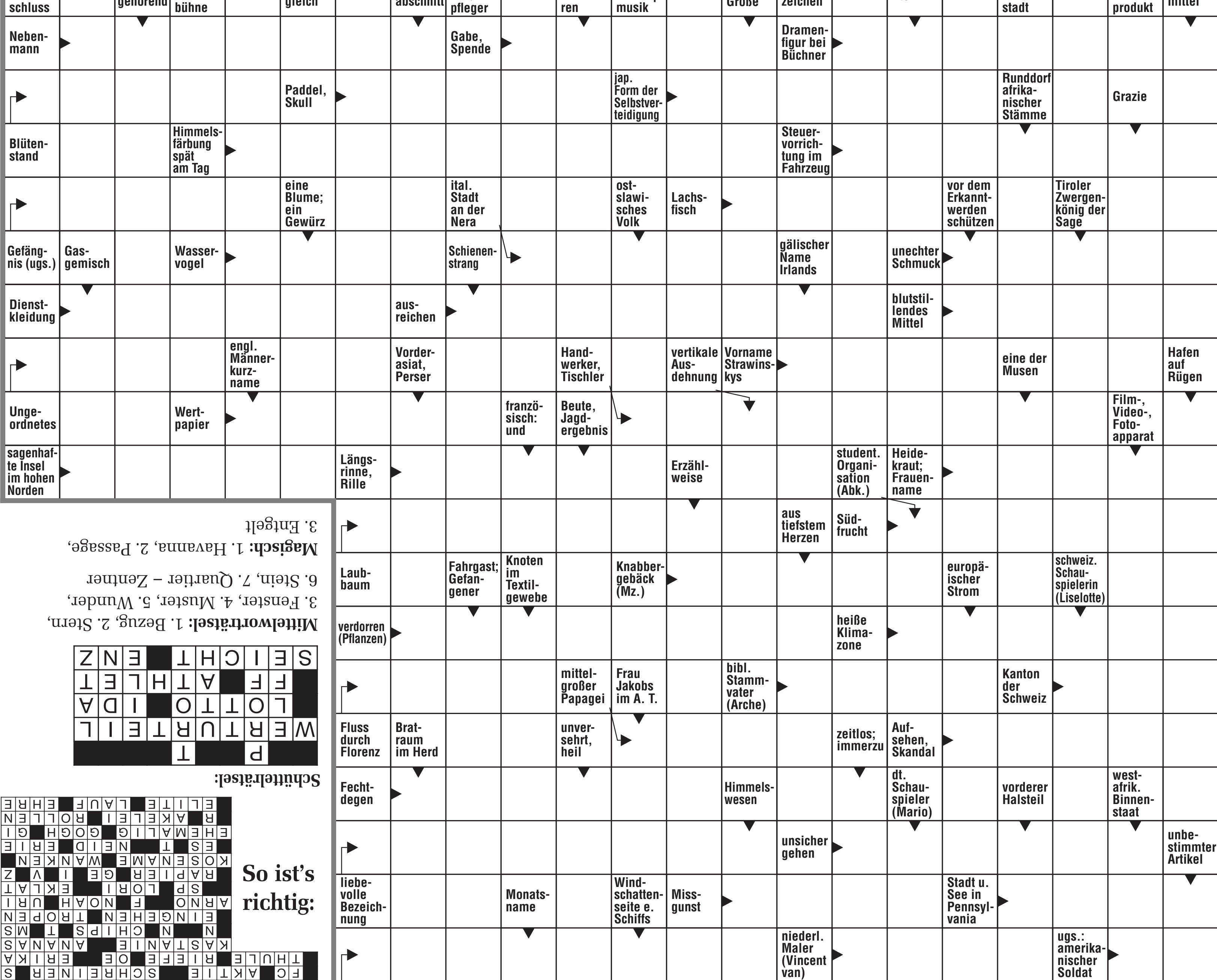
Fundgrube des Wissens

Das Buch „Der Kreis Lyck" ist rechtzeitig zum Weihnachtsfest im Preis gesenkt worden. Man kann es für 10 Euro erwerben, online oder schriftlich bei Michael Mader, Richard-Taylor-Straße 6, 28777 Bremen. E-Mail: heidi-mader@gmx.de.

Kreisgemeinschaft in Bad Pyrmont

Die erste Sitzung des neu gewählten Kreisausschusses der KG Lyck unter der Leitung der Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee fand am 11. und 12. Oktober im Ostheim in Bad Pyrmont statt. Neben Themen, wie die Nachbesprechung des Kreistreffens 2013, Planung des Kreistreffens 2014, redaktionelle Organisation des Hagen-Lycker-Briefes, Vorbereitung einer Präsentation beim Ostpreußentreffen 2014 in Kassel und die umfangreichen internen Verwaltungsaufgaben, wurde auch über die weitere Zukunft, bezogen auf eine mögliche Mitgliedschaft zur KG, gesprochen. Anschließend an diese arbeitsreiche Versammlung schloss sich das Treffen des Arbeitskreises „Mittlere Generation", unter Leitung von Heidi Mader, zu ihrer Herbstveranstaltung am 12. und 13. Oktober an. Der neue Vorstand der KG nutzte dieses Forum, um sich vorzustellen, im weiteren Verlauf wurde über den Stand der Vorbereitungen zum Seminar 2014 „Kulturelles gesellschaftliches Leben in Lyck" in Bad Pyrmont, vom 22. bis 23. März 2014, zum Ostpreußentreffen in Kassel, zum Hagen-Lycker-Treffen in Hagen und zur Herbstveranstaltung in Hamburg berichtet. Für die geplante Fahrt (7 bis 9 Tage) nach Masuren, in der Zeit vom 7. bis 20. Juni 2015 (Treffpunkt Warschau) wurde ein vorläufiges Programm aufgestellt und lebhaft diskutiert. Der Sonntagvormittag stand unter dem Motto: „Zeitzeugen berichten über das frühere Leben in Lyck". Hierzu hat Heinz Bartschies (Jahrgang 1924) einen fesselnden, mit Humor untermalten Beitrag, mit seinem persönlichen Lebenslauf von der Kindheit bis zu den An-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

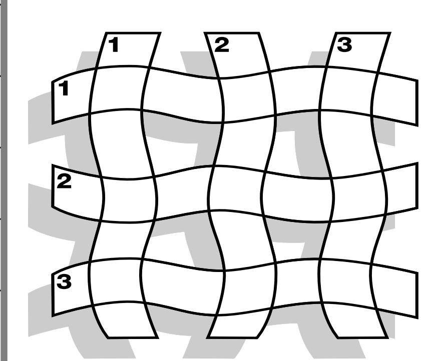
EEILR RTTUW	EEFL		FIOPR	AHTU		ORTTT	EEIL	DEIN	ALTZ
LOOTT						ADI			
CEHI ST			AEHL TT						
						ENZ			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung eine Gewichtseinheit.

Nr.	links	Mittelwort	rechts
1	BETT		SCHEIN
2	MORGEN		BILD
3	SCHAU		FLUEGEL
4	SCHNITT		SCHUELER
5	WELT		KERZE
6	EDEL		HART
7	HAUPT		MACHER

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Hauptstadt von Kuba
2 Durchfahrt, Überfahrt
3 Bezahlung

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 19

fängen der 50er Jahre, zum Besten gegeben. Alle Teilnehmer waren von dem harmonischen, sehr informativen Verlauf des Treffens angetan.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @arcor.de.

Kreistagssitzung in Soest

Am Vortag des Heimattreffens der Kreisgemeinschaften Elchniederung und Tilsit-Ragnit sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit traf sich der Kreistag der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit ebenfalls in Soest zu seiner diesjährigen Sitzung. Der Vorsitzende Dieter Neukamm wies in seinem Bericht auf das gelungene Heimattreffen 2012 in Halle und auf das „Deutsch-Russische-Forum“ hin, das in diesem Jahr in Duisburg stattfand. Des Weiteren berichtete er über das Patenschaftstreffen in Plön und das Regionalgespräch der drei Nachbarkreise, die Veranstalter der Heimattreffen sind.

Als Geschäftsführerin machte Eva Lüders darauf aufmerksam, dass auch im Jahr 2014 wieder zwei Reisen in die Heimat stattfinden werden. Die Heimatstube in Preetz werde gut besucht und fast täglich erhalte sie Anrufe von Familienforschern, deren Anfragen sehr viel Arbeit verursachen. Diese tue sie allerdings gern. Ein umfangreiches Zahlenwerk präsentierte Schatzmeister Helmut Subroweit. Er erläuterte, dass die Kreisgemeinschaft keine öffentlichen Mittel erhalte und sich nur aus den Spenden ihrer Mitglieder finanziere. Es sei daher wichtig, dass das Spendenaufkommen möglichst konstant bleibe. Den größten Ausgabeposten versursacht nach seinen Angaben der Heimatbrief „Land an der Memel“, der seit einigen Ausgaben aus Kostengründen zusammen mit dem „Tilsiter Rundbrief“ herausgegeben wird. Erfreulich sei, dass die Reisekosten halbiert werden konnten. Die Revisorinnen Edeltraud Zenke und Betty Römer-Götzelmann bescheinigten dem Schatzmeister eine tadellose Kassenführung, so dass einer Entlastung nichts im Wege stand.

In seinem Bericht über die Öffentlichkeitsarbeit wies Winfried Knocks darauf hin, dass in den beiden vergangenen Jahren über 50 Berichte zu etwa 20 Themen im Ostpreußenblatt erschienen seien. Auch auf der Internetseite der Kreisgemeinschaft seien Berichte veröffentlicht worden. Dieser Zweig der Öffentlichkeitsarbeit sollte noch ausgebaut werden. Aus den Berichten der Kirchspielvertreterinnen und Kirchspielvertreter wurde deutlich, dass Kirchspieltreffen im klassischen Sinne kaum noch möglich sind. Trotzdem gibt es natürlich noch Aktivitäten. Gerda Friz berichtete von jungen Leuten in der Patengemeinde Heikendorf, die sich für die Geschichte des Kirchspiels Großlenkenau interessieren. Auch der Heimatverein sei hier eingebunden. Martin Lipsch hat sich während seiner Zeit als Pfarrervertreter in Gumbinnen um die Erhaltung und Ausgestaltung der Kriegerdenkmäler in Großlenkenau und Hohensalzburg gekümmert. Katharina Willemer arbeitet daran, die vielen Ausstellungsstücke des Breitensteiner Museums langfristig zu sichern. Den persönlichen Kontakt zu den Mitgliedern des Kirchspiels Rautenberg hält Betty Römer Götzelmann aufrecht und Manfred Okunek sowie Walter Klink berichteten, dass sie mit den Mitgliedern ihrer Kirchspiele Ragnit und Schillen weiterhin Treffen durchführen.

Eine besondere Ehrung erfuhr Edeltraud Zenke, die mit ihrem Kirchspiel Sandkirchen auch regelmäßig Treffen durchgeführt hat und die Vertretung ihres Kirchspiels zum Jahresende abgibt. Dieter Neukamm sparte nicht mit Lob und Dank und wünschte ihr für die Zukunft alles Gute. Klaus Dieter Metschulat erhielt anlässlich seines 80. Geburtstages ein Buchpräsent. Auch ihm dankte der Vorsitzende für die langjährige Arbeit als Schatzmeister. Die nächste Kreistagssitzung wird im nächsten Jahr im Zusammenhang mit dem Deutschlandtreffen der LO in Kassel stattfinden.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Tempelhüter: Rückkehr trotz Hindernissen

Förderverein »Hilfe für Trakehnen e. V.« wirkte unermüdlich, bis Russen einlenkten

In einem Festakt der Regionalverwaltung Kaliningrad wurde am 29. September der vom Förderverein „Hilfe für Trakehnen e. V.“ beauftragte und finanzierte Bronzeabguss der historischen Tempelhüter-Statue von 1932 auf dem angestammten Sockel vor dem Landstallmeister-Haus enthüllt.

Anlässlich des 200-jährigen Bestehens des Hauptgestüts Trakehnen/Ostpreußen und dessen Verdienste für die Pferdezucht beauftragte die Preußische Gestütverwaltung Berlin den Bildhauer Prof. Reinhold Kuebart mit dem Guss der lebensgroßen Bronzestatue des Trakehner Hauptbeschälers Tempelhüter und machte diese dem Hauptgestüt 1932 zum Geschenk. Bis 1945 stand sie vor dem Landstallmeister-Haus und wurde dann von der Roten Armee nach Moskau verbracht, wo sie heute im Museum der Landwirtschaftlichen Akademie zu betrachten ist.

Der steinerne Sockel der Statue verblieb in Trakehnen und wurde als Ehrenmal besetzt mit einem Findling, in dem das Seitenprofil eines Stahlhelm tragenden Rotarmisten eingeschlagen war.

Seit 2007 bemühte sich Hagen Mörig, Gründer und 1. Vorsitzender des Fördervereins „Hilfe für Trakehnen e. V.“, durch Konsultationen mit dem Regierungsduo der Russischen Föderation Medwedjew und Putin um die Rückführung des Tempelhüters nach Trakehnen, [Jasnaja Poljana]. Ein Ortswechsel der Originalstatue war jedoch nicht verhandelbar. Es wurde ihm nach Vorlage von 11000 Petitionsunterschriften schließlich zugestanden, auf eigene Kosten eine Kopie gießen und in Trakehnen aufstellen zu lassen, wobei die Aufstellungsmodalitäten in die Zuständigkeit der Regionalregierung der Oblast Kaliningrad gelegt wurden. Die Schwierigkeiten eines Ortswechsels des Ehrenmals auf dem Sockel vor dem Landstallmeister-Haus konnte Mörig schließlich ausräumen und so stand der Aufstellung des zirka 40000 Euro teuren, aus Spenden finanzierten Abgusses nichts mehr im Wege.



Vor dem Landstallmeisterhaus: Kopie des Hengstes „Tempelhüter“ Bild: BvH

Unter großer Anteilnahme und erkennbarer Akzeptanz der Einwohner von Trakehnen, vielen angereisten deutschen Gästen, sowie Mandatsträgern der Regionalverwaltung, des Pferdesports und der Wirtschaft wurde die Enthüllung der Statue durch Bürgermeister Bilinski, Hagen Mörig und Dr. Kuebart, dem Großneffen des Bildhauers der Originalstatue, vorgenommen. Das sich anschließende, von der Bevölkerung und der Deutschen Schule Trakehnen liebevoll gestaltete Festprogramm schloss um 20 Uhr mit einem Höhenfeuerwerk über Trakehnen.

Möge dieses Licht Signal sein für den Aufbruch des kleinen Ortes Trakehnen in eine bessere und sich wirtschaftlich konsolidierende Zeit. *Burkhard von Henninges*

Museumsmarkt im Ostpreußischen Landesmuseum



Traditionelle Handarbeiten im OL

Sonnabend, 2., Sonntag, 3. November, 10 bis 18 Uhr, (Eröffnung: Freitag, 1. November, 19 Uhr, durch Oberbürgermeister Ulrich Mädge): Anspruchsvolles Kunsthandwerk, kulinarische Köstlichkeiten, Spaß und Geselligkeit für Jung und Alt bietet der Museumsmarkt „Tradition und Moderne“. Für viele Lüneburger gilt der über die Grenzen hinaus beliebte Markt als Beginn einer stimmungsvollen Adventszeit in der beschaulichen mittelalterlichen Stadt. 30 Aussteller präsentieren ihre aktuellen Arbeiten, erzählen über die Geschichte ihres Handwerks und zeigen Vorführungen. Der Fokus liegt auf dem östlichen Europa. Die Besucher können gewebtes Tischleinen aus Lettland erwerben sowie baltischen Bernsteinschmuck aus Polen und Litauen, Originelles aus der Rigaer Seifenmanufaktur, Rügener Glaskunst und Spielzeug aus dem Erzgebirge. Hilfsprojekte für Fraueninitiativen im Königsberger Gebiet, präsentieren wieder in Mode gekommene gestrikkte und gestickte Handarbeiten. Zudem wird mit ostpreußischen Webarbeiten eine alte Tradition vorgeführt und bewahrt.

Kunstliebhaber, Sammler und Kenner hochwertiger künstlerischer Keramik können wahre Museumsstücke erwerben. Erleben Sie eine vielseitige Mischung, die für jeden Geschmack und alle Generationen Interessantes verspricht. Im Obergeschoss können Kinder mit Stoffdruck und Aquarellmalerei unter Anleitung unseres museumspädagogischen Teams kreativ werden. Köstlichkeiten wie duftende Pfefferkuchen, handgemachte Pralinen und Königsberger Marzipan werden angeboten. Frische Kartoffelpuffer (nur am Sonntag), deftige Kartoffelsuppe der Lüneburger Landfrauen, Torten und selbstgebackene Kuchen der Museumsmitarbeiter sorgen für eine genussvolle Pause im Marktcafé.

Statt Tombola haben sich die ehrenamtlichen Mitarbeiter des Museums in diesem Jahr ein Karten-Gewinnspiel ausgedacht. Der Erlös geht an den Museums-Kinderclub. *OL*

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7599-50.

Trab, Galopp und Gänsemarsch

Pferde mit Intelligenz gesucht und gefunden – Beim Trakehner Hengstmarkt in Neumünster traf Reitsport auf Kommerz und Show

Der Star des Abends hieß „Diestelzar“. Das Pferd, das vor einigen Jahren den Spitzenpreis von 600 000 Euro erzielte, wurde zum Trakehner-Hengst des Jahres gekürt. Aber auch sonst fanden die Pferdefreunde die Trakehnershow in Neumünster spitze.

„Yes, yes, yes“, ertönte es aus einer hinteren Reihe in der Reitarena. Der Freudenschrei galt einem erfolgreichen Gebot für das Trakehnerfohlen „High Spirit“, das für 5500 Euro den Besitzer wechseln wird. Für Kari Montgomery hat sich die lange Anreise nach Neumünster jetzt schon bezahlt gemacht. Ganz aus Kanada ist die Pferdeliebhaberin angereist, um in den Holstenhallen ein Nachwuchspferd zu ersteigern.

Zu Hause in London/Ontario hat sie bereits eine stattliche Anzahl Trakehner stehen. Sie seien gute Turnierpferde und leicht zu reiten, sagt sie. „High Spirit“ wird noch bis zum Alter von drei Jahren in Deutschland bleiben, ehe das Jungtier die Reise nach Übersee antreten wird.

Auch sonst waren beim 51. Trakehner-Hengstmarkt viele Bieter auch aus dem Ausland vertreten. Mit 250 000 Euro griff ein Holländer für den gekörten Siegerhengst „Kissinger“ am tiefsten in die Tasche. Alexandra Gräfin Dohna, aus deren Zucht der Hengst entsprang, strahlte sichtlich vor Freude, schnappte sich die Zügel, pfiff auf ihre 79 Jahre und ging munteren Schrittes mit „Kissinger“ auf die Ehrenrunde.

Der Durchschnittspreis von 67 400 Euro für zehn gekörte und 8700 Euro für 20 nicht-gekörte Hengste, die zum Verkauf standen, stellte den Trakehner-Verband indes nicht voll zufrieden. Man hatte sich mehr erwartet. So kam es, dass diesmal auch bei der Stutenauktion viele nicht auf das Anfangsgebot von 10 000 Euro einsprangen und die Pferde keine Käufer fanden.



Stillgestanden für einen Siegerschimmel: Preisverleihung bei der Gala (oben). Im Gänsemarsch: Tiertrainerin Anne Krüger mit ihren Pferden, Hunden und Gänsen (unten links). Der neue Außenminister: „Kissinger“ mit Besitzerin Gräfin Dohna (rechts unten) Bilder: tws (2), Trakehner-Verband

Abgesehen vom schwächelnden Umsatz gab es in Neumünster wenig zu klagen. Die Freunde der ostpreußischen Pferdezucht waren froh, sich wieder zu sehen, Erfahrungen auszutauschen und sich im Wettkampf zu messen. Tatsächlich fand im Rahmen des Hengstmarktes ein hochkarätiges Dressurchampionat statt. Von acht Startern wurde bei der Gala das Finale der zwei besten ausgetragen. Dabei trafen mit Dorothee Schneider und Helen Langehanenberg zwei Teamkolleginnen aufeinander, die letztes Jahr bei den Olympischen Spielen in London Mannschaftssilber in der Dressur gewannen. Bei der jetzigen Einzelkonkurrenz zeigten die beiden die hohe Schule der Reitkunst. Vom starken Trab ging es nahtlos in die Passage über, dann der Übergang in die Traversale mit anschließender Piaffe gefolgt vom Galoppwechsel und der kreisrunden Pirouette – Dressurfreunde schnalzten mit der Zunge. Am Ende hatte Langehanenberg mit ihrer Trakehnerstute Cote d'Azur knapp die Nase vorn.

Weiteres sportliches Kräftemessen war eher von heiterer Natur. Beim Stafetten-Springen traten Zweier-Teams gegeneinander an, die beim Hürdenspringen gegen die Zeit – und gegen die Schwerkraft anreiten mussten. Unfreiwillige Ausstiege aus dem Sattel blieben bei der Übergabe der Reitgerte als Staffel-„Stab“ nicht aus.

Bei dem Kutschrennen mit Zwei- und einem Vierspänner wurde bei den rasanten Kurvenfahrten so viel Staub aufgewirbelt, dass die Gewinner am Ende gar nicht mehr auszumachen waren. Dass es viele Möglichkeiten der Unterhaltung gibt, die Mensch und Tier gleichermaßen Spaß bringen, zeigte eine „New Yorker“-Verbrecherjagd. Vor einer Kulisse mit Freiheitsstatue, einem Wolkenkratzer und gelben Papptaxis begaben sich elektrische Polizeireiter auf die Suche nach einem entflohenen Häftling. Actionkino ist nichts gegen diese rasante Reiterchoreografie. Stiller Kontrast dieser abwechslungsreichen Gala war der Auftritt von Tiertrainerin Anne Krüger, die eine von vier Hunden angetriebene Schar Gänse über einen Parcours laufen ließ. Während sie ihr Pferd und eine Elevin ihr Pony zirkusreife Akrobatiknummern vollführten, ließ „Schäferin“ Krüger ihre Kommandos nur über eine Hundepfeife ertönen.

Nicht allein deswegen stand die Trakehnershow ganz im Zeichen der Harmonie von Mensch und Tier. Wenn man bei den Tieren Takt und Schwung, Geschmeidigkeit des Ganges und Versammlung beim Trab erzielen möchte, braucht es viel Verständnis der Pferdeseele. Wolf Lahr, der Vorsitzende des Pferdezuchtverbandes Sachsen-Thüringen, lobte bei der Sprungkonkurrenz denn auch die Lernbereitschaft der Trakehner: „Es sind Pferde mit Intelligenz und Pferde mit Reflexen. Ostpreußen“ – und damit meinte Lahr die Trakehner – „Ostpreußen können nur mit Herz und Intelligenz springen.“

Dass sie auf internationalen Turnieren erfolgreich sind, zeigt die Auswahl der Vielseitigkeitspferde, die an dem Abend präsentiert wurde. Von den Top 20 in der Welt ist nahezu jedes dritte Pferd ein Trakehner. Kari Montgomery aus Kanada schätzt auch den Vielseitigkeitssport, will ihr neues Fohlen aber zu nichts zwingen: „Der junge Ostpreuße soll es später bei uns einfach nur gut haben.“ *Harald Tews*

Es wird wieder an der (Bio-)Uhr gedreht

Ab Sonntag dürfen wir eine Stunde länger schlafen. Die Winterzeit beginnt – mit gewissen Nebenwirkungen für den Stoffwechsel

Alle Lebewesen verfügen über sogenannte „innere Uhren“, die die Körperfunktionen rhythmisch steuern. Dieser genetisch vorgegebene Mechanismus synchronisiert sich dabei mit der Umwelt – das Sonnenlicht ist der wichtigste „Zeitgeber“. Innere Uhren haben einen „vorausschauenden“ Charakter, das heißt, der Organismus „weiß“ bereits nachts, was am nächsten Morgen mit seinen Körperfunktionen passieren wird. Damit kommt den „inneren Uhren“ eine ganz wesentliche Rolle für eine der äußeren Umwelt angepassten zeitlichen Strukturierung der Körperfunktionen zu: Sie helfen allen Lebewesen, sich besser an die Umwelt anzupassen – und damit, besser zu überleben.

> Russland hat sich von der Zeitumstellung schon verabschiedet

Alle Stoffwechselvorgänge im Körper sind also aufeinander abgestimmt und genau getaktet.

Kommt es nun zu einer Zeitverschiebung im Außen durch einen Wechsel der Normalzeit in die Sommerzeit, gerät unser soeben geschilderter Biorhythmus ganz empfindlich aus dem Tritt. Wie die Wissenschaftler in der Ausgabe der Fachzeitschrift „Current Biology“ berichten, unterbricht die Zeitumstellung abrupt die Anpassung der inneren Uhr an die jahreszeitlich bedingte Varianz des Tag-Nacht-Wechsels und erlaubt ihr im Herbst erst viel zu spät diese wieder aufzunehmen. „Da die Inneren Uhren biologische Nervenstrukturen sind, lassen sie sich nicht umstellen wie eine Armbanduhr“, erläutert Björn Lemmer, Direktor des Instituts für Pharmakologie und Toxikologie an der Fakultät für Klinische Medizin Mannheim. Unsere innere Uhr gerät durch diese Umstellung im Außen unmittelbar aus dem Rhythmus und dem Gleichgewicht, und mit ihr unsere einzelnen Organzyklen.

Als Erstes zu merken sind die negativen Auswirkungen der Zeitumstellung für alle von uns im Bezug auf unseren Schlaf-Wach-Rhythmus. Bei der Umstellung im Frühjahr von der normalen Zeit auf die Sommerzeit wird die Uhr um eine Stunde vorgestellt. Das bedeutet: Stehen wir normalerweise am Morgen um sieben Uhr auf, ist jetzt es eigentlich erst sechs Uhr. Die Ausschüttung des Melatonin hat sich noch nicht umgestellt. Der Glukokortikoidspiegel ist niedrig. Unser Blutdruck und unsere Pulsfrequenz sind im Dunkel-Rhythmus. Uns fehlt die eine Stunde Schlaf. Wir sind müde, unkonzentriert und fühlen uns schlapp. Abends dagegen fühlen wir uns fit, obwohl es 23 Uhr ist und wir normalerweise um diese Zeit schlafen gehen. Aber unsere innere Uhr weiß genau: Es ist erst 22 Uhr.

Doch die geschilderten Schlafstörungen bilden nur eine der vielzähligen Folgeerscheinungen. Till Rönneberg, Professor am Institut für Medizinische Psychologie der LMU München, berichtet in seiner Chronobiologen-Studie von weiteren gesundheitlichen Auffälligkeiten im Zusammenhang mit der Zeitumstellung, wie zum Beispiel ein deutlicher Anstieg an depressiven Verstimmungen, Schwankungen der Herzfrequenz, Konzentrationsschwäche, Gereiztheit, Appetitlosigkeit und Verdauungs-



Zeit für Winter: Am 27. Oktober müssen die Uhren wieder um eine Stunde zurückgestellt werden (Bild: action press)

problemen. „Das Argument, bei der Zeitumstellung handle es sich ‚nur‘ um eine Stunde, trügt, so Rönneberg. „Wir waren selbst überrascht, wie stark die Effekte sind. Es ist durchaus denkbar, dass die Zeitumstellung langfristig weit größere Auswirkungen hat als bisher geglaubt.“

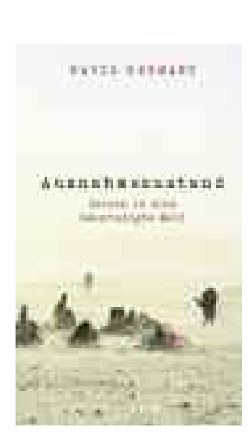
Herausgefunden wurde von den Forschern unter anderem, dass sich die innere Uhr mit Hilfe des Tageslichts an den 24-Stunden-Rhythmus der Umwelt anpasst und dieses sogenannte Entrainment außerordentlich exakt läuft. Besonders wichtig ist dabei die Dämmerung, also der Wechsel von Tag und Nacht. Unser Schlafverhalten passt sich sogar dem zeitlichen Fortgang der Dämmerung von Osten nach Westen innerhalb einer Zeitzone an.

„Die innere Uhr passt sich auch genau an die saisonalen Veränderungen der Morgendämmerung an“, berichtet Rönneberg. „Im Winter ist sie auf spät, im Sommer auf früh gestellt. Diese minutiöse Anpassung wird jedoch durch die Zeitumstellung empfindlich gestört.“ Ferner gilt es zu bedenken: „Ganz generell darf man auch kleine Veränderungen in einem biologischen System nicht unterschätzen. Sie scheinen aus menschlicher Sicht trivial und haben dennoch – in größerem Zusammenhang gesehen – dramatische Auswirkungen.“

In vielen Arztpraxen klagen die Patienten nach der Zeitumstellung vermehrt über Symptome wie Müdigkeit, Leistungsschwäche, eine erhöhte Infektanfälligkeit und eine allgemeine Antriebsschwäche. Speziell bei den weiblichen Patienten, die keine hormonellen Kontrazeptiva einnehmen, setzt durch die zweimalige Uhrzeitverschiebung bedingt die nächsten Folgemonate die Menstruation bis zu zehn Tagen später ein. Diese Zyklusverschiebung kann bis zu drei Monaten andauern. Des Weiteren tritt bei sehr vielen Frauen die Menopause früher ein.

Statistiken aus anderen medizinischen Quellen belegen, dass durch die Zeitumstellung zwischen achteinhalb und zwölf Prozent mehr Menschen einen Arzt aufsuchen, wobei die Anpassung an die Sommerzeit besonders schwierig ist. Die Einnahme von Schlafmitteln und Antidepressiva steigt in dieser Zeit deutlich an. Aufgrund von chronischer Müdigkeit steigt in den Wochen nach der Zeitumstellung die Unfallhäufigkeit im Straßenverkehr, am Arbeitsplatz sowie im privaten Bereich.

Eine schwedische Studie sowie Krankenhausdaten der Deutschen Angestellten-Krankenkasse (DAK) belegen den Zusammenhang zwischen der Umstellung von der Normalzeit auf die Winter- oder Sommerzeit und einem 25 Prozent erhöhten Herzinfarkt-Risiko. Andere Länder wie zum Beispiel Russland haben nun bereits reagiert und seit Ende Oktober 2012 wieder die ganzjährige Beibehaltung der Normalzeit beschlossen. Die Verordnung der Zeitverschiebung bringt nachweislich negative Folgen mit sich. *Hubertus Hilgers*



Überall Widersprüche

Reportagen aus Krisenländern

Der syrische Schuster hatte den Reporter auf gefährlichen Wegen in die Reste seines zerbombten Hauses geführt und ihm seine Sicht des Bürgerkrieges erläutert. „Jeder einzelne hier wird dir tausend Wahrheiten sagen", sagt er. Was der Autor Navid Kermani hier in Damaskus hört, vernahm er auch in allen Staaten, die er in den vergangenen Jahren bereist hat: Es ist der für westliche Leser oft schwer begreifbare Tatbestand, dass eine Sache richtig ist und ihr Gegenteil genauso, dass ein Feind zugleich ein Beschützer sein kann, ein Fundamentalist ein tolerantes Gegenüber, ein Feind des Westens zugleich Nutznießer westlicher Hilfe.

Der 1967 in Deutschland als Sohn iranischer Eltern geborene Kermani – er ist deutscher und iranischer Staatsbürger sowie Muslim – hat sich als Orientalist und Journalist sowohl in der Wissenschaft als auch als Reporter für renommierte Zeitungen längst einen Namen gemacht. In beiden Bereichen hat er mehrere Preise für seine wissenschaftlichen Arbeiten und für seine sensiblen Reportagen aus dem Nahen und Mittleren Osten erhalten. Wie der große polnische Journalist Richard Kapuscinski, der Schriftsteller Hans Christoph Buch oder der Afrika-Kenner Bartholomeus Grill gehört er zu den relativ wenigen deutschen Autoren, die aus profunder Landes- und Sprachkenntnis, mit Sensibilität für Themen und Stilempfinden viel genauer berichten, als es normalerweise in den gängigen Nachrichtensendungen der Fall ist.

In „Ausnahmezustand" sind Berichte aus Indien, Pakistan, Afghanistan, Syrien, Palästina und aus dem Iran enthalten, ergänzt um eine Reportage aus dem Camp für afrikanische Flüchtlinge auf Lampedusa. Zu Indien: Das Elend der Bauern, kaum Bildungschancen für die meisten Menschen stehen obszön zur Schau gestellter Reichtum und ruinöse Korruption gegenüber. Diese Extreme spalten das Land. Pakistan: Die Eskalation der politischen und religiösen Gegensätze hat zu einem „Krieg gegen die eigene Kultur" geführt. Afghanistan: Fortschritte gibt es in der Tat, aber letztlich verpuffen doch alle Bemühungen der Nato um stabilere Friedenssicherung. Palästina: Die Menschen versinken in Hoffnungslosigkeit. Hier jedoch versagt Kermanis Bemühen um Objektivität: „Es ist mir auf dieser Reise nicht mehr gelungen, Beobachter zu bleiben. Mir ist das Verständnis verlorengegangen. Für mich als Autor ist das eine Kapitulation."

Interessanter Blick auf Syrien, Iran und Co.

In Teheran nimmt Kermani als einziger westlicher Reporter an den Massendemonstrationen gegen die Präsidentenwahl im Juni 2009 teil. Sein Fazit: Gegen den „gewaltigen und gewaltbereiten" Sicherheitsapparat hatte die Opposition nie eine Chance. In Kaschmir hat der jahrzehntelange Konflikt zwischen Indien und Pakistan nur noch den einen Wunsch zur Folge: Frieden, Frieden, Frieden. Und so geht es mehr oder weniger in allen bereisten Länder.

Liest man diese bei aller Düsternis glänzend geschriebenen Texte, ist man doch ein wenig sicherer in der Orientierung. Was Kermani nach einem Besuch in einer pakistanischen Moschee an den Gläubigen ausmacht, gilt letztlich auch für den hiesigen Leser: „Es ist jene Fähigkeit, an ein und demselben Ort Widersprüche, ja die größtmöglichen Gegensätze zu ertragen und sogar für selbstverständlich zu halten." Dafür zumindest schult dieses Buch. *Dirk Klose*

***Navid Kermani: „Ausnahmezustand. Reisen in eine beunruhigte Welt"**, Verlag C.H. Beck, München 2013, 253 Seiten, 19,95 Euro*



Voller Klischees

Darstellung der Befreiungskriege mit Seitenhieben gegen Preußen

Das Volk steht auf, der Sturm bricht los", schrieb Theodor Körner Anfang 1813. Doch lässt sich die Wirklichkeit dieses Jahres, in dem sich das weitere Schicksal Deutschlands entschied, tatsächlich auf diesen einfachen Nenner bringen? Nein, meint der Bonner Germanist Arnulf Krause, und verweist darauf, dass es während der Befreiungskriege gegen Napoleon kein einfaches Schwarz oder Weiß gab, denn immerhin kämpften ja auch viele Deutsche auf Seiten des französischen Aggressors. Deshalb kann nur eine facettenreiche Darstellung des Kampfes gegen Napoleon und für die Idee der deutschen Nation den komplexen Vorgängen vor 200 Jahren gerecht werden – und genau so eine Darstellung möchte Krause liefern, indem er sich dabei stark auf zeitgenössische Augenzeugenberichte stützt.

Das Buch beginnt mit „Deutschland in seiner tiefen Erniedrigung" (so der Titel einer bekannten antifranzösischen Schrift von 1806), hervorgerufen infolge der Sprengung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation durch die süd- und westdeutschen Fürsten, welche sich Napoleon aus Angst oder Egoismus zu Füßen geworfen hatten und dabei vielfach auch die Zustimmung ihrer Untertanen genossen, die die neuen Verhältnisse „charmant" fanden, wie ein irritierter Beobachter 1808 notierte. Ebenso widmet sich Krause natürlich der Rolle Preußens, das nach anfänglichen Irrungen und Niederlagen zum Bewusstsein seiner Stärke zurückfand.

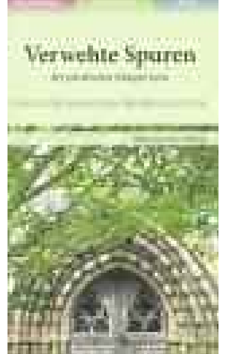
Deutscher Patriotismus missfällt dem Autor offenbar

Deutlich weniger Aufmerksamkeit schenkt der Nichthistoriker hingegen dem Thema der Reformen, welche auf Druck Napoleons zustande kamen. Stattdessen beschreibt er ausführlich den Prozess der erneuten Selbstfindung der deutschen Nation nach dem Desaster von 1806 im Angesicht des territorialen Flickenteppichs, der hierdurch entstanden war. Dabei kann Krause es sich nicht verkneifen, immer wieder politisch korrekte Seitenhiebe gegen die Ideologen der Befreiungskriege zu verteilen: Diese hätten „pseudowissenschaftlich" und „martialisch" argumentiert sowie dumpfe „Deutschtümelei" betrieben. Und auch „Deutschlands romantische Freiheitshelden", wie die Freikorpsführer Ferdinand von Schill und Ludwig Adolf Wilhelm von Lützow, kommen ausnehmend schlecht weg.

Im letzten Drittel des Buches geht es dann um die rasante militärisch-politische Entwicklung zwischen Napoleons Russlandfeldzug von 1812 und dem Wiener Kongress von 1814/15, der die Nachkriegsordnung nach dem finalen Sieg über den Korsen regeln sollte. Und wieder ist davon die Rede, dass sich der deutsche Patriotismus „austobt". Desgleichen lässt der Autor allerlei Spitzen gegen Preußen los. Außerdem wird dann noch an der Nachkriegsordnung gemäkelt: „Obwohl Napoleons Herrschaft Züge einer Militärdiktatur getragen hatte", solle man doch auch beachten, was unter seiner Ägide an Grundrechten und persönlichen Freiheiten verwirklicht worden sei, und die französischen Satellitenstaaten auf deutschem Boden mit dem „obrigkeitlichen System" vergleichen, das der Wiener Kongress hervorgebracht habe.

Diesem sicherlich nicht allgemein konsensfähigen Fazit folgt dann abschließend noch ein angeblich „kluger" Vergleich von Heinrich Heine, in dem das deutsche Nationalgefühl herabgewürdigt wird und die napoleonischen Eroberungskriege sowie auch die Gewalttaten während der Französischen Revolution eine naive Verharmlosung erfahren: „Der Patriotismus des Franzosen besteht darin, dass sein Herz erwärmt wird, durch diese Wärme sich ausdehnt, sich erweitert, dass es nicht mehr bloß die nächsten Angehörigen, sondern ganz Frankreich, das ganze Land der Zivilisation mit seiner Liebe umfasst; der Patriotismus des Deutschen hingegen besteht darin, dass sein Herz enger wird, dass es sich zusammenzieht, wie Leder in der Kälte, dass er das Fremdländische hasst, dass er nicht mehr Weltbürger, nicht mehr Europäer, sondern nur ein enger Deutscher sein will." Was für ein Klischee! *Wolfgang Kaufmann*

***Arnulf Krause: „Der Kampf um Freiheit. Die Napoleonischen Befreiungskriege in Deutschland"**, Theiss Verlag, Stuttgart 2013, geb., 353 Seite, 26,95 Euro*



Sie dienten Königin Luise

Literarischer Reisebegleiter führt zu Menschen, die der Monarchin nahestanden

Man kennt es von Kinofilmen, aber auch von Büchern: Ist etwas ein Erfolg, so gibt es oft eine Fortsetzung. Doch zu oft ist diese nicht so gut wie das Original. Dies gilt leider auch für die Fortsetzung des literarischen Reisebegleiters „Auf dem Königin-Luise-Weg von Berlin ins mecklenburgische Hohenzieritz". War der erste Band informativ und zu Herzen gehend, so ist „Verwehte Spuren der preußischen Königin Luise" in der Umsetzung leider nicht gleichermaßen gelungen.

Obwohl die Idee, auf der die Fortsetzung beruht, durchaus Potenzial bietet. Und zwar beleuchtet Hans-Joachim Nehring, einer der wohl größten lebenden Verehrer der preußischen Königin Luise, die 1810 im Alter von nur 34 Jahren verstarb, Orte, die in Beziehung zu Menschen stehen, die der Mutter von Kaiser Wilhelm I. nahestanden. Auch die Personen, die der Autor für seinen kreativen Reiseführer ausgesucht hat, sind durchaus der Erwähnung wert. So stellt er das Gut Groß Gievietz bei Waren vor, den Sommersitz von Sophie Marie Gräfin von Voß. Diese wurde mit 64 Jahren Oberhofmeisterin der damals 17-jährigen Kronprinzessin Luise von Preußen und begleitete diese sogar auf ihrer Flucht vor Napoleon nach Ostpreußen. Pasewalk und Stralsund bieten Anlass, um auf Ferdinand von Schill zu sprechen zu kommen, Neuhardenberg führt zu Karl August Fürst von Hardenberg und Berlin zu dem Leibarzt der Königin, Christoph Wilhelm Hufeland.

Doch das Konzept, das beim „Königin-Luisen-Weg" in sich stimmig war, wirkt bei der Fortsetzung erzwungen. Zudem springt der Autor zu oft zwischen dem Ort, den er gerade beschreibt, und dem Lebenslauf der damit in Verbindung gebrachten Person hin und her. Auch verliert er manchmal sein Hauptmotiv, nämlich die Beziehung zu Königin Luise, aus dem Blick. Bei von Hardenberg beispielsweise braucht er vier Seiten bis er darauf zu sprechen kommt, was dieser mit der Monarchin zu tun hatte. Auch wäre es schön gewesen, wenn der Autor deutlich mehr aus Briefen von Königin Luise an die Porträtierten zitiert hätte, damit dem Leser die Bedeutung der Beziehung, aber auch der Charakter der gebürtigen Prinzessin zu Mecklenburg-Strelitz deutlicher werden. *Bel*

***Hans-Joachim Nehring: „Verwehte Spuren der preußischen Königin Luise. Ein literarischer Reisebegleiter"**, Spica, Neubrandenburg 2013, broschiert, 56 Seiten, 3,90 Euro*



Inzwischen gründlich assimiliert

Obwohl gut 20 Prozent der US-Amerikaner deutsche Wurzeln haben, ist davon wenig zu spüren – Eine Spurensuche

Rund 60 Millionen Amerikaner, etwa 20 Prozent der Bevölkerung, geben an, Nachkommen der bis zu sechs Millionen Deutschen zu sein, die seit dem späten 17. Jahrhundert in Nordamerika eine neue Heimat suchten und fanden. Zwar ist die Kultur der Deutschen in den USA, die eine der größten Gruppen von Einwanderern bildeten, kaum noch präsent, und die „Little Germanys" in US-amerikanischen Städten existieren nicht mehr, aber zahlreiche Orte mit Namen wie Holstein, Munster, Hanover und Westphalia zeugen von Gründungen deutscher Siedler. Auch beruhen einige epochemachende Errungenschaften, die als „echt amerikanisch" gelten, auf den Erfindungen und Leistungen deutscher Einwanderer und ihrer Nachfahren. Am bekanntesten sind das Flugzeugbauunternehmen Boeing und die von dem Franken Löb „Levi" Strauss 1873 kreierten Bluejeans. „Tannenbaum" und „Kindergarten" sind Kulturgüter, die erst durch deutsche Einwanderer in Nordamerika populär wurden, wer hätte aber gedacht, dass der angeblich uramerikanische Santa Claus auf die Karikatur eines Pfälzers aus Landau zurückgeht?

Aufwendig gestalteter Text- und Bildband

Der nicht zu unterschätzenden Herausforderung, eine kompakte Gesamtdarstellung der deutschen Einwanderung in die USA zuwege zu bringen, hat sich der 1976 geborene Historiker und Buchautor Alexander Emmerich gestellt, und ihm ist damit ein großer Wurf gelungen. Sein aufwendig gestalteter Text- und Bildband mit dem Titel „Die Geschichte der Deutschen in Amerika. Von 1680 bis zur Gegenwart" umfasst gut zu lesende, in sich geschlossene Texte und Abschnitte. Beigegeben ist ein wahrer Schatz von sorgfältig ausgewählten Fotos, Grafiken und Schriftstücken, die perfekt mit dem Inhalt abgestimmt sind. Mit dem Buch schließt sich eine Lücke, da nun zu dieser Thematik eine wissenschaftlich fundierte und zugleich allgemein verständliche Übersicht vorliegt, die auch das mittlerweile stark ausgeprägte Bedürfnis der meisten Leser nach vielen Bildern befriedigt.

Der Autor ist ein ausgewiesener Kenner der Geschichte der USA. Er promovierte über den Deutsch-Amerikaner John Jacob Astor (1763–1848), nach dem das berühmteste Hotel der Welt benannt ist, das New Yorker Waldorf Astoria. Mit seiner märchenhaften Karriere verkörperte Astor das Urbild für eine erfolgreiche Einwanderung, doch seine rasche Amerikanisierung war, wie Emmerich hervorhebt, eher untypisch für Einwanderer. Während im ersten Teil des Buches die Siedlungsgeschichte der Deutsch-Amerikaner abgehandelt wird, stehen im nächsten Teil die Arbeitswelt und das Vereinsleben der Deutschen und Deutschstämmigen in den USA im Mittelpunkt. Anschließend folgen ein „Ausblick ins 20. und 21. Jahrhundert" und zuletzt eine kurze „Erinnerung an Deutsch-Amerika".

Überwiegend verließen deutsche Auswanderer ihre Heimat aufgrund von religiöser Verfolgung, Armut und politischer Verfolgung. Nach der Gründung von Germantown in Pennsylvania durch 13 deutsche Familien im Oktober 1683 blieb im 18. Jahrhundert die von dem Quäker William Penn gegründete Kolonie weiterhin das Hauptziel der deutschen Neusiedler. Erst die zweite Generation der deutschen Einwanderer fand den Weg nach Maryland, Delaware und Ohio. In

Erste Siedler waren religiös Verfolgte

die Gegenden im Süden Nordamerikas, wo Sklaven gehalten wurden, zog es nur wenige Deutsche. Im 19. Jahrhundert gelangten bis zu fünf Millionen Deutsche über die Auswandererhäfen Bremen und Hamburg in die USA. Die meisten siedelten sich im Mittleren Westen an. Nach 1893 versiegte der Einwandererstrom aus Deutschland in die USA, und „ohne neue Impulse versandete die deutsch-amerikanische Kultur allmählich".

Viele Deutsch-Amerikaner bekundeten ihren Patriotismus für die neue Heimat, indem sie im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg (1775–1783) und im amerikanischen Bürgerkrieg (Sezessionskrieg, 1861–1865) mitkämpften. Der angesehenste Deutsch-Amerikaner der Revolutionsepoche war General Friedrich Wilhelm von Steuben (1730–1794), ein preußischer Offizier, der unter General George Washington im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg diente. Natürlich geht der Autor auch ausführlich auf die Steuben-Parade ein, die seit 1957 jährlich im September in der New Yorker 5th Avenue stattfindet.

Wenn es an diesem Buch etwas zu bemängeln gibt, dann die zu kurz gekommenen Ausführungen über die Rolle der Deutschen im Vernichtungskrieg gegen die indianischen Ureinwohner. *Dagmar Jestrzemski*

***Alexander Emmerich: „Die Geschichte der Deutschen in Amerika. Von 1680 bis zur Gegenwart"**, Fackelträger, Köln 2013, gebunden, 240 Seiten, 14,95 Euro*

Birgit Kelle
Dann mach doch die Bluse zu
Ein Aufschrei gegen den Gleichheitswahn



In Deutschland wird heftig diskutiert: über Frauenquote, Krippenplätze, Sexismus, über die Gleichstellung von Mann und Frau. Der eigentliche Skandal ist aber, dass diejenigen, die zu Hause bleiben und unsere Kinder erziehen, die Dummen sind. Warum eigentlich? Es ist doch das gute Recht jeder Frau, ihr Leben so zu leben, wie sie es glücklich macht. War der Feminismus nicht einst genau dafür eingetreten? Auf dem Weg der gleichen Rechte ist etwas verlorengegangen. Nämlich die Freude, einfach Frau zu sein. Dieses Buch ist eine Ermutigung für alle Frauen, die es gerne sind, es zeigen und das auch nicht ständig rechtfertigen müssen. Für Mütter, die gerne Mütter sind und die berufliche Laufbahn hinten anstellen. Sie alle haben in Deutschland keine echte Lobby. Es ist höchste Zeit, gegen den Gleichheitswahn aufzustehen. „Es gibt hunderttausende Frauen wie mich in diesem Land. Frauen, die gerne Frauen sind, es gerne zeigen und das auch nicht ständig diskutieren müssen. Und Mütter, die gerne Mütter sind. Sie alle haben in Deutschland keine Lobby. Für sie ist dieses Buch. Als Bestätigung: Lasst euch nicht von eurem Weg abbringen, es ist gut und richtig, was ihr tut. Ihr dürft das! Und hört endlich auf, euch ständig zu rechtfertigen."

Birgit Kelle, Geb., 224 Seiten, Best.-Nr.: 7258

€ 17,99



statt € 19,00 nur € 12,95

Siegfried Henning
Krieg frisst Heimat auf
Lebenserinnerungen eines Ostpreußen, Kartoniert, 416 S. mit einigen s/w. Abb.
Best.-Nr.: 3372

Ostpreußen-Wappen-Schlüsselanhänger



Schlüsselanhänger
mit dem Ostpreußenadler. Emaillierte Oberfläche.
Best.-Nr.: 6800, € 4,95

Memelland-Schlüsselanhänger



Mit den Farben und dem Wappen der Stadt Memel
Best.-Nr.: 7111, € 4,95

Preußen-Schirmmütze



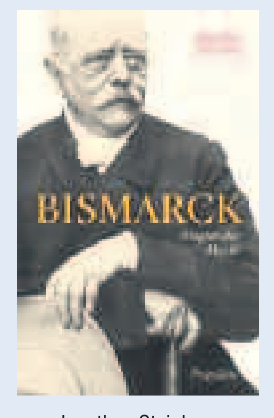

Preußen-Schirmmütze
dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß
Best.-Nr.: 7124, € 14,95

Ostpreußen-Seidenkrawatte



Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

€ 19,95



Jonathan Steinberg
Bismarck
Magier der Macht
Geb., 752 Seiten
Best.-Nr.: 7250, € 29,99



Beate Szillis-Kappelhoff
Prußen – die ersten Preußen
Geschichte und Kultur eines untergegangenen Volkes.
Geb., 395 Seiten, 123 Abb.
Best.-Nr.: 7209, € 19,80

Gottfried Piefke
Gottfried Piefke, Preußische Armeemärsche



CD

Es spielt das Stabsmusikkorps Berlin unter der Leitung von OTL Volker Wörrlein
1. Preußens Gloria; 2. Der Alsenströmer; 3. Herwarth Marsch; 4. Erinnerung an Weimar; 5. Margarethen Marsch; 6. Gitana Marsch; 7. Düppeler Sturm Marsch; 8. Pochhammer Marsch; 9. Siegesmarsch von Metz; 10. Kaiser Wilhelm - Siegesmarsch; 11. Lymfjordströmer; 12. Der Königgrätzer Marsch; 13. Düppel - Schanzen - Sturm – Marsch.
Großer Zapfenstreich nach D.S. Bortnjanskij;
14. Anmarsch mit Parademarsch. Marsch des York'schen Korps; 15. Locken zum Großen Zapfenstreich; 16. Zapfenstreichmarsch 17. 1. Post; 18. 2. Post; 19. 3. Post; 20. Zeichen zum Gebet; 21. Gebet, Abschlagen und Ruf nach dem Gebet; 22. Nationalhymne
23. Abmarsch

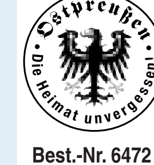
Gesamtspielzeit: 46:55 Min
Best.-Nr.: 6894

€ 14,95

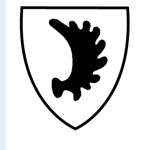
Rundstempel




Best.-Nr. 6216



Best.-Nr. 6472



Best.-Nr. 5538

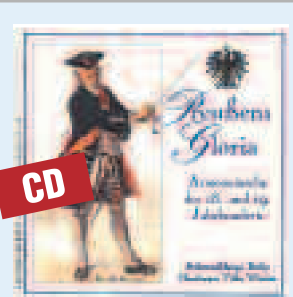


Best.-Nr. 5539

pro Stück nur € 12,95



Preußens Gloria - Armeemärsche des 18. und 19. Jahrhundert



CD

1. Marsch aus der Zeit Friedrichs des Großen; 2. Marsch 1741 - Friedrich II. von Preußen; 3. Der Rheinströmer - Histor. Version; 4. Der Mollwitzer - Friedrich II. von Preußen; 5. Der Kesselsdorfer - J. A. S. Scharlinsky; 6. Marsch B-Dur 1750 - Prinz A. W. von Preußen; 7. Marsch Es-Dur 1751 - Prinz A. W. von Preußen; 8. Marsch 1756 - Friedrich II. von Preußen; 9. Der Hohenfriedberger - Friedrich II. von Preußen; 10. Marsch Herzog von Braunschweig - Histor. Version; 11. Der Dessauer - Histor. Version; 12. Torgauer Parademarsch - Friedrich II. von Preußen; 13. Marsch des Hessischen Kreisregiments - Histor. Version; 14. Marsch 1837 aus Petersburg - Histor. Version; 15. Margarethen Marsch - Gottfried Piefke; 16. Kaiser Wilhelm Siegesmarsch - Gottfried Piefke; 17. Der Königgrätzer Marsch - Gottfried Piefke; 18. Düppel-Schanzen-Sturm-Marsch - Gottfried Piefke; 19. Siegesmarsch von Metz - Gottfried Piefke; 20. Anmarsch mit Parademarsch, Marsch des York´schen Korps - L. v. Beethoven; 21. Locken zum Großen Zapfenstreich; 22. Zapfenstreichmarsch; 23. 1. Post, 2. Post, 3. Post; 24. Zeichen zum Gebet, Gebet, Abschlagen und Ruf nach dem Gebet
u.v.m.

Best.-Nr.: 6899

€ 14,95



Udo Ulfkotte
Was Oma und Opa noch wussten
So haben unsere Großeltern Krisenzeiten überlebt.
Geb., 331 Seiten
Best.-Nr.: 7225, € 19,99



Matthias Weik & Marc Friedrich
Der größte Raubzug der Geschichte
Kart., 381 Seiten,
Best.- Nr.: 7224, € 19,90

Altpreußische Militärmusik aus der Musiksammlung der Königlichen Hausbibliothek im Schlosse zu Berlin



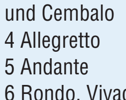
CD

Dirigent: Christian Blüggel
mit Begleitheft
01-12 Regimentsmärsche I
13-15 Dienststücke des Königsregiments
16-23 Musik der Kavallerie
24-27 Dienststücke des Regiments von Selchow
28-43 Feldstücke der Kavallerie
44-47 Feld- und Dienststücke des Regiments von Selchow
48-58 Regimentsmärsche II

Gesamtspieldauer: 69: 46 Min
Best.-Nr.: 7257

€ 15,95

Musique pour Luise



CD

Das "Ensemble Sans Souci Berlin" unter der Leitung von Christoph Huntgeburth spielt 11 Musikstücke, die für die preußische Königin Luise komponiert wurden.
Prinz Louis Ferdinand
1 Notturno
Vincenzo Righini aus Sechs Romanzen
2 L'Esperance
3 Le trois Graces
Johann Friedrich Reichardt: Sonate C-Dur für Flöte und Cembalo
4 Allegretto
5 Andante
6 Rondo. Vivace
Friedrich Heinrich Himmel
7 Favorit-Polonaise
Vincenzo Righini aus Sechs Romanzen
8 Le Depart
9 Le Retour
Friedrich Heinrich Himmel aus Grand Sestetto
10 Andante sostenutto
11 Allegro giojoso

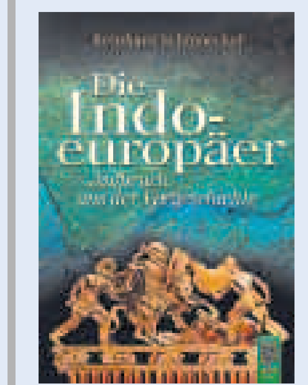
Gesamte Spieldauer: 64:23 Min
Best.-Nr.: 6900

€ 14,95



CD

Die Hochmeistergruft im Dom von Marienwerder
Hörbuch über drei interessante Persönlichkeiten aus der Blütezeit des Deutschen Ordens im Spätmittelalter.
Laufzeit: 71:11 Minuten
Best.-Nr.: 7235, € 12,90



Reinhard Schmoeckel
Die Indoeuropäer
Aufbruch aus der Vorgeschichte
Geb., 587 Seiten,
Best.-Nr.: 7244, € 24,80

Die schönsten Volkslieder

CD

Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler
1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen

Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893

€ 14,95

Musik von Friedrich II.



CD

Vol. I
Flötensonaten, Flötenkonzert & Märsche
Gesamtspielzeit: 79:42 Min
Best.-Nr.: 6901
€ 14,95

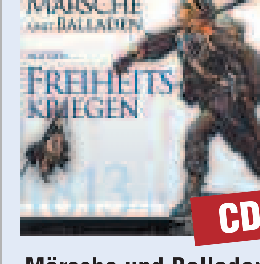


CD

Vol. II
Die Flötenkonzerte
Gesamtspielzeit: 67:33 Min
Best.-Nr.: 6902
€ 14,95

CD

Vol. III
Die Sinfonien
Gesamt: 35:20 Min
Best.-Nr.: 6903
€ 14,95



CD

Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813-1815
Gesamt-Spieldauer: 58:09
Stabsmusikkorps Berlin, Heeresmusikkorps 300 Koblenz, Heeresmusikkorps 100 Hannover, Radio-Sinfonie-Orchester Berlin
Best.-Nr.: 6891, € 14,95



CD

Sing, sing, was geschah
Die schönsten Volkslieder aus Ostpreußen,
Gesamt: 66 min,
29 Lieder
Eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks Köln, 1969 bis 1987
Best.-Nr: 7203, € 12,95

Pro Patria, Märsche und Lieder

€ 17,95

CD

1) Gaudeamus igitur 2:18 2) Kein schöner Land 1:26
3) Die Wacht am Rhein 4:16
4) Fehrbelliner Reitermarsch 2:29
5) Lied der Franken 2:09
6) Alte Kameraden 3:03
7) Siebenbürgenmarsch 3:19
8) Der Coburger 3:24
9) Des Großen Kurfürsten Reitermarsch 3:31
10) Fanfare und Marsch der Pappenheimer Reiter 2:44
11) Präsentiermarsch Friedrich Wilhelm III. 1:48
12) Freiheit, die ich meine 2:17
13) Ich hab mich ergeben 1:19
14) Ich hatt einen Kameraden 4:02
15) Kreuzritter-Fanfare 2:07
16) Regimentsgruß 1:58, 17) Geschwindmarsch 1:52
18) Helenenmarsch 2:12,
19) Marsch aus Petersburg 2:14
20) Schwedischer Kriegsmarsch 1:59
21) Althessischer Reitermarsch 2:13
22) Parademarsch der Langen Kerls 2:16
23) Der große Zapfenstreich 11:32
24) Lied der Deutschen 3:09, Gesamtspielzeit: 69:52
Mario Lanza, Tenor, Heeresmusikkorps 300 Koblenz unter OTL Georg Czerner, Heeresmusikkorps 12 Veitshöchheim unter Major Volker Wörrlein, Deutsche Chorgemeinschaften, Best.-Nr.: 7206

Christopher Clark
Die Schlafwandler
Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog



Bahnbrechende neue Erkenntnisse über den Weg in den Ersten Weltkrieg 1914 Lange Zeit galt es als ausgemacht, dass das deutsche Kaiserreich wegen seiner Großmachtträume die Hauptverantwortung am Ausbruch des Ersten Weltkriegs trug. In seinem bahnbrechenden neuen Werk kommt der renommierte Historiker und Bestsellerautor Christopher Clark (Preußen) zu einer anderen Einschätzung. Clark beschreibt minutiös die Interessen und Motivationen der wichtigsten politischen Akteure in den europäischen Metropolen und zeichnet das Bild einer komplexen Welt, in der gegenseitiges Misstrauen, Fehleinschätzungen, Überheblichkeit, Expansionspläne und nationalistische Bestrebungen zu einer Situation führten, in der ein Funke genügte, den Krieg auszulösen, dessen verheerende Folgen kaum jemand abzuschätzen vermochte. Schon jetzt zeigt sich, dass "Die Schlafwandler" eine der wichtigsten Neuerscheinungen zum 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs sein wird.

Geb., 896 Seiten mit Abbildungen
Best.-Nr.: 7259

€ 39,99

Aktion*




+++ gratis +++
Bei jeder Bestellung ab einem Warenwert iHv € 50,00 erhalten Sie einen Ostpreußenaufkleber kostenlos dazu!!

PMD Preußischer Mediendienst — 43/13

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Bitte beachten Sie auch die Angebote in unserem Antiquariat www.die-ostgebiete.de

MELDUNGEN

Wohnungen: Preise zu hoch

Frankfurt am Main – Die Bundesbank warnt, dass die Preise für Geschosswohnungen in großen Ballungsräumen wie München, Hamburg oder Frankfurt bereits zu hoch seien. Sie hätten ein Niveau erreicht, das nicht von längerfristigen demografischen und wirtschaftlichen Einflussfaktoren gedeckt sei. Für Einfamilienhäuser gelte dies weniger. Sie hätten sich nicht merklich vom fundamental gerechtfertigten Niveau entfernt. *H.H.*

»Klima«: Bauen wird noch teurer

Berlin – Das schwarz-gelbe Bundeskabinett hat eine Verschärfung der Energiesparverordnung zum „Klimaschutz" beschlossen, wonach ab 2016 der Primärenergieverbrauch bei Neubauten um weitere 25 Prozent verringert werden muss. Nachdem die Werte schon in der Vergangenheit mehrfach verschärft wurden, verteuert sich der Bau damit noch einmal. Australien schafft seine Kohlendioxidsteuer dagegen als erstes Land der Welt 2014 wieder ab. *H.H.*

ZUR PERSON

Ein dezenter Neuanfang

So mancher Talkshow-Zuschauer dürfte froh sein: Claudia Roth, die personifizierte Aufregung, ist nicht mehr Grünen-Chefin. Die frühere Vorsitzende, die mit schriller Stimme gegen alles und nichts ihren Protest intonierte, wurde von **Simone Peter** als Co-Vorsitzende ihrer Partei abgelöst. Mit der neuen Chefin dürfte in zukünftigen Talk-Runden wieder ein etwas ruhigerer und dezenterer Umgangston zu erwarten sein.

Noch hat sie nicht viel von sich reden gemacht. Simone wer?, fragten sich viele, als sie von Peters Bewerbung ums höchste Parteiamt hörten. Dabei war die 1965 im saarländischen Quierschied geborene Politikerin von 2009 bis 2012 Umweltministerin des Saarlands in der ersten Jamaika-Koalition. Damals setzte sie sich vehement für den Ausbau der erneuerbaren Energien ein, was ihr den Ruf einer resoluten Ministerin eingebracht hat.

Der Gang in die Politik kam für die Mikrobiologin nicht von ungefähr. Ihre Mutter war von 1985 bis 1994 Arbeits- und Sozialministerin unter Oskar Lafontaine. Und ihr Vater, ein Sozialwissenschaftler, engagierte sich für die Förderung der Solarenergie.



1999 trat Peter als Spitzenkandidatin der Grünen bei der Landtagswahl im Saarland an, scheiterte mit ihrer Partei aber an der Fünf-Prozent-Hürde. Wegen Querelen mit dem damaligen Saar-Grünen-Chef zog sie sich nur ein Jahr später aus der Politik zurück, startete aber drei Jahre danach ihr Comeback.

Mit dem Co-Vorsitzenden der Bundes-Grünen, Cem Özdemir, könnten ebenfalls Querelen drohen. Özdemir ist noch ein Überbleibsel der alten Garde, und er ist ein Realo. Dagegen steht Peter für den Neuanfang ihrer Partei, und sie steht für den linken Flügel. Jetzt liegt es an ihr, die Grünen fit zu machen als meinungsführende Oppositionspartei im Bundestag. *Harald Tews*



Übung macht den Meister

Die Feinde Europas

Was sie in Brüssel gerade zusammenbrauen, wie Toleranz demnächst befohlen wird, und warum der Sozialismus doch noch siegt / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Wer den Euro-Skeptikern oder EU-Kritikern so richtig eins überbraten will, der beschimpft sie als „Euro-Hasser" oder „Feinde Europas". Nirgendwo dürfte die Abscheu vor diesen Leuten größer sein als in den heiligen Hallen der EU-Verwaltung. Möchte man meinen.

Oder? Wer die vergangenen Tage gen Brüssel geblickt hat, den musste ein dunkler Verdacht beschleichen, der abgrundtiefer nicht ausfallen kann: Sitzen die eigentlichen „Feinde Europas" etwa ausgerechnet dort, in Brüssel? In der Spitze der EU selbst? Anders ist es kaum noch zu erklären, was dort derzeit dargeboten wird.

Fassen wir zusammen: In Lissabon brennt die Luft vor explosiver Unzufriedenheit des Volkes mit den Auflagen der Euro-Troika. In Spaniens Metropole Madrid desgleichen, während die Regierung in den Schlund einer atemberaubenden Korruptionsaffäre rutscht. Kommt es hier zu Neuwahlen, sind die EU-Auflagen zur „Konsolidierung" Geschichte. Italien hat bereits signalisiert, dass es auf die Abmachungen mit Brüssel zur Sparsamkeit pfeift. Ebenso Griechenland, das eben wieder in üblicher Dreistigkeit frisierte Budgetzahlen für 2014 präsentiert hat. In Slowenien schmiert das Bankensystem ab, der nächste „Euro-Rettungskandidat" steht also vor der Tür, und beim Nachbarn Kroatien steht finanziell kein Stein mehr auf dem anderen.

In Frankreich erzielt die „Front National"-Chefin Marine Le Pen mit 46 Prozent den mit weitem Abstand größten Zustimmungswert aller Politiker im Wahlvolk. Sie will sofort aus dem Euro raus und fordert sogar eine Volksabstimmung über den Verbleib ihres Landes in der EU.

Mit anderen Worten: Es knirscht und kracht und wackelt so gewaltig im Gebälk von EU und Euro-Zone wie noch nie. Oder militärisch ausgedrückt: An allen Ecken und Enden wankt die Front, jeden Moment könnte sie an einer oder sogar mehreren Stellen gleichzeitig durchbrechen.

Was macht ein kluger Feldherr dann? Er nimmt die Front zurück, festigt soweit wie möglich das Erreichte und verzichtet – vor allem – auf jede waghalsige Offensive, die weitere Löcher in seine Linien reißen könnte.

Doch was machen die Herren der EU? Das genaue Gegenteil: Man setzt alles daran, die ohnehin dramatisch überdehnte Front noch weiter voranzuprügeln. Barrosos Kommission präsentiert uns „Fortschritte" beim Aufnahmeprozess von Ländern wie Serbien, Mazedonien und gar der Türkei, um deren Aufnahme voranzutreiben. Auch die Räuberhöhlen Kosovo und Albanien sollen in die Union, ebenso wie das Staats-Skelett Bosnien-Herzegowina.

Überall gehe es ganz wunderbar voran, berichtete vergangene Woche ein Sprecher der EU-Kommission vor Journalisten, die angesichts dessen nervös umherspähten, weil sie fürchteten, Opfer der „Versteckten Kamera" zu werden: Mal sehen, wie blöde die glotzen, wenn man ihnen einen derartigen Quatsch erzählt.

> So etwas wie Sarrazin wird sich die EU-Kommission bald nicht mehr gefallen lassen

Doch es war kein Kalauer. Der EU-Sprecher meinte das ernst. Zumindest tat er so. Derweil lässt der „fortschrittliche" türkische Ministerpräsident Erdogan seine Gegner vom Gezi-Park in den Knast werfen und droht, dass es Freiheit für die Christen in seinem Land erst geben könne, wenn die Athener ihren Widerstand gegen eine Moschee in ihrer Stadt aufgäben: Religionsfreiheit nicht als Grundrecht, sondern als Verhandlungsmasse. Das soll es dann wohl auch bald in der EU geben.

Wenn es soweit ist, muss natürlich sichergestellt sein, dass die „EU-Kritiker" mundtot gemacht wurden. Sonst stören die nur wieder den „Fortschritt" mit Äußerungen, welche Angela Merkel als „nicht hilfreich" bezeichnen würde wie weiland das Buch von Thilo Sarrazin.

Sarrazin hatte sich in dem Band unter anderem kritisch zu bestimmten Phänomenen innerhalb der muslimischen Gemeinde in Deutschland geäußert, was ihm schwer verübelt wurde. Doch keine Sorge: Geht es nach der EU-Kommission, werden solche Bücher demnächst verboten. Im Auftrag der Kommission haben Experten den Entwurf eines „Statuts zur Förderung der Toleranz" erarbeitet. Danach sollen sich alle EU-Länder verpflichten, anti-tolerantes Verhalten strafrechtlich zu verfolgen. Dazu zählen neben vielem anderen auch das „Lächerlichmachen" von Religionsgemeinschaften (Mohammed-Karikaturen? „Kopftuch-Mädchen"?). Ebenso verfolgt werden sollen anti-feministische Äußerungen, Rassismus soll gar ganz „ausgelöscht" werden. Heute oder in der Geschichte „benachteiligte" und daher „verwundbare" Gruppen sollen zudem eine Vorzugsbehandlung erfahren.

Zu diesem Zweck soll jedes Land eine „Toleranz-Überwachungs-Kommission" aus „geeigneten" Persönlichkeiten zusammenstellen. Daneben soll das Justizministerium eine eigene Abteilung zur Überwachung der Toleranz im Volk einrichten.

Die Toleranzerziehung wird laut EU-Plan zur Pflicht aller Medien, Schulen, Universitäten, des Militärs und natürlich des übrigen öffentlichen Dienstes, spezielle Toleranztrainer will die EU auf Staatskosten ausbilden lassen. Jugendliche, die es an Toleranz missen lassen, werden laut dem Plan einem Rehabilitierungsprogramm unterzogen, wo ihnen eine „Kultur der Toleranz einzuimpfen" sei (im englischen Original: „to instill"). Für die Älteren wäre der Staatsanwalt zuständig.

Wer jetzt meint: Jetzt spinnt er aber völlig, der Heckel, sowas gibt's doch gar nicht, der setze sich vor einen Rechner, gebe „A European Framework National Statute For The Promotion Of Tolerance" in die Suchfunktion ein, lese und staune. Sind bloß zwölf Seiten.

Zwölf Seiten, die schnurstracks in die Gesinnungsdiktatur führen. Indes besteht natürlich die Gefahr, dass einzelne uneinsichtige Länder da nicht mitmachen (ich meine selbstverständlich nicht die Bundesrepublik). Dann bedarf es brauchbarer Machtmittel, um die Ausreißer mit aller Macht wieder einzufangen.

Das könnte schwierig werden, denn die Macht hat ja bekanntlich derjenige, der das Geld hat, und da sitzen leider immer noch weitgehend die Mitgliedstaaten drauf. Aber das wird sich ändern: Unsere Kanzlerin will laut „Spiegel" wesentliche Kompetenzen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik von den Nationalstaaten an die EU-Kommission übertragen lassen, damit die Staaten von Brüssel besser kontrolliert werden können. An der Spitze soll sogar eine Art EU-Finanzminister stehen (Ist bei Goldman Sachs gerade einer verfügbar?), der über ein eigenes Budget für die Euro-Zone verfügt.

Und wenn sich die Völker ihrer Entmachtung widersetzen? Bundespräsident Gauck hat sich vor deutschen und polnischen Studenten bitterlich darüber beklagt, dass die einstige Europa-Begeisterung versiegt sei.

Na und? „Begeisterung" kann man befehlen, wenn sie sich partout nicht von selbst einstellen will. Gründlich durchgeimpft von ihren Toleranz-Offizieren werden die jungen Zöglinge der Rehabilitierungslager das EU-Fähnchen schon schwenken, wenn's dafür eine Eins in Politik gibt – und schon ist sie wieder da, die „Begeisterung der Jugend".

Dann wird es wieder so schön wie damals, als auch alle einer Meinung waren, die Wirtschaft zentral gelenkt wurde und überall Funktionäre das letzte Wort hatten. Vielleicht wird es sogar noch schöner, wo wir doch alle viel reicher sind als damals in der DDR!

Oder auch nicht, denn selbst daran wird in Brüssel emsig gewerkelt. Der Präsident des europäischen Stahlverbandes Eurofer, Wolfgang Erler, nörgelt: „Die Industrie-Aversion in großen Teilen der EU-Kommission ist nicht mehr zu überbieten." Klimaschutzabgaben und Energiekosten würgten die Industrie in der EU immer massiver ab, die Fertigung werde in Richtung Asien und Amerika vergrault. So organisiert Brüssel auch noch die allgemeine Verarmung, die einfach dazu gehört zum runden Bild eines voll entwickelten Sozialismus.

Wo saßen sie noch mal, die „Feinde Europas"?

MEINUNGEN

Im „Cicero" vom 8. Oktober erklärt ***Wolfgang Bok „Warum naiver Idealismus zynisch ist"****:*

„Verfolgt man die derzeitige Debatte um das Flüchtlingselend in Afrika, so könnte man den Eindruck haben, Deutschland sei ein einziger Hort guter Menschen ... Allenfalls ein paar Hartherzige jedoch verweisen derzeit darauf, dass ‚Deutschland nicht die Probleme Afrikas lösen kann'. Bei ‚Hart aber fair', mit der die ARD das mediale Schaulaufen der Hochmoral eingeläutet hat, musste der Schweizer Journalist Roger Köppel immerhin versuchen, um wenigstens eine Stimme der Vernunft aufzubieten. Im eigenen Land traut sich offenbar niemand mehr, auf die Fakten zu verweisen: Nicht die Unterhaltung von Opernhäusern gehört zur ersten Pflicht eines Staates, sondern die Grenzsicherung nach außen und die Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit im Innern."

Norbert Häring *hinterfragt im „Handelsblatt" vom 15. Oktober die* ***Forderung, afrikanische Facharbeiter*** *verstärkt aufzunehmen:*

„Lassen wir also jeden Ingenieur aus Afrika bei uns arbeiten. Der Ingenieurmangel ist dann erst einmal behoben. Die Firmen brauchen den Ingenieurberuf nicht attraktiver zu machen. Aber Afrika laufen die Ingenieure davon ... Der Flüchtlingsdruck steigt, weil ohne Ingenieure keine Fabriken gebaut werden, die den Menschen Arbeit geben können. Dafür schickt dann das deutsche Entwicklungshilfe-Unternehmen GIZ deutsche Bauingenieure nach Afrika, die dort, mit einem hohen steuerfreien Gehalt ausgestattet, Brunnen Bohren."

Der Anlage-Experte und Wirtschaftsprofessor ***Max Otte*** *meint in „Focus Money" (18. Oktober) zu Angela Merkels Behauptung, der* ***Euro sichere Frieden und Wohlstand*** *für die Deutschen:*

„Merkels Phrasen sind einfach. In der Sowjetunion und der DDR wurden auch solche Phrasen gedroschen, die nichts, aber auch gar nichts mit der Realität zu tun haben. Sicher klingt Wohlstand



gut oder dass der Euro den Frieden gesichert hat. Aber das sind demagogische, volksverdummende Sprüche, bei denen man zwei Begriffe zusammenpackt, die gar nichts miteinander zu tun haben."

Bestseller-Autor ***René Zeyer*** *(„Bank, Banker, Bankrott") stellt in der „Bild"-Zeitung (20. Oktober) sein neues Buch* ***„Armut ist Diebstahl"*** *vor:*

„Es wird immer mehr Geld dafür ausgegeben, trotzdem gibt es immer mehr Arme ... Reich wird nur die Sozialhilfe-Industrie mit ihren 1,5 Millionen Angestellten und einem Jahresumsatz von über 100 Milliarden Euro ... Daran sind diese Armen aber nicht selber schuld. Sie nehmen nur Rechte wahr, die an keine Verpflichtungen geknüpft sind. Das ist menschenverachtend. Durch falsch verstandene Hilfe werden sie in Armut gehalten, statt zu versuchen, aus eigenen Kräften etwas zu erreichen."